

**Bundesanstalt
für Agrarwirtschaft
und Bergbauernfragen**

Eine Einrichtung des Bundesministeriums
für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

BFW BUNDES
FORSCHUNGS
ZENTRUM
FÜR WALD

WIFO  ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Autorinnen und Autoren

Georg Wiesinger

Theresia Oedl-Wieser

Heidelinde Grüneis

Oliver Tamme

ÖKO-SCHU-WA – Die Bedeutung des Schutzwaldes in ausgewählten Flächenwirtschaftlichen Projekten

**Eine qualitative Untersuchung in den vier Fallbeispielregionen
Loser, Heuberg, Kals und Brandberg**


ÖKO-SCHU-WA - The importance of protection forests in selected land management projects.

A qualitative study in four case study regions Loser, Heuberg, Kals and Brandberg

BAB Report 009

Wien, Oktober 2025

Mit Unterstützung von Bund und dafne.at

 Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft



Zitiervorschlag:

Wiesinger, G., Oedl-Wieser, T., Grüneis, H., & Tamme, O. (2025). *ÖKO-SCHU-WA – Die Bedeutung des Schutzwaldes in ausgewählten Flächenwirtschaftlichen Projekten. Eine qualitative Untersuchung in den vier Fallbeispielregionen Loser, Heuberg, Kals und Brandberg*. BAB Report 009. Wien.

Impressum:

BAB Report 009

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen

1030 Wien, Dietrichgasse 27

E-Mail: office@bab.gv.at

Web: www.bab.gv.at

Autorinnen und Autoren:

Georg Wiesinger, georg.wiesinger@bab.gv.at

Theresia Oedl-Wieser, theresia.oedl-wieser@bab.gv.at

Heidelinde Grüneis, heidelinde.grueneis@bab.gv.at

Oliver Tamme, oliver.tamme@bab.gv.at

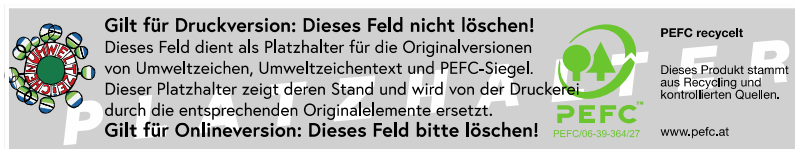
Wir danken Sigrid Egartner für ihre Mitwirkung an der Konzeption und Ausarbeitung des Interviewleitfadens und der Erhebung in der Fallbeispielregion Kals.

Fotonachweis Deckblatt: Theresia Oedl-Wieser

Gestaltung::BAB

Lektorat: BAB

Dieses Dokument ist verfügbar unter [BAB Report 009](#)



ISBN: 978-3-99164-013-4

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Das Projekt „Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz“ (Forschungsprojekt Nr. 101747) wurde mit Mitteln der Forschungsförderung des BMLUK finanziert

Eine Einrichtung des Bundesministeriums
für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

Autorinnen und Autoren
Georg Wiesinger
Theresia Oedl-Wieser
Heidelinde Grüneis
Oliver Tamme

ÖKO-SCHU-WA – Die Bedeutung des Schutzwaldes in ausgewählten Flächenwirtschaftlichen Projekten

Eine qualitative Untersuchung in den vier Fallbeispielregionen
Loser, Heuberg, Kals und Brandberg

ÖKO-SCHU-WA - The importance of protection forests in selected land management projects
A qualitative study in four case study regions Loser, Heuberg, Kals and Brandberg ertitel

BAB Report 009
Wien, Oktober 2025

Mit Unterstützung von Bund und dafne.at

 Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

 **DaFNE**

Vorwort

Der vorliegende BAB-Bericht ist ein Ergebnis des interdisziplinären Projektes „Die Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesforschungszentrum für Wald (BFW – Gesamtprojektleitung Alexandra Freudenschuß) und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Im Zentrum stand das gemeinsame Bestreben, die vielfältigen Leistungen des Schutzwaldes sichtbar zu machen und dessen Bedeutung sowohl aus ökologischer als auch aus regional- und volkswirtschaftlicher Perspektive besser zu verstehen. Dieses interdisziplinäre Projekt lief über den Zeitraum März 2022 bis Dezember 2024 und wurde über die Forschungsförderung des BMLUK finanziert (Forschungsprojekt Nr. 101747)¹. Die Ergebnisse des Gesamtprojektes sollen in die österreichische Waldstrategie und das Aktionsprogramm Schutzwald einfließen, um die langfristige Schutzwirkung der Wälder zu sichern und zu verbessern. Die Aufgabenteilung sah unterschiedliche Arbeitspakete vor, die inhaltlich die folgenden Aufgabenstellungen enthielten, die im Projekt bearbeitet wurden:

Vom BFW-Team (Frank Perzl, Michaela Teich, Thomas Gschwantner, u.a.) wurde eine Identifikation und Kartierung von Schutzwäldern mit direkter Objektschutzfunktion vorgenommen und der Waldzustand der Schutzwälder mithilfe der Österreichischen Waldinventur bewertet. Des Weiteren wurden eine Szenarienentwicklung und Risikoabschätzung durchgeführt, um die Auswirkungen einer Verschlechterung oder Verbesserung des Schutzwaldes auf die regionale und nationale Wirtschaft zu bewerten. Im Detail wurden potenzielle Schäden bei unzureichender Schutzfunktion sowie der Nutzen von Investitionen in die Schutzwaldpflege bewertet.

Das WIFO-Team (Franz Sinabell, Hans Pitlik, u.a.) führte eine umfassende Analyse durch, um das Ausmaß der potenziellen Betroffenheit bei fehlender oder mangelhafter Schutzwirkung für Siedlungen, Beschäftigung und Wertschöpfung zu quantifizieren. Dabei wurden besonders betroffene Regionen identifiziert. Ferner wurden die regionalen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen für den Fall einer verminderten Schutzwirkung in einem Szenario des Nicht-Handelns untersucht (Impact-Analyse „Value at Risk“). Daneben wurde eine Impact-Analyse bei Zustandsverbesserung vorgenommen. Zuletzt wurden Voraussetzungen für die optimale Bereitstellung lokaler öffentlicher Güter, dazu zählen Schutzwälder, benannt und deren Relevanz für die Bewirtschaftung in Österreich untersucht.

Das BAB-Team widmete sich insbesondere den sozialwissenschaftlichen Aspekten des Projekts. In vier ausgewählten Fallbeispielregionen mit Forstwirtschaftlichen Projekten (Loser, Heuberg, Kals und Brandberg) wurden Interviews und Erhebungen durchgeführt, die wertvolle Einblicke in die Wahrnehmung, Bedeutung und Nutzung von Objektschutzwäldern durch verschiedene Anspruchsgruppen ermöglichten. Diese empirische Grundlage ergänzt die ökonomische Bewertung um wichtige qualitative Dimensionen – etwa zur Rolle des Schutzwaldes für die regionale Identität, Lebensqualität oder lokale Entwicklungsperspektiven. Der vorliegende BAB-Bericht fokussiert detailliert auf diese sozioökonomischen Aspekte.

Die sozialwissenschaftlichen Erhebungen wären ohne die wohlwollende Unterstützung der zahlreichen Interviewpartner:innen und regionalen Akteur:innen in den Fallbeispielregionen nicht möglich gewesen. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Das BAB-Team bedankt sich darüber hinaus bei den beiden Projektpartnern BFW und WIFO für die produktive Zusammenarbeit in diesem interdisziplinären Projekt, in dem es gelungen ist, wissenschaftliche Perspektiven sinnvoll zu verknüpfen und gemeinsam neue Erkenntnisse für Forschung und Praxis im Bereich der Ökosystemleistungen von Objektschutzwäldern zu schaffen.

Georg Wiesinger, Theresia Oedl-Wieser, Heidelinde Grüneis und Oliver Tamme

¹ Download des Forschungsberichts des Gesamtprojektes unter <https://dafne.at/projekte/wf-projekt-oko-schu-wa>.

Zusammenfassung

Im Forschungsprojekt „Die Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz“ (ÖKO-SCHU-WA) wurde die Funktion von Schutzwäldern als natürliche Barrieren gegen Naturgefahren wie Lawinen, Steinschlag und Rutschungen untersucht. Im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Erhebungen standen vier Fallbeispielregionen mit Flächenwirtschaftlichen Projekten (FWP): Loser (Steiermark), Heuberg (Vorarlberg), Kals (Osttirol) und Brandberg (Tirol). Diese Regionen zeichnen sich durch unterschiedliche Eigentumsstrukturen, Naturgefahren, forstliche Bedingungen und sozioökonomische Kontexte aus, die sowohl Parallelen als auch Unterschiede aufweisen. Ziel war es, Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Schutzwirkung der Wälder zu erheben und zu analysieren, wie gesellschaftliche, ökologische und institutionelle Faktoren zusammenwirken.

Zur Vorbereitung wurden raumbezogene Analysen auf Basis von Planungsunterlagen, Gefahrenzonenplänen und historischen Daten durchgeführt. Es folgten qualitative Interviews mit Akteur:innen vor Ort wie Bürgermeister:innen, Förstern, Vertretern der Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV), Waldeigentümer:innen, Vertreter:innen von Jagdgenossenschaften und Tourismus sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Auswertung erfolgte mittels computergestützter Software und theoretisch bezog sich das Projekt auf den Sozialkonstruktivismus nach Berger und Luckmann ([1969] 2010), wonach gesellschaftliche Wirklichkeit nicht objektiv gegeben, sondern sozial ausgehandelt ist.

In allen Regionen besteht ein hohes Bewusstsein für Naturgefahren („*Risikowahrnehmung*“), insbesondere bei älteren, lokal verankerten Bevölkerungsgruppen. Jüngere Menschen oder der Personenkreis, der keinen Bezug zur Land- und Forstwirtschaft hat, zeigen hingegen oft geringere Risikosensibilität. Die beobachtete Zunahme von Starkregenereignissen und deren Folgen (Rutschungen, Muren, u.a.) werden mit Sorge und manchmal mit einem Gefühl der Ohnmacht betrachtet. Das Risiko von schadbringenden Lawinenereignissen ist der Bevölkerung bekannt und historisch überliefert. In diesem Zusammenhang genießen Institutionen wie Lawinenkommissionen einerseits hohes Vertrauen, tragen aber andererseits auch eine große Verantwortung.

Die Schutzwälder sind objektiv durch eine Vielzahl von biotischen und abiotischen Risikofaktoren in ihrem Bestand bedroht. Dazu zählen die fehlende Verjüngung durch Wildverbiss, die Überalterung der Bestände, das regionale Vorherrschen von Monokulturen (Fichte) mit geringer Resilienz sowie das vermehrte Auftreten von klimabedingten Extremereignissen (Starkregen, Windwürfe). Eine adäquate *Problemwahrnehmung* von möglichen Schadereignissen ist jedoch, auch durch Wissensdefizite in der Bevölkerung über die Funktion von Schutzwäldern, zu wenig ausgeprägt. Dazu tritt noch das zentrale Problem einer heterogenen Eigentümer:innenstruktur auf. In Regionen mit vielen „waldfernen“ Kleinwaldeigentümer:innen und Servitutsberechtigten am Waldeigentum ist die Bewirtschaftung fragmentiert und wenig professionell. Das Amt des Waldaufsehers in Tirol und Vorarlberg nimmt daher eine wichtige Beratungs- und Vermittlerrolle in den Gemeinden ein.

Besonders in den Bereichen Wald-Wild-Tourismus kommt es häufig zu Interessens- und Nutzungskonflikten. Ein überhöhter Wildbestand und der daraus resultierende Verbiss verhindert die Waldverjüngung. Während in den Fallbeispielregionen Loser und Brandberg die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) Allein- oder Mehrheitseigentümerin ist und diese den Wildbestand durch Regiejagden reguliert, zeigen sich in anderen Fallbeispielregionen massive Probleme wie am Heuberg. Auch punktuell auftretende touristische Aktivitäten wie etwa Skitouren-Gehen oder Mountainbiking verursachen Störungen in Schutzwaldgebieten.

Oftmals entzünden sich Konflikte über Jagdpraktiken oder die unzureichende Umsetzung der wegebaulichen Erschließung.

In den Fallbeispielregionen sind die Forstwirtschaftlichen Projekte in unterschiedlichem Maße in der örtlichen Bevölkerung bekannt. Dies mag auch daran liegen, dass die tatsächlich Betroffenen und Beteiligten zumeist ein kleinerer fachlich qualifizierter Personenkreis sind. Bedeutung und Notwendigkeit der Projekte finden jedoch auch darüber hinaus Akzeptanz und die Schutzwirkung des Waldes erfährt eine breite Wertschätzung..

Aus den Befragungen ergeben sich mehrere konkrete Handlungs- und Lösungsoptionen:

- Übersetzung von Fachwissen ins Alltagswissen: Es braucht Personen, die technisches und forstliches Wissen verständlich an die Bevölkerung vermitteln und so das Bewusstsein für den Schutzwald stärken.
- Partizipation und Mediation: Die Bevölkerung sollte stärker in Planung und Umsetzung der FWPs einbezogen werden. Bei Konflikten kann externe Mediation helfen.
- Transparenz: Entscheidungsprozesse und Maßnahmen müssen nachvollziehbar und offen kommuniziert werden.
- Aufbau sozialen Kapitals: Kooperation, Vertrauen und Engagement lokaler Akteur:innen (z. B. Bergrettung, Feuerwehr) erhöhen die Resilienz gegenüber Schadereignissen.
- Bewusstseinsbildung: Öffentlichkeitsarbeit, Themenwege, Lehrpfade und waldpädagogische Angebote können Wertschätzung für Schutzwälder fördern – auch bei Kindern und Jugendlichen.
- Waldaufseher-Modelle aus Tirol/Vorarlberg sollten auch in anderen Regionen mit hohem Kleinwaldbesitz etabliert werden, um professionelle Unterstützung vor Ort zu sichern.
- Projektwarte: Diese können als „Schnittstellenakteure“ zwischen Jagd und Forst vermitteln und zur Reduktion von Wildschäden beitragen.
- Besucherlenkung: Routenführung für Skitourengeher:innen und Mountainbiker:innen ist wichtig, um Schutzwälder zu entlasten.
- Staatliche Förderung: Die finanzielle Förderung der Schutzwaldsanierung und -erhaltung durch die öffentliche Hand wird von den Befragten in Zeiten des Klimawandels als sehr wichtig eingestuft. Eine Abgeltung von Schutzmaßnahmen durch Objekteigentümer:innen wird von den Befragten als nicht praktikabel angesehen.
- Schutzwald als günstigste Schutzmaßnahme: Ein gesunder Schutzwald ist ökologisch und ökonomisch effektiver als rein technische Schutzbauten, die langfristig nicht finanzierbar und funktional begrenzt sind.

Das Projekt ÖKO-SCHU-WA zeigt deutlich, dass Schutzwälder bzw. Objektschutzwälder unverzichtbare Lebens- und Sicherheitsräume in den Alpen darstellen. Deren Erhaltung und Pflege erfordern jedoch nicht nur forstliches Fachwissen, sondern auch ein feinfühliges Zusammenspiel von Gesellschaft, Politik, Jagd, Tourismus und Eigentum. Die untersuchten FWPs liefern wichtige Erkenntnisse, wie nachhaltiger Schutzwaldaufbau und gesellschaftlicher Konsens gelingen können – vorausgesetzt, Wissen, Verantwortung und Kommunikation werden aktiv gefördert.

Executive Summary

The research project "The Importance of Protective Forests in Austria and Their Regional and National Economic Relevance" (ÖKO-SCHU-WA) examined the role of protective forests as natural barriers against natural hazards such as avalanches, rockfalls, and landslides. The focus of the present study was on four case study regions with integrated land management projects ("Flächenwirtschaftliches Projekt" – FWP): Loser (Styria), Heuberg (Vorarlberg), Kals (Eastern Tyrol) and Brandberg (Tyrol). These regions feature varying ownership structures, natural hazards, forestry conditions, and socioeconomic contexts, revealing both parallels as well as differences. The goal was to identify measures to maintain and enhance the protective function of forests and analyse how societal, ecological, and institutional factors interact.

The preparatory work included spatial analyses based on planning documents, hazard zone maps, and historical data. This was followed by qualitative interviews with local stakeholders as mayors, foresters, representatives of torrent and avalanche control (WLV), forest owners, hunting associations, and civil society groups. The analysis of the verbal data was carried out by using computer-based software and the project was theoretically grounded in the social constructivism of Berger and Luckmann ([1969] 2010), according to which social reality is not objectively given, but rather socially negotiated.

In all regions, there is a high level of awareness for natural hazards ("risk perception"), especially among older, locally rooted population groups. Younger people or those with no connection to agriculture and forestry often show lower risk sensitivity. The observed increase in heavy rainfall events and their consequences (e.g., landslides, debris flows) is met with concern and sometimes with a sense of helplessness. The population is familiar with the risk of damaging avalanche events, which are also historically documented. In this context, institutions like avalanche commissions enjoy strong trust but also bear significant responsibility.

Protective forests are objectively threatened by numerous biotic and abiotic risk factors: lack of forest regeneration due to game browsing, aging forest stands, the regional dominance of monocultures (spruce) with low resilience, and an increase in climate-related extreme events (e.g., heavy rain, windthrow). However, public awareness of these issues is often reduced by a lack of knowledge about the function of protective forests. A central additional problem is the heterogeneous ownership structure. In regions with many small and/or non-local forest owners or servitude beneficiaries, forest management is fragmented and often lacks professionalism. In Tyrol and Vorarlberg, forest supervisors ("Waldaufseher") play an important advisory and mediating role in the communities.

Particularly in the areas of forest-wildlife-tourism, there are conflicts of interest ("conflicts of use"). High game populations and resulting browsing damage prevent forest regeneration. In state-owned forest areas managed by the the Austrian Federal Forests (ÖBf) (Loser, Brandberg), game populations are regulated through hunting of the owner himself, while other regions (Heuberg) experience significant problems. Localized tourist activities such as ski-touring and mountain-biking also disturb protective forest areas. Conflicts have occasionally arisen over hunting practices or insufficient infrastructure development (Heuberg).

In the case study regions, FWPs are known to varying degrees among the local population. This may be due to the fact that those actually affected and involved are usually a small, technically qualified group. Nonetheless, the importance and necessity of the projects are broadly accepted, and the protective function of forests is widely valued.

The surveys resulted in specific recommendations and solution options:

- Translation of expert knowledge into everyday knowledge: There is a need for individuals who can clearly communicate technical and forestry knowledge to the general public, thereby raising awareness of protective forests.
- Participation and mediation: The population should be more involved in the planning and implementation of FWPs. External mediation can help resolve conflicts.
- Transparency: Decision-making processes and actions must be clearly and openly communicated.
- Building social capital: Cooperation, trust, and engagement of local actors (e.g., mountain rescue, fire brigades) increase resilience to damaging events.
- Awareness-raising: Public outreach, themed trails, educational paths, and forest education programs can foster appreciation for protective forests – including children and young people.
- Forest supervisor models from Tyrol/Vorarlberg should be introduced in other regions with high small-scale forest ownership to ensure professional local support.
- Specific project coordinators: These can act as intermediaries between forestry and hunting and help reduce wildlife-related forest damage.
- Visitor management: Route planning for ski tourers and mountain bikers is important to reduce stress on protective forests.
- Public funding: Respondents consider public funding for the restoration and preservation of protective forests to be very important in times of climate change. Compensation for protective measures by property owners is not considered feasible by respondents.
- Protective forest as the most cost-effective protective measure: A healthy protective forest is ecologically and economically more effective than purely technical protective structures, which are not financially sustainable or fully functional in the long term.

The ÖKO-SCHU-WA project clearly shows that protective forests or object protective forests are essential habitats and safety zones in the Alps. Their preservation and maintenance require not only forestry expertise but also a sensitive interplay of society, politics, hunting, tourism, and ownership. The FWPs studied provide valuable insights into how sustainable protective forest development and societal consensus can succeed – provided that knowledge, responsibility, and communication are actively promoted.

Inhalt

Vorwort	4
Zusammenfassung	5
Executive Summary.....	7
Abbildungsverzeichnis.....	11
1 Einleitung	12
2 Fallbeispielregion FWP Loser (Georg Wiesinger).....	18
2.1 Einleitung	18
2.2 Risikowahrnehmung	19
2.3 Problembewusstsein.....	24
2.4 Partizipation	28
3 Fallbeispielregion FWP Heuberg (Theresia Oedl-Wieser).....	32
3.1 Einleitung	32
3.2 Risikowahrnehmung	33
3.3 Problembewusstsein.....	36
3.4 Partizipation	42
3.5 Handlungs- und Lösungsoptionen	45
3.6 Conclusio	46
4 Fallbeispielregion FWP Kals (Heidelinde Grüneis)	49
4.1 Einleitung	49
4.2 Risikowahrnehmung	49
4.3 Problembewusstsein.....	51
4.4 Partizipation	53
4.5 Handlungs- und Lösungsoptionen	56
4.6 Conclusio	58
5 Fallbeispielregion FWP Brandberg (Oliver Tamme)	60
5.1 Einleitung	60
5.2 Risikowahrnehmung	60
5.3 Problembewusstsein.....	63
5.4 Partizipation	66
5.5 Handlungs- und Lösungsoptionen (zur Erhaltung des Schutzwaldes?).....	69
5.6 Conclusio	72
6 Synthese.....	74

6.1	Risikowahrnehmung	74
6.2	Problemwahrnehmung	74
6.3	Partizipation	76
7	Handlungs- und Lösungsoptionen	78

Abbildungsverzeichnis

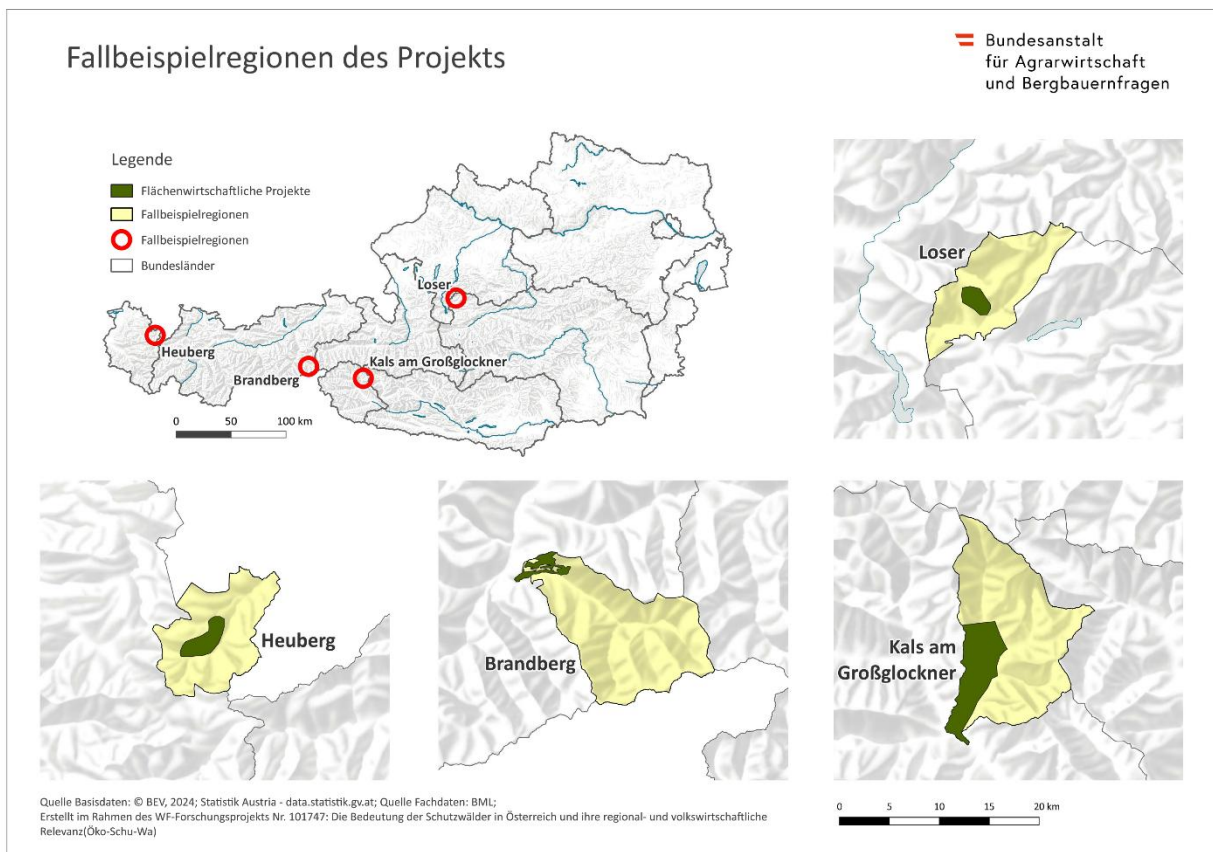
Abbildung 1: Fallbeispielregionen	12
---	----

1 Einleitung

Im Rahmen des Projektes „Die Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz“ (ÖKO-SCHU-WA) wurden von der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen (BAB) im Arbeitspaket 6 „Auswahl der Testgebiete und Vor-Ort-Befragungen“ in vier Fallbeispielregionen mit Flächenwirtschaftlichen Projekten (FWP) der Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) (Loser, Heuberg, Kals, Brandberg) leitfadengestützte qualitative Interviews mit Expert:innen, Stakeholdern und Akteur:innen durchgeführt. In den Gesprächen wurde erhoben, welche Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Schutzwirkung der Wälder ergriffen werden sollen. Die Kriterien für die Auswahl der Fallbeispielregionen waren: i) unterschiedliche Bundesländer, ii) hoher Anteil an Wäldern mit direkter Objektschutzfunktion, iii) unterschiedliche Gefahrenprozesse – Lawine, Steinschlag, flachgründige Rutschungen – , iv) unterschiedliche Eigentümer:innenstrukturen beim Wald – Privatwald, Gemeindewald, Agrargemeinschaften, ÖBf, v) Art der geschützten Objekte, vi) unterschiedliche regionale Schwerpunkte wie etwa Tourismus, vii) Flächengröße des FWP und viii) Jahr der Einrichtung des FWP.

In Gesprächen mit den Landesdienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie dem Landesforstdienst in Tirol wurden Kontaktpersonen in den Fallstudienregionen genannt, die bei der Suche nach Interviewpartner:innen behilflich waren.

Abbildung 1: Fallbeispielregionen



In den beiden Fallbeispielregionen FWP Loser und FWP Brandberg sind die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) alleinige Waldeigentümerin beziehungsweise zu 74 % Eigentümerin. In der Fallbeispielregion FWP

Kals liegt der Waldanteil der Agrargemeinschaft bei rund zwei Drittel und in der Fallbeispielregion FWP Heuberg ist der Klein-/Privatwaldbesitz mit rund 85 % herausragend. Der Objektschutzwaldanteil umfasst in den Fallstudienregionen zwischen 67 % und 96 %. Die Schadereignisse reichen von Windwürfen und Käferkalamitäten (FWP Kals, FWP Brandberg), über Steinwürfe und Murenabgänge (FWP Brandberg, FWP Heuberg) bis hin zu Bedrohungen durch Lawinen (FWP Lofer, FWP Heuberg).

Theoretische Grundlage

Für das gegenständliche Projekt wurde die Makrotheorie des Sozialkonstruktivismus nach Berger und Luckmann, veröffentlicht in „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ ([1969] 2010), als geeigneter Ansatz für eine sozialwissenschaftliche Analyse über den Umgang mit konkreten und potenziellen Gefährdungsszenarien im Zusammenhang mit Lawinen, Steinschlag und flachgründigen Hangrutschungen ausgewählt. Berger und Luckmann ([1969] 2010) gehen darin von einer doppelten sozialen Wirklichkeit aus, die zwischen „objektivem Faktum“, einem technisch-naturwissenschaftlich gesichertem Wissen, und einem „subjektiv gemeinten Sinn“, also der tatsächlich gelebten Wirklichkeit und Wahrnehmung der Akteur:innen unterscheidet. Es gibt demnach keine eindeutige Wirklichkeit, auch wenn das in einer positivistischen Vorstellungswelt durch die Immanenz eines technisch-naturwissenschaftlichen Faktenwissens so erscheinen mag. Wirklichkeit wird vielmehr von der Gesamtheit aller Akteur:innen gesellschaftlich konstruiert. Das sogenannte Alltagswissen ist im Gegensatz zum objektiv gesicherten technisch-naturwissenschaftlichen Wissen als ein Wissen zu verstehen, das Menschen als gegeben erlernen.

Alltagswissen wird als unhinterfragt gewiss betrachtet. Mit dem Erlernen von Alltagswissen wird der Produktionsprozess des Wissens ausgeblendet und das Wissen naturalisiert. Alltagswissen steuert das Verhalten in der Alltagswelt. Mit dem Begriff knüpfen Berger und Luckmann an Edmund Husserls Phänomenologie, sowie an Alfred Schütz Begriff der Lebenswelt an. Es geht um eine als selbstverständlich erlernte Wirklichkeit statt um akademisches Wissen. Alltagswissen führt hierbei zu einem epistemisch unbesorgten Umgang mit Wissen, das heißt einer „Naturalisierung von Wissen“ (Streibel, 2023) „Bei diesem sozialkonstruktivistischen Ansatz koexistieren verschiedene Wirklichkeiten unter verschiedenen Blickwinkeln.

Wissen ist durch individuelle Erfahrung vorgegeben und in eine gesellschaftlich vorgegebene Sinnordnung eingebettet. Relevanz und Relativität von Wissen sind von der konkreten gesellschaftlichen Umwelt, einer konkreten Gruppe, in konkreten historischen Situationen abhängig. Es muss davon ausgegangen werden, dass viele, für die Studie keine generell akzeptierte Realität, sondern viele unterschiedliche, für bestimmte Gruppen oder Einzelpersonen relevante, Wirklichkeiten existieren, die sich aus der Erfahrung und dem Alltagswissen konstruieren, auf Routinen zurückgreifen, die Sprache des alltäglichen Lebens über Gefahren und Gefährdung prägen, soziale Kontrollmechanismen installieren, entsprechende Institutionen schaffen, aber auch für die Anordnung von Objekten und Rollen verantwortlich sind. Aus der Gesamtheit dieser Realitäten entstehen ein Koordinatensystem und Spielregeln des Lebens in der Gesellschaft und damit erst eine „Sinnwelt“.

Die Ausgangshypothese lautet, dass es offenkundige Unterschiede in der Wahrnehmung der einzelnen Akteur:innen hinsichtlich dessen gibt, was Gewissheit ist und was dann auch letztlich zu unterschiedlichen Interpretation der Realitäten und Konflikten führen könnte. Die Koexistenz verschiedener Realitäten kann durchaus für längere Zeit legitimiert bleiben, so lange Rollenbilder, Interessen und Machtverhältnisse nicht ins Wanken kommen. Konflikte treten dann auf, wenn z.B. durch Gefährdungssituationen, die alten Erklärungsmuster nicht mehr halten und neue Realitäten konstruiert werden müssen, oder wenn eine institutionelle Ordnung einer neuen Generation vermittelt werden muss.

Qualitative Erhebungen

In den gemeinsam mit dem BFW und der WLV nach unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgewählten vier Fallbeispielregionen, sollten mittels leitfadengestützter, fokussierter Interviews verschiedene Blickwinkel, Positionen, Funktionen und Betroffenheiten von Akteur:innen in Hinblick auf die Gefährdung und Schutzwirkungen von Schutzwäldern im Objektschutz erfasst werden. Vor den Befragungen wurden für jede der vier Fallregionen Raumanalysen und sozio-ökonomische Profile erstellt, die wichtige Grundlagen und Hintergrundinformationen für die Interviewer:innen bereitstellten (BAB 2023a; b; c; d). Hierfür wurden wissenschaftlich-technische Planungsunterlagen, geographische und topographische Karten, sozioökonomische und ökologische Befunde, Gefahrenzonen- und Flächenwidmungspläne, Studien zu Naturgefahren in der Region, sowie historische Daten analysiert. Die Suche nach geeigneten Interviewpersonen wurden von den Landesdienststellen der WLV sowie dem Landesforstdienst in Tirol unterstützt. Die Gruppe der Interviewpartner:innen in den Fallbeispielstudienregionen umfasste Bürgermeister:innen, Experten der Wildbach- und Lawinverbauung, Waldaufseher, Förster, Waldeigentümer:innen, Objekteigentümer:innen und Vertreter:innen von Jagdgenossenschaften und Tourismus, sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Befragungen wurden im November 2023 und März 2024 durch jeweils zwei Interviewer:innen der BAB durchgeführt. Der Leitfragenkatalog wurde von der BAB gemeinsam mit dem WIFO erarbeitet. Er umfasst folgende Themenbereiche:

a) Risikowahrnehmung

Welches Wissen und welche Information gibt es über konkret stattgefundenere Schadereignisse, Einschätzung gegenwärtiger und zukünftiger Risiken, Art der Gefahren und Risiken? Gibt es ein Problembewusstsein bzgl. der Risiken, eigene Erfahrungen mit Schadereignissen? Wie ist die Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit und Risiken: Schutz von Objekten/Liegenschaften etc. im Eigentum der Befragten? Wie wird die (Qualität der) Schutzwirkung von anderen Personen/Gruppen in der Gemeinde wahrgenommen? Besteht ein Problembewusstsein bei diesen Gruppen? Gibt es Auswirkungen eines Schadensfalls direkt und indirekt auf andere Bereiche, mögliche Veränderung von Gefährdungen und Auftreten von Schadereignissen in letzter Zeit aufgrund des Klimawandels, Einschätzung von Schutzmaßnahmen (auch technischer Maßnahmen), Landschaftsbild, ökologische Nachhaltigkeit? Inwiefern unterscheidet sich das Risiko verschiedener Akteur:innen aufgrund der unterschiedlichen Exposition gegenüber Naturgefahren (Vulnerabilität) und wie beeinflusst die jeweilige Vulnerabilität oder- Betroffenheit die Wahrnehmung von Naturgefahren, sowie des Risikos (und somit die soziale Wirklichkeit)?

b) Problembewusstsein

Wie ist der Wissensstand über Funktionen und Nutzen des Waldes, die subjektive Bewertung des Schutzwaldes, des Waldzustandes, des Baumartenverhältnisses? Wird der Wald nachhaltig bewirtschaftet oder eher vernachlässigt? Welche Effekte hat das auf die Schutzwirkung? Welche weiteren Nutzungsarten des betreffenden Waldes sind bekannt? Wie wichtig sind diese Funktionen für den betrachteten lokalen Wald? Welche Rolle spielt der Wald für kommerzielle Forstwirtschaft, Tourismus/Freizeit, Klimaschutz? Wie beeinflussen andere Nutzungsarten die Schutzfunktion? Ist das ein Thema in der Gemeinde? Wenn ja, bei welchen Gruppen? Gibt es Synergien? Beeinträchtigung der Schutzwirkung durch bestimmte Nutzungen, Umgang mit möglichen Nutzungskonflikten (Jagd, Tourismus, Skilifte, Bergbahnen, Umweltschutz, usw.). Gibt es in der Gemeinde Initiativen, die Einfluss auf die Waldnutzung nehmen wollen? Werden technische Maßnahmen wahrgenommen in Bezug auf Sicherheit, Landschaftsbild, Kosten, ökologische Nachhaltigkeit?

Inwiefern wird der anthropogene Klimawandel als Ursache für Naturgefahren erlebt? Sind diese Zusammenhänge bewusst? Werden Veränderungen bezüglich der Frequenz und Magnitude der Ereignisse wahrgenommen? Und in welchem Zusammenhang steht das mit der Wahrnehmung von Risiko bzw. Sicherheit?

c) Partizipation

Wer ist/war im FWP beteiligt (Planung, Umsetzung), welche Maßnahmen werden von wem umgesetzt? Wer bekommt welche Informationen über das FWP? Welche Interessen spielen in der Planung/Umsetzung eine Rolle (Bergbahnen/Tourismus, Jagd Grund- und Objekteigentümer:innen, usw.) Inwiefern besteht ein Dialog/eine Kooperation zwischen den unterschiedlichen Stakeholdern? Gibt es Initiativen, die Einfluss auf die Waldnutzung nehmen wollen? Mit welchen Motiven? Gibt es Widerstände (Gruppen)? Von wem wird das Projekt auf welche Weise wahrgenommen? Besteht Vertrauen in Akteur:innen, dass auf die Schutzwirkung des lokalen Waldes geachtet wird? Wem wird die Verantwortung über die Aufrechterhaltung/Gewährleistung der Schutzfunktion zugeschrieben (Waldeigentümer:innen, Gemeinde, Bund/Land, Individuen)?

d) Handlungs- und Lösungsoptionen

Was braucht es um die angesprochenen Probleme zu lösen? Was wären „faire“ Lösungen? Welche Maßnahmen treffen Sie persönlich, um sich vor Schadereignissen zu schützen? (bauliche/raumordnerische Maßnahmen, Versicherungen, etc.)? Auswirkung der Eigentümer:innenstruktur auf die Bewirtschaftung? Werden Geldleistung an die Eigentümer:innen für die verbesserte Schutzfunktion als sinnvoll erachtet? Welche Alternativen gibt es zur finanziellen Abgeltung von Ökosystemdienstleistungen (Fairnessargument, Solidarität, Versicherungsmotiv)? Sollen Entschädigungsleistungen von der Eigentümer:innenschaft oder von der Nutzungsart abhängig gemacht werden? Gibt es Alternativen zum Schutzwald in Hinblick auf die Schutzwirkung (technische Maßnahmen, Umsiedelungen, Eigenverantwortung usw.)? Welche alternativen Maßnahmen erscheinen möglich, falls die Wirkung des Waldes aufgrund unterschiedlicher Ursachen (Klimawandel, Bewirtschaftungsform bzw. Vernachlässigung, Interessenskonflikte, usw.) in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden kann?

Gestützt auf die Theorie von Berger und Luckmann ([1969] 2010) und entlang dieser Themenbereiche wurden in den Fallbeispielregionen auf Gemeindeebene zwischen vier und sieben fokussierte qualitative Interviews ausgeführt (Schütze, 1987). In der Fallbeispielregion FWP Loser wurde eine ausführlichere, theoriebasierte, Analyse durchgeführt, die sich auch auf eine breitere Basis von Interviewpartner:innen im Bereich der Zivilgesellschaft stützt. Die fokussierten qualitativen Interviews wurden digital aufgezeichnet, wortwörtlich transkribiert, zum Teil unterstützt durch die Software Amberscript mit entsprechender Nachbearbeitung, und mittels der Software für computergestützte qualitative Daten- und Textanalyse MAXQDA ausgewertet.

Aufbau des Berichtes

Im Anschluss an die Einleitung werden in den Kapiteln 2-5 die Analysen der Fallbeispielregionen Loser (Steiermark), Heuberg (Vorarlberg), Kals (Osttirol) und Brandberg (Tirol) präsentiert. In Kapitel 6 erfolgt die Synthese der Ergebnisse aus den Fallbeispielregionen und abschließend werden in Kapitel 7 Handlungs- und Lösungsoptionen formuliert.

Literatur

- BAB (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023a). Fallregion Altaussee – Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Mona Stollberger. Wien.
- BAB (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023b). Fallregion Mittelberg – Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Mona Stollberger. Wien.
- BAB (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023c). Fallregion Kals am Großglockner – Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Mona Stollberger. Wien.
- BAB (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023d). Fallregion Brandberg – Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Florian Stender und Gabriel Zeglovits. Wien.
- Berger, P., & Luckmann, T. ([1969] 2010). Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt/Main: Fischer Verlag.
- BFW (Bundesforschungszentrum für Wald) (2025). Die Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz. Endbericht des DaFNE Forschungsprojekts Nr. 101747. Wien.
- Schütze, F. (1987). Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien. Erzähltheoretische Grundlagen. Merkmale von Alltagserzählungen und was wir mit ihrer Hilfe erkennen können. Hagen: Fernuniversität.
- Streibel, M. (2023). „ich weiß nicht, was ich nicht weiß“. *Sozialwissenschaftliche Rundschau*, 4, S. 369-385.

An aerial photograph of a mountain valley. In the foreground, there is a large, flat area with patches of snow and green grass. A small village with several buildings is visible in the middle ground. In the background, there are steep, forested mountains and a large lake. The sky is clear and blue.

Fallbeispielregion FWP Loser

Georg Wiesinger

2 Fallbeispielregion FWP Loser (Georg Wiesinger)

2.1 Einleitung

Das Gebiet des Forstwirtschaftlichen Projektes Loser (FWP Loser) liegt im Bereich des Toten Gebirges als Teil der Nördlichen Kalkalpen im Gemeindegebiet von Altaussee. Geprägt wird das Tote Gebirge vom Dachsteinkalk, der in der Trias vor 250-200 Millionen Jahren entstand. Alle Kalkstöcke des Toten Gebirges, wie auch der unmittelbar am Hauptort gelegene Hausberg Loser, sind durch einen charakteristischen Plateaufbau gekennzeichnet. An den Rändern gibt es steil abfallende, von Erosionsrinnen gefurchte Hänge und scharfe Grate, die für Lawinen prädestiniert sind. Aber auch von den zahlreichen Wildbächen geht beziehungsweise ging bis zu deren Regulierung und Verbauung Gefahr aus. Im Gefahrenzonen Plan der WLW wurden mehrere braune, gelbe, sowie rote Zonen ausgewiesen. Von der WLW wurden Rückhaltebecken und Geschieberückhaltesperren errichtet, um das Siedlungsgebiet vor Hochwasser zu schützen. Die Gemeindefläche Altaussees umfasst insgesamt 92,6 km² bei 1.903 Einwohner:innen (Statistik Austria, 2024; BAB, 2023a).

Traditionell ist der Salzbergbau von großer Bedeutung. Die Sole wird über eine Rohrleitung zur Saline Ebensee in Oberösterreich geleitet. Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft nimmt seit den 1990er Jahren kontinuierlich ab, während der Winter- und Sommer-Tourismus den zentralen Stellenwert für die lokale Wirtschaft innehat. Das Ausseeland war bereits in der Monarchie eine bedeutende Tourismusregion. Schon sehr früh hat sich hier eine mondäne Gesellschaft niedergelassen. Heute dominiert „gehobener Qualitäts-tourismus“ (Habrich, 2021). Zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren manifestieren sich einige Nutzungskonflikte.

Der Norden und Osten der Gemeinde liegen in einem Natura-2000-Schutzgebiet. Die Waldfläche der Gemeinde Altaussee beträgt rund 49,6 % der Gesamtfläche, 7,2 % davon werden von Laubbäumen bedeckt, 56,6 % sind Misch- und 36,2 % Nadelwald. Große Teile sind als Schutzwald ausgewiesen. In den tiefergelegenen Gebieten sind Buchenwald-Standorte vorzufinden, mit zunehmender Höhe Fichten-Tannen-Buchenwälder, wobei der Buchenanteil sukzessive sinkt bis hin zu Latschengebüsch und subalpinen Fichten beziehungsweise Fichten-Zirben-Standorten. Der süd-südwestlich exponierte Loser ist durch die Sonneneinstrahlung klimatisch begünstigt und weist eine große forstliche Artenvielfalt auf. Das Gemeindegebiet ist in sechs Jagden untergliedert, davon fünf Eigenjagden sowie eine Gemeindejagd.

Aufgrund der spezifischen Topographie und Geologie sind in der Region zahlreiche, immer wiederkehrende, Naturgefahrenereignisse dokumentiert, sowohl durch Hochwasser, aber auch aufgrund von Lawinen und Felsstürzen. Besonders einprägsam für die Bevölkerung in Altaussee war das Lawinengefährdungsereignis 2019, als aufgrund enormer Schneemengen von bis zu 6 Metern und an Tribschneehängen noch weitaus mehr, die Evakuierung von mehreren Häusern erfolgen musste. Besonders betroffen war damals der Bereich der Donalawine am Löcker, ein kaum bewaldeter kalkreicher Südwesthang des Losers. Die Gefährdung um diese Zone war auch der spezielle Fokus bei den leitfadengestützten qualitativen Interviews. Es war ein Anliegen, mit konkret betroffenen Personen über deren Gefährdungslagen zu sprechen. Eine Intention der Interviews war, die eigene Lebenswelt, authentische Erfahrungen und Einschätzungen der Befragten hinsichtlich Naturgefahren zu erfassen. Das Gefährdungsereignis von 2019 kann auch als das Moment gesehen werden, welches letzten Endes die Umsetzung des FWP in der heutigen Form erst ermöglichte.

Das FWP Loser wurde im selben Jahr aufgrund des Ansuchens der Gemeinde Altaussee im Jahr 2015 zur Verbesserung des Schutzniveaus für den Siedlungsbereich der Ortsteile Posern, Hinterposern, Moos, Thörl, Scheiben und Fischerndorf ausgearbeitet. Durch die Schutzmaßnahmen soll die Gefährdungssituation für

Teile des betroffenen Siedlungsraums reduziert werden. Durch die Errichtung eines Lawinenauffangdammes, eines Lawinenablenkdammes, permanente Lawinenverbauung und flächenwirtschaftliche Maßnahmen soll die Gefährdungssituation nachhaltig verringert werden.

Für die Gemeinde Altaussee gibt es einen vom BMLRT² genehmigten Gefahrenzonenplan. Für den Bereich des Siedlungsraumes unterhalb des Bereiches Löcker, Lichtersberg, sowie für alle anderen raumrelevanten Lawinen im Gemeindegebiet Altaussee, wurden zahlreiche Lawinensimulationen durchgeführt. Der Umsetzungszeitraum des Projektes beläuft sich auf über 30 Jahre (2020-2050). Finanzierungspartner sind neben dem Bund und dem Land Steiermark die Gemeinde Altaussee, welche ca. 24% der Kosten trägt, aber auch die Loser-Bergbahnen und der Österreichische Alpenverein, allerdings in einem geringen Maße. Letztere profitieren auch durch den Schutz ihrer Anlagen. Keinen Beitrag leisten hingegen die unmittelbar betroffenen Objekteigentümer:innen, was gesetzlich auch nicht vorgeschrieben ist. Die Planung und die Umsetzung obliegt dem Forstlichen Dienst für WLW.

2.2 Risikowahrnehmung

Hinsichtlich der Risikowahrnehmung sind folgende Fragen zu stellen: Welchen Einfluss haben persönliche Betroffenheit und Erfahrungen auf die Interpretation von Gefährdungslagen? Werden Gefahren unterschätzt oder verdrängt und in welchem Verhältnis steht das zu einem Risiko, das man bereit ist, einzugehen? Wie wird dann damit umgegangen, wenn doch etwas passiert? Wie eingangs ausgeführt, neigen Menschen, die in einer Gefahrenzone leben und über kein Expertenwissen verfügen, dazu, sich ihr eigenes Alltagswissen als eine Realität individueller und kollektiver Erfahrungen, ungeachtet des technisch-naturwissenschaftlich gesicherten Wissens, zu konstruieren. Alltagswissen und gesichertes Wissen sind jedoch nur sehr selten deckungsgleich. In der Fallstudienregion FWP Loser wird diese Diskrepanz besonders deutlich.

Tradiertes Alltagswissen kann den Umgang mit Gefahren erleichtern, da auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden kann, die nicht unbedingt wissenschaftlich begründbar sind. Diese Strategie ist jedoch nur so lange erfolgreich, solange sich die Rahmenbedingungen nicht wesentlich ändern, wie zum Beispiel durch den Klimawandel. Andererseits wird im Bewusstsein eine Bedrohung häufig nicht wahrgenommen, da sie unangenehm ist und tendenziell verdrängt beziehungsweise einige Jahre nach einem Ereignis wieder vergessen wird.

„Weil die da aufgewachsen sind und nie etwas war. Die Donalawine ist damals nicht so als Bedrohung wahrgenommen worden.“ (L_V, 127)

„Also, bei uns ist das Bewusstsein für diese Naturkatastrophen schon immer da und die Gemeinde ist extrem gut bedacht darauf, dass die Bevölkerung geschützt wird, was vielleicht in anderen Regionen jetzt nicht so ist, die dann erst aktiv werden, wann es schon einen richtigen Schaden ange richtet hat.“ (L_VII, 208)

„Es hat 2019 kein Ereignis gegeben. Da sind von mir aus zehn Familien ausgezogen für eine Woche oder 14 Tage. Es ist nichts passt.“ (L_IV, 147)

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Tendenzen, die Gefahren kleinzureden, auch oft im Zusammenhang mit dem Klimawandel, da manche glauben, dass durch die geringere Schneelage auch die Bedrohung durch Lawinen geringer würde, obwohl dies nicht unbedingt den wissenschaftlichen Evidenzen entspricht, da es mit dem Klimawandel häufiger zu Extremereignissen kommt. Der Klimawandel wirkt sich nicht nur auf die

² Seit 2025 BMLUK – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft.

Schneelage aus, sondern führt auch zu Hochwasser und zu häufigeren Starkwindereignisse, die zu Windbruch führen können. Im Gedächtnis der Befragten ist zum Beispiel der Sturm Kyrill im Jahr 2007 noch immer stark verhaftet. Steinschlag ist bislang noch kein großes Thema.

„Da glaube ich schon, dass sich sehr viele Leute da mit der Klimaerwärmung und mit weniger Schnee und so, sich denken, dass das abnimmt. Also, wenn noch einmal so ein Winter käme, dann würde man schon nachdenken darüber.“ (L_V, 141)

Was eine Jährlichkeit nun wirklich bedeutet, ist vielen Bewohner:innen nicht klar. Daher ist die Überraschung groß, wenn trotz Maßnahmen immer noch eine Gefährdungslage besteht oder sich die getroffenen Maßnahmen als unzureichend erweisen. Die Gefahr kann niemals vollkommen gebannt werden.

„Schauen Sie zum Grimming, in Untergrimming. Da ist ein Riesending gebaut worden, ein Viadukt, das hat man dann nach fünf Jahren verlängert, weil [...] gesehen hat, dass es immer noch darüber gegangen ist.“ (L_V, 155)

„Ja, nageln Sie mich jetzt nicht fest. Aber es hat ja geheißen, dass dieses Ampelsystem nicht funktioniert hat. Und dann sind Leute durch den Tunnel gefahren und vorne ist eine Staubwolke gewesen und man hat nichts mehr gesehen, weil eben so eine Staubwolke von der Lawine dann auf der Straße war. Also, es kann am Weg ins Ausseerland auch etwas passieren. [...] Ja, es ist auch nicht gerade bei uns, es ist auch, wenn man nach Liezen zum Einkaufen fährt im Winter, muss man sich der Gefahr bewusst sein, dass da auch etwas passieren kann. Ich meine, da haben sie auch diese Verbauung. Voriges Jahr ist einmal eine Lawine gekommen und sie haben die Ampel nicht aktiviert gehabt. Sie haben dieses Warnsystem abgedreht gehabt.“ (L_VII, 157; 161)

Dennoch herrscht ein allgemeiner Grundkonsens, dass eine hundertprozentige Sicherheit auch bei maximalem Einsatz aller möglichen Schutzwald- und Verbauungsmaßnahmen nicht gegeben sein kann. Sicherheit ist jedenfalls immer mit einer Risikoabschätzung verbunden, aber auch mit der Frage des Risikoverhaltens, das heißt welches Risiko man bereit ist, im Verhältnis zu einem bestimmten Aufwand in Kauf zu nehmen.

Interessen

Wem sollen die Lawinenschutzmaßnahmen nützen? Es gibt unterschiedliche Interessensgruppen, die davon profitieren oder profitieren könnten. Zum einen sind das die unmittelbar betroffenen Objekteigentümer:innen, aber auch die oft nicht, oder nur mittelbar betroffene lokale Bevölkerung, zu guter Letzt auch Wirtschaftsbetriebe, allen voran der Tourismus. Wenn es um die Frage der Kosten und des Nutzens geht, sind die Meinungen dazu sehr geteilt und konfliktträchtig. Mitunter wird den Verantwortungsträger:innen sogar unterstellt, dass der Schutz der lokalen Bevölkerung gar nicht im Zentrum stünde und es vorrangig um wirtschaftliche beziehungsweise touristische Interessen ginge.

„Ja, ich bin schon davon überzeugt, dass, ich meine, wir haben ja ein kleines, feines Schigebiet. Wenn man nicht das Gefühl hat, dass es eine Sicherheit ist, dann würden sich die Leute schon ein bisschen eher zurückziehen.“ (L_VII, 151)

„Da muss ich eigentlich so sagen: damals wurde die Lawinenkommission gegründet, dass man am Loser das Schigebiet gefahrlos befahren kann, also, nicht zum Schutze des Ortes. So weit hat man gar nicht gedacht damals. [...] Na ja und jetzt bin ich wieder bei der Wirtschaft, dass man

also schon den Loser, der eigentlich schon ein bisschen ein Brotberg ist für uns, weil wir ja das zweite Standbein vom Wintertourismus ein bisschen brauchen, auch für unsere eigenen Kinder, dass man in die Richtung schon schaut, dass die Pisten und dass das lawinensicher ist und bleibt.“ (L_V, 34; 227)

„Das war auch mit der Grund, wieso man dort die Gas-Ex-Anlage installiert hat, weil mit dieser GasEx-Anlage auch das Schigebiet faktisch abgesichert wird, weil dort der Bereich ohne Bewuchs ist. Und mit dem schafft man es einfach, dass man auch bei schlechter Witterung Lawinen abschießen kann und der Gefahrenbereich für die Schipisten dann entschärft ist.“ (L_VI, 60)

In den Interviews zeigt sich, dass die Zahlen der Personen, Haushalte und Objekte, die immer wieder angeführt werden und durch das FWP geschützt werden, sehr unterschiedlich sind. Diese dienen zur Untermauerung unterschiedlicher Interessen. Jene, die das FWP stark propagieren, setzten diese Zahl bei rund 150 Objekten oder 80 Haushalten an, während Kritiker:innen oft von nur zwei Objekten sprechen, deren Eigentümer:innen noch dazu im familiären Umfeld lokaler Politiker zu finden sind, also zusätzliches Wasser auf den Mühlen der Kritiker:innen. Die Diskrepanz bei den Zahlen ergibt sich, je nachdem, ob man nur Objekte, die unmittelbar von einer Lawine, in dem Fall der Donalawine betrachtet, oder auch davon ausgeht, dass bei einer Gefahrenlage eine Zufahrtsstraße zu Haushalten gesperrt werden muss, die zwar nicht direkt getroffen sind, jedoch dann nicht mehr erreicht werden können. Diese Diskussion erhält dann ein weiteres Bias, das besagt, ob es nicht doch noch eine Alternative zur Zufahrtsstraße gibt, die sogenannte alte Salzbergstraße und ob diese, trotz ihrer Steilheit, auch im Winter überhaupt benutzt werden könnte.

„Es gibt eine Altausseer Gemeindezeitung, die nennt sich „Der Altausseer“. Im Altausseer war, glaube ich im Jahre 2020, ein Artikel über das Flächenwirtschaftliche Projekt. In diesem Artikel zum Flächenwirtschaftlichen Projekt schreibt die Gemeinde, dass durch diese Maßnahmen, die da gesetzt werden, ich habe es jetzt nicht mehr im Kopf, ich glaube 150 Objekte geschützt werden. Oder, dass durch dieses Projekt ja 150 Objekte betroffen sind. Ich meine, dass ist so etwas von verlogen, weil, sie kennen das Projekt und sie wissen, dass da vielleicht fünf oder sieben Häuser betroffen sind, sollen es zehn sein. Aber man erweckt den Eindruck, dass das ganz Altaussee nützt.“ (L_IV, 131)

Kommunikation

Eine zentrale Bedeutung hat, in welcher Art und Weise eine mediale Kommunikation über gesichertes Wissen erfolgt oder ob sie überhaupt erfolgt. Kommunikation über gesichertes Wissen hilft, Zusammenhänge zu erklären und eine realistische Einschätzung von Gefahren und Risiken zu ermöglichen.

„Das ist erstaunlich, weil immer wieder das Argument kommt, dass sich offenbar die Wahrnehmung oder der Diskurs über Lawinen verändert hat. Es hat früher nicht diese Lawinenwarnstufen gegeben im Fernsehen, dass man zum Beispiel gesagt hat, jetzt ist Warnstufe 4, jetzt geht man lieber keine Schitouren. Das hat es ja früher vor 30 oder 40 Jahren nicht gegeben.“ (L_III, 22-23)

Mediale Information über Lawinengefahren muss aber nicht automatisch bei allen zu einem besseren Verständnis und zu einer Veränderung des Verhaltens führen. Dies reicht in der Regel nicht aus, da die mediale Kommunikation oft zu allgemein ist und nicht auf eine konkrete, lokale Gefährdungssituation hinwirkt. Um

eine konkrete Gefährdung zu vermitteln, braucht es aber auch lokale, allgemein akzeptierte Übersetzer:innen, das heißt Personen die respektiert werden und die das technisch-naturwissenschaftliche Wissen glaubwürdig auf die Ebene des Alltagswissens transferieren können. Diese Personen müssen zudem einen Expert:innen-Status in der lokalen Gemeinschaft einnehmen, der von der -Bevölkerung akzeptiert wird, damit die Maßnahmen auch entsprechend umgesetzt werden können.

Vertrauen und Verantwortung

Laien greifen, wie bereits ausgeführt, durch das Fehlen an evidentem Wissen einerseits auf ein tradiertes oder auf Erfahrung beruhendes Alltagswissen zurück, andererseits delegieren sie die Verantwortung gerne an übergeordnete Instanzen. Sie vertrauen auf die Entscheidung von Expert:innen und Verantwortlichen, zum Beispiel dem Bürgermeister oder der Lawinenkommission etwa bei Entscheidungen über Evakuierungen. Dadurch muss man sich selber nicht mit der Gefahr näher auseinandersetzen.

„Aber meine Eltern sind schon einmal ausgezogen, aber halt gerade für drei Tage. Das war noch nicht so bedrohlich. Ein zweites Mal war es nicht ganz so dramatisch, wobei der damalige Bürgermeister auch gesagt hat: ‚Lieber wäre es mir, wenn ihr ausziehen tätet.‘“ (L_VII, 10)

„Ja, die haben auch immer alle möglichen Wetterberichte am Radar. Also, die Befürchtung, dass irgendetwas verschlampt oder übersehen wird, habe ich keine Sekunde.“ (L_VII, 175)

„Eben diese Lawinenkommission, wie bereits gesagt, wo man sich hundertprozentig darauf verlässt, dass da einfach nichts übersehen wird. Wenn sich eine Gefahr anbahnt, dann wird man informiert und dann wird das Richtige in die Wege geleitet, sei es jetzt Bachverbauung oder, wann irgendwo irgendein Ereignis ist, dass irgendwo ein Bach sich verselbständigt und zur Gefahr wird, wird sofort etwas in die Wege geleitet, dass das entschärft wird.“ (L_VII, 212)

Diese Delegation der Verantwortung beziehungsweise das Vertrauen in Expert:innen oder eine Organisation setzt auf der anderen Seite die Verantwortungsträger:innen unter Druck. Diese fühlen sich bei schwerwiegenden Entscheidungen dann oft alleine gelassen, was folgendes Zitat zum Ausdruck bringt, als die Lawinenkommission 2019 über Sprengungen entscheiden musste.

„Wir, Mitglieder der Lawinenkommission, haben dann überlegt, ob wir über dem besiedelten Bereich gezielte Sprengungen versuchen sollen. Ich habe gesagt ‚Ihr könnt tun, was Ihr wollt, dann gehe ich, dann war ich halt nicht da. Tut es‘. Aber es wäre eh Wurst gewesen, weil im letzten Ende bin ich der, der den Kopf hält. Die WLK hat uns strikt abgeraten davon, Gott sei Dank.“ [...] Richtig, natürlich. Aber das war halt eben die Hilflosigkeit von uns allen miteinander. Wir sind da zehn Leute in der Lawinenkommission und ein jeder hat gesehen, jeden Tag wird es gefährlicher, wird es gefährlicher, wird es gefährlicher. Ja, was tut man? Man will eine Lösung, man will was zusammenbringen, dass man jetzt sagt, so, jetzt haben wir die Gefahr im Griff‘. Das haben wir aber nicht gekriegt. Erst wie der Schneefall aufgehört hat, wie Gott sei Dank dann ein kurzes Sonnenfenster gekommen ist und wie wir dann mit dem Hubschrauber fliegen konnten und das ein wenig anschauen konnten, dann haben wir gewusst, na ja gut, es ist teilweise schon ein bisschen etwas weggegangen, man hat schon gesehen, es ist nicht mehr so gefährlich. Der Schnee hat sich dann relativ schnell gesetzt durch die Sonne.“ (L_VI, 34-38)

„Ja, natürlich schaut man hinauf und schaut man sich das an. Direkt oberhalb von meinem Anwesen ist eine Pegelmessstelle. Ich als Obmann von der Lawinenkommission bin natürlich noch

mehr befasst mit der ganzen Geschichte als wie jeder andere. Wir sind dort zu dem Zeitpunkt jeden Tag zusammengesessen, haben jeden Tag eine neue Sitzung gehabt, haben teilweise sogar zwei- oder dreimal am Tag wieder Lagebesprechungen durchgeführt. Das war über 14 Tage lang eine Zeit, so eine will ich nicht mehr erleben, ganz ehrlich gesagt. Das war ja ein Wahnsinn. Das war nervenaufreibend.“ (L_VI, 22)

Die Lawinenkommissionen werden örtlich bestellt, stehen aber in direktem Kontakt mit den Bezirksverwaltungsbehörden und dem Katastrophenschutzreferat des Landes Steiermark. Im Katastrophenfall können auch das Innenministerium und das Bundesheer eingreifen. Die Verantwortung lastet aber dennoch zunächst und hauptsächlich auf den handelnden Personen der lokalen Lawinenkommissionen. Eine akute Gefährdungslage, die mit tradiertem Alltagswissen und bei fehlendem evidentem Wissen nicht mehr erklärt werden kann, verursacht in der Regel Angst und Verunsicherung. Dazu trägt auch eine fehlende Auseinandersetzung mit Gefährdungslagen bei.

„Ich glaube, dass zuerst etwas passieren muss, dass sich die Leute damit auseinandersetzen. Und dann ist es in der Regel so, dass man, dann ist es wichtig, drei Jahre später ist es vielleicht noch wichtig und fünf Jahre später hat es eh schon jeder vergessen.“ (L_IV, 153)“

Betroffenheit

Direkt betroffene Anrainer:innen haben in dieser Studienregion eine andere Sicht der Dinge als jene, die nicht unmittelbar betroffen sind. Es fehlt ein breites Verständnis in der Bevölkerung über die Situation, womöglich auch aufgrund einer unzureichenden Vermittlung von Wissen durch lokal verankerte Übersetzer:innen.

„Ja natürlich hat man, glaube ich, in Altaussee, der Gesamort, jetzt diese Gefahr so nicht gesehen, als was wir als direkte Anrainer sehen. Das hast einfach, wenn Dich das nicht direkt berührt, wirst Du es auch nicht so wahrnehmen und ist auch jetzt nicht so präsent, als wie wenn ich heute da wohne. Ich weiß, dass da oben jetzt zwei Meter Schnee sind und wenn der herunterkommt, dann steht mein Haus nicht mehr, oder von mir aus ist stark beschädigt, oder wie auch immer. Das muss man, glaube ich, schon differenzieren.“ (L_VI, 18)

Dies zeigt sich insbesondere an der Tatsache, dass die Einladung zu den Informationsveranstaltungen über das FWP eigentlich nur von den unmittelbaren Betroffenen angenommen wurde.

„Die Informationsveranstaltungen waren eigentlich für das, wie es wichtig war, muss ich jetzt im Nachhinein sagen, relativ spärlich besucht. Das waren von denen, die von der Gemeinde, wo über die Finanzierung geredet worden ist und die Finanzierungspartner natürlich horchen sie sich das an. Ja nein, ja nicht. Aber, von der Gesamtbevölkerung war das eher spärlich besucht.“ (L_III, 91)

Man konnte die Ortsbevölkerung also nur unzureichend erreichen und die Inhalte des FWP nicht entsprechend vermitteln. Das bedeutet aber nicht, dass es beim besagten Krisenfall 2019 keine Solidarität mit den Betroffenen innerhalb der Gemeinde gab. Neben der Lawinenkommission halfen auch lokale Vereine, wie zum Beispiel die Bergrettung oder die Freiwillige Feuerwehr bei der Evakuierung und Versorgung der unmittelbar Betroffenen.

„Das ist gerade im Ausseerland, gerade in Altaussee, ist das Ehrenamt riesengroß geschrieben, muss man ganz ehrlich sagen, egal ob da jetzt eine Feuerwehr oder eine Bergrettung ist. Es gibt fast keinen Jugendlichen, der nicht entweder bei der oder bei der Einsatzorganisation Mitglied ist. Natürlich ist das ganz, ganz wichtig. Erstens einmal weiß er, was in einem Worst Case zu tun ist und zweitens hast du die Bewusstseinsbildung einfach dadurch alleine schon, wenn du bei Übungen dabei bist, wenn du bei Einsätzen dabei bist, dass das einmal klargemacht wird, dieses Szenario gibt es nicht nur im Fernsehen, sondern das kann auch in Altaussee sein. Da wird extrem gute Arbeit gemacht, weil da gerade bei der Feuerwehr, bei der Bergrettung müssen sie schon ein gewisses Alter haben, weil sie da doch einfach bergsportliche Vorkenntnisse haben sollten. Bei der Feuerwehr wirst ja schon mit 12 oder 13 Jahre dazugeholt und mitaufgebaut und bist schon dabei. Also, das ist ganz, ganz wichtig. Das sind die Organisationen, die was erstens einmal sinnvolle Jugendarbeit machen, die was die Jugendlichen vor gewissen Blödheiten zu einem gewissen Teil abhalten und von denen man aber auch extrem profitiert.“ (L_VI, 128)

Eine funktionierende Zivilgesellschaft ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung von Naturgefahren. In Altaussee fühlt sich dahingehend neben der Gemeindeverwaltung auch die lokale Wirtschaft sehr verpflichtet. Es gibt sogar ausgezeichnete „feuerwehrfreundliche Betriebe“, die ihren Mitarbeiter:innen eine Freistellung im Katastrophenfall ermöglichen. Das besagt aber nicht, dass alle in der Gemeinde die gleichen Vorstellungen und Auffassungen vertreten, wie man diesen Gefahren am besten bewältigen könnte und wer dafür die Kosten tragen sollte.

2.3 Problembewusstsein

Wenn man von Strategien zum Schutz vor Lawinen im Bereich des Losers spricht, ist es zunächst wichtig, die Bedeutung dieses Altausseer Hausbergs für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu verstehen. Der Loser ist der markante Hausberg, in seinem Aufbau ein zweistufiges Felsmassiv, welcher sowohl den Altausseer See als auch den Ort selber begrenzt. Auf praktisch jeder Ansichtskarte von Altaussee ist der Loser als ein zentrales Motiv zu sehen. Somit wirkt der Loser im Sinne der Akteur-Netz-Werttheorie (vgl. Latour 2014) als Aktant auf die Vorstellungs- und Lebenswelt der Menschen. Der Loser wird unterschiedlich interpretiert. Der Loser hat einen kulturellen und ästhetischen Wert. Vom Loser gehen Gefahren aus, in erster Linie Lawinen im Winter, die die Siedlungsräume und die Infrastrukturen an seinem Hangfuß bedrohen. Der Loser ist durch den intensiven Sommer- und Wintertourismus ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Zudem spielen auch Interessen der Forstwirtschaft und der Jagd eine Rolle. Für erfolgreiche Schutzmaßnahmen sollen diese unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen in Einklang gebracht werden.

Schutzwald versus Technik

Gefahren können sowohl durch eine nachhaltige Schutzwaldbewirtschaftung als auch mittels technischer Verbauungsmaßnahmen begegnet werden. In der Regel ist eine Kombination mehrerer Maßnahmen sinnvoll. Eine große Rolle spielt dabei auch der Zeitfaktor. Der Zustand des Schutzwaldes in und um Altaussee ist verbesserungswürdig. Das hat zum einen historische Gründe. Durch den Salzbergbau wurde über Jahrhunderte die Fichte gefördert, die als Flachwurzler den Schutz vor Lawinen und Hangrutschungen nicht ausreichend erfüllen kann. Dazu kommen noch die Auswirkungen des Klimawandels, der dem Wald mit Stürmen, Trockenheit und Borkenkäferbefall zusetzt.

„Herunten ist reines Nadelholz. [...] Da ist sämtliches Laubholz herausgehackt worden über die letzten hunderte Jahre hinweg. In Altaussee muss man es noch länger zurücksehen. Also, da ist

in den letzten 800 Jahre das Laubholz komplett vernichtet worden. Das hat mit der Saline etwas zu tun, weil für die Saline ist es maßgeblich gewesen, dass für die Salzgewinnung, für die Verschüttung der Sole, hat man nur Nadelholz verwenden können. Einerseits kann man das besser transportieren auf dem Wasserweg, weil die Buchen ja untergehen und andererseits hat die Buche eine zu heiße Flamme, was für die Sudpfannen schlecht gewesen ist. Darum hat man jetzt, kann man sagen, seit der Industrialisierung ab dem 13. Jahrhundert sämtliches Laubholz vernichtet. Seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts hat man dann auf Erz umgeschaltet, also auf Braunkohle oder auf Kohle.“ (L_II, 6)

In den letzten Jahren wurden damit auch von Seiten der Waldeigentümerin, den Österreichischen Bundesforsten, Maßnahmen getroffen, die Baumartenzusammensetzung in Richtung eines standortgerechten Mischwaldes nachhaltig umzubauen. In der Steiermark ist das Modell der Dynamischen Waldtypisierung dabei sehr hilfreich (Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 2023). Die Landesforstdirektion Steiermark hatte in enger Zusammenarbeit mit den Interessensvertretern Landwirtschaftskammer Steiermark und Land & Forst Betriebe Steiermark 2018 dieses Forschungsprojekt gestartet. Ziel war es, ein praxistaugliches Instrument zu entwickeln, welches für jeden geologischen Standort konkrete Empfehlungen für eine standortangepasste Baumartenwahl unter dem Aspekt des Klimawandels bietet. Dieses Instrument ermöglicht es den steirischen Waldeigentümer:innen, die Auswirkungen der Klimaerwärmung auf ihren Wald für die nächsten 80 Jahre digital abzurufen und in ihre waldbaulichen Entscheidungen insbesondere bei der Baumartenwahl einfließen zu lassen. Die Entscheidungen sind aber oft nicht einfach, weil sich waldbauliche Interessen nicht immer mit sinnvollen Lawinenschutzmaßnahmen decken, wie im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt.

„Wenn der Schnee auf den Wald darauf fällt, ist der Schnee, der oben hängen bleibt und nicht auf den Boden herunterfällt, ist bei einem Nadelbaum viel höher, wie bei einer Buche oder bei einem Laubholz. Die haben keine Blätter im Winter. Jetzt fällt viel mehr Schnee hinunter und jetzt ist die Lawinengefahr viel höher. Es gehört eine Mischung da her. Also, nur eine Fichte oder nur Nadelholz ist nicht gut und nur Laubholz ist eben auch schlecht. Beim Laubholz ist es so, durch die Laubstreu, die dann am Boden liegt, jeder der schon einmal durch einen Wald gegangen ist, wo viel Laub ist, wird sehen, da rutscht man ab. Und eine Lawine macht das genauso.“ (L_II, 10)

„Ja, und ich habe eine Laubstreu, die ist ja gleitend. Es sind einfach Sachen, die Laubholzbestände und auch gewisse Verhaltensweisen in der waldbaulichen Betrachtung, die die Buche auch hat und die da einfach entgegensprechen. Und das ist auch schwierig und das ist jetzt das, was der Revierförster, der sagt: ‚Ja, das ist eh eine schöne Durchmischung und es ist oben eh ein schönes Laubholz.‘ Nur für unsere Lawinensituation wird das nicht ausreichen. Wir brauchen dort auch Nadelholz, welches diese neuen klimatischen Bedingungen aushält unter Umständen. Die Tanne, die natürlich dort mit Wilddruck und hin und her, umso schwieriger zu etablieren ist, oder auch eine Kiefer, wo die Lichtbedürfnisse dann dementsprechend sind, oder Lärche. Es mag schon sein, es ist eine schöne Durchmischung. Nur ist sie dem Schutzziel entsprechend?“ (L_III, 104)

Bis ein funktionsfähiger Schutzwald hochkommt, dauert es in der Regel mindestens 30 Jahre. Technische Verbauungen können andererseits relativ rasch ihre Schutzwirkung entfalten. Sie sind in der Landschaft stärker wahrnehmbar und vermitteln daher auch ein unmittelbares Gefühl von Schutz und Sicherheit.

Gleichzeitig bedeuten sie aber auch einen sichtbaren Eingriff in die Ökosysteme und das Landschaftsbild, die ästhetisch unterschiedlich bewertet werden und Diskussionen über die ökologische Nachhaltigkeit auslösen können. Die Konstruktion unterschiedlicher Realitäten in der Bevölkerung führt zu Diskrepanzen. Es werden den technischen Verbauungsmaßnahmen, aber auch dem FWP, daher mitunter familiäre Verstrickungen, persönliche Motive und Interessenslagen, teils von internationalen Spekulanten, unterstellt.

„Das wissen wir beide, dass es eine hundertprozentige Sicherheit nicht gibt. Aber auf der einen Seite bauen wir da jetzt einen Lawinenschutzdamm nahezu biblischen Ausmaßes, um das so einmal zu sagen und dreihundert Meter weiter bauen die Loser-Bergbahnen eine Mittelstation auch in einem Lawinenstrich, wo man in die Einreichunterlagen hineinschreibt: dort braucht man überhaupt nichts tun, weil die baut man halt lawinensicher. Für mich ist das ein Zweiklassenproblem. Wenn ich ein Haus schützen will, das mir wichtig ist, das in einer roten Zone steht, dann investiere ich 6 Millionen Euro und wenn es darum geht, dass der Herr X. seine Loser-Seilbahn bauen darf, dann stellen wir es in einen Lawinenstrich, dann ist alles Wurst, dann bauen wir es halt lawinensicher.“ (L_IV, 25)

Einen ähnlichen konflikträchtigen Diskurs gibt es in der Bevölkerung auch in Hinblick auf den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Augsbach. Dieser Gebirgsbach, der am Südwesthang des Losers entlangfließt, wurde in die Traun umgeleitet und fließt nicht mehr in den Altausseer See. Das ehemalige Mündungsdelta in den Altausseer See wurde damit entwässert und in Bauland umgewidmet. Den Profiteur:innen dieser technischen Maßnahmen wird nun von mancher Seite Argwohn entgegengebracht.

Generell wird die Vermutung geäußert, dass Lawinenschutzmaßnahmen, in erster Linie technische Maßnahmen, einen Einfluss auf die Gefahrenzonenpläne haben. Dadurch wäre auch eine absichtlich und vorsätzlich herbeigeführte Wertsteigerung der geschützten Objekte und Grundstücke verbunden, einen Vorwurf, den die direkt betroffenen Objekteigentümer:innen entschieden von sich weisen und den Kritikern wiederum unterstellen, dass diese zu wenig Empathie und Mitgefühl für ihre Gefährdungssituation hätten. Ungeachtet des Wahrheitsgrades dieser unterstellten Motive, kann beobachtet werden, dass mangelnde Kommunikation von gesicherter Information alternativen Realitäten Vorschub leistet und das Konfliktpotential in der Bevölkerung weiter erhöht.

Vermittlung der Schutzfunktion des Waldes

In jüngster Zeit wurde am Fuße des Losers entlang des Augsbachs von der Gemeinde in Zusammenarbeit der WLW und den ÖBf ein Themenweg errichtet, der die Schutzfunktion des Waldes einer breiten Bevölkerungsgruppe vor Ort gut verständlich und auf anschauliche Weise vermitteln soll. Auf 15 Schautafeln werden die ökologischen Zusammenhänge im Schutzwald bei Naturgefahren dargestellt. Erklärt wird dabei nicht nur die Schutzwirkung des Waldes bei Lawinen, sondern auch bei Hochwasser. Etwas weiter oberhalb des Bachlaufes wurde gleichzeitig ein Hochwasserdamm errichtet. Der Themenweg kann zu Fuß oder per Fahrrad erkundet werden. Die Schautafeln sind auch mit QR-Codes versehen und speziell für Kinder aufbereitet. Den Themenweg begehen nicht nur Tourist:innen, sondern auch Schulklassen, oft gemeinsam mit Expert:innen, zum Beispiel einem Revierförster. Momentan wird versucht, einen gemeinsamen Folder für alle drei Themenwege im Bezirk Liezen im Zuge eines LEADER Projektes zu erstellen und an die Schulen zu verteilen.

„Da hat man einfach so eine Hochwasserwelle simuliert. Und da haben Kinder dann selber faktisch den Schubser aufgetan in einem Bach und dann geschaut, was da passiert. Das sind wirklich

super Dinge gewesen, die man da jetzt gemacht hat. Und das haben wir alles gemeinsam gemacht. Da waren die Bundesforste dabei, da war die WLV dabei und da waren wir als Gemeinde dabei und natürlich die Schulen und Kindergärten sind da auch mit dabei gewesen. Die Kinder waren dabei voll begeistert, weil sie einfach einmal gesehen haben, was da passiert. Und da schaffst Du schon eine Bewusstseinsbildung.“ (L_VI, 120)

„Also, der Themenweg ist recht gut aufgebaut, sehr interessant. Es gehen viele Familien mit den Kindern, weil es ein gut befestigter Weg ist. Man kann auch mit dem Rad fahren. Ich glaube schon, dass das viele Leute auch gelesen haben, was auf den Tafeln steht, dass das wirklich auch etwas bringen kann. [...] Den haben wir uns natürlich angeschaut, wie er fertig war. Sie sind auch mit der Schule bei der Eröffnung drinnen gewesen. Also, bei uns werden die Kinder und auch bei dem anderen Projekt Augsbachverbauung, sind sie auch sehr involviert worden. Also, da haben sie ein Projekt gemacht, wo sie auch drinnen Häuserl aufgebaut haben und eine Flutwelle simuliert haben, was da los ist. Also, bei uns wird schon darauf geschaut, dass auch Kinder wirklich involviert werden. Natürlich habe ich mit meiner Tochter darüber gesprochen und wie wichtig das ist.“ (L_VII, 143-145; 187)

Die Errichtung des Themenwegs erfolgte erst im Jahre 2023, vielleicht zu spät, als die Konflikte rund um den Loser bereits sehr heftig waren. Da der Themenweg sich noch nicht richtig etabliert hat, ist noch nicht abzusehen, ob es dadurch gelingen wird, die Realitäten des Expert:innenwissens mit jenem des Alltagswissens in Einklang zu bringen und bestehende Konflikte dadurch konstruktiv zu lösen.

Einflussfaktoren auf die Schutzfunktion des Waldes

Neben der Baumartenzusammensetzung, dem Klimawandel und Borkenkäferbefall, hat der Wildbestand Auswirkungen auf den Zustand des Waldes. Es werden genau jene Baumarten, die für die natürliche Schutzfunktion besonders wichtig sind wie zum Beispiel Weißtannen, vom Schalenwild selektiv verbissen. Zudem sind Aufforstungen am Loser aufgrund der Geologie (flachgründige, mineralstoffarme Böden) und der südseitig-exponierten, trockenen Lage besonders schwierig.

Das Wild begibt sich in der nahrungsarmen Winterzeit gerne in die südseitigen, lawinenexponierten Hänge des Loser. Im Rahmen des FWP gibt es ein Wildmonitoring, das eine nachhaltige Verbesserung des Schutzwaldes herbeiführen soll. Die ÖBf bejagen im Rahmen einer Regiejagd das Gebiet selbst, um den Wildbestand kontrollieren und dezimieren zu können. Im Gegensatz zu anderen Projektregionen beinhaltet diese Regiejagd damit ein viel geringeres Konfliktpotential.

Es werden zwei unterschiedliche Strategien diskutiert, um die Verjüngung des Waldes zu schützen: einerseits den Wildbestand radikal zu reduzieren und andererseits das Wild zu vergrämen und in abgelegene Bereiche zu vertreiben, wo es weniger Schaden anrichten kann. In diesen Ruhezeiten gibt es eine Ablenkungs-Fütterung und es wird nicht gejagt, wodurch das Wild dorthin ausweicht.

„Man muss sich das so vorstellen: das Tote Gebirge ist ein riesiges Hochplateau. Das ist ein Super-Lebensraum für sämtliche Wildtiere im Sommer über, während der Vegetationsperiode und wenn sie da oben sind, die können da keinen Schaden anrichten, weil da sind nur Latschen, da ist nur Plateau, da sind keine Wälder oben. Also, ein paar gibt es schon, aber da können sie keinen Schaden machen. Da sind wir froh, wenn sie da oben sind. [...] Nur das Problem ist durch die Plateau-Lage, wenn es im Winter schneit, fällt der Schnee zusammen und das ist dann kein Lebensraum mehr da oben. Es ist nicht so, wie in den Hohen Tauern oder den Niederen Tauern, wo

der Schnee abrutschen kann, oder wo er abgeweht wird, sondern das Wild muss nach vorne gehen in die Abbrüche rund um das Tote Gebirge. Und das ist ihr Lebensraum und das haben sie schon seit zigtausenden Jahren so gemacht. Wenn wir da jetzt alles erschießen würden, ich würde nicht sagen, dass wir es ausrotten, aber wir hätten einen massiven Einfluss auf den ganzen Lebensraum.“ (L_II, 52-54)

Die Vergrämung erfolgt auch in Kombination mit touristischen Maßnahmen. Mit den Schipisten, eines Themenweges und einer Mountainbike-Downhillstrecke parallel zur Loser-Straße sollen die Touristenströme in bestimmte Bereiche gelenkt und andererseits das Wild von dort vertrieben werden. In besonders gefährdeten Lagen, dort wo die Vergrämung nicht ausreicht, wurden zusätzlich Intensivbejagungsgebiete, sogenannte Intervallbejagungsflächen nach dem Dachverband Jagd Österreich, ausgewiesen.

2.4 Partizipation

Wie bereits im Anfangskapitel zur Gefahrwahrnehmung hat die Gemeindeverwaltung ausgeführt, haben die WLV und die ÖBf als Waldeigentümerin eine sehr große Verantwortung beim Schutz vor Naturgefahren zu tragen. Die Gefährdungssituationen sind dem Großteil der Bevölkerung nicht bewusst oder es herrschen unterschiedliche Realitäten und Auffassungen vor, welches ein Konglomerat aus Alltagserfahrungen und historisch tradierten Erzählungen darstellt. In nicht geringem Maße, werden Gefährdungen auch vergessen oder verdrängt.

Entscheidungsstrukturen

Naturkatastrophen lassen sich zwar in der Häufigkeit ihres Auftretens über Modellsimulationen an Hand von Jährlichkeiten einschätzen, ein konkretes Ereignis aber nicht. Dadurch können die Verantwortlichen nur bedingt vorausschauend agieren. Die Lawinenkommissionen stehen oft vor schwerwiegenden Entscheidungen, da Lawinensprengungen zum falschen Zeitpunkt möglicherweise noch größeren Schaden auslösen können. Ähnliches gilt auch im Falle von Evakuierungen.

„Es ist jetzt nicht prinzipiell von Anfang an, das heißt am 6. Jänner [2019], angeordnet worden, sondern da ist der Bürgermeister von Haus zu Haus gegangen und hat gesagt, er ersucht, die Leute mögen das Haus verlassen aus Sicherheitsgründen. Diese behördliche Verordnung ist dann erst später gekommen, wie dann wirklich die Gefahr immer größer geworden ist. Ja, ein paar alte Leute, die habe sich halt, ich meine, meine Tante, die hat sich schon gewehrt, weil sie gesagt hat, sie ist ihren Lebtage in dem Haus und sie will jetzt eigentlich nicht hinaus. Sie aber dann natürlich auch ausgezogen, schon vor der behördlichen Verordnung (lacht). (L_VII, 50)“

Die hohe Verantwortung stellt die Gemeinde oft vor ein Dilemma, da rasch Entscheidungen getroffen werden müssen, die für die Allgemeinheit oft nur unzureichend verständlich und mit unangenehmen Einschränkungen verbunden sind.

„Freilich ist in erster Linie einmal ein Gemeinderat dazu da, um Entscheidungen zu treffen und Ideen zu sammeln. Und wenn heute aus der Bevölkerung etwas kommt, und wir sind ja in der Bevölkerung integriert. Es ist ja nicht so, dass mich, wenn ich jetzt durch den Ort gehe, keiner kennt oder keiner anredet, Gott sei Dank, sondern man schaut ja eben, man weiß ja das eigentlich, wenn man da wohnt, weiß man ja, was sind jetzt die Sachen, die was jetzt gerade geredet werden und wichtig wären. Und die muss man sich herausfiltern. Dazu ist man dann da, dass

man versucht, eben auf dem basierend, eine Lösung zu finden. Natürlich kann man da Außenstehende, die jetzt nicht politisch tätig sind, die nicht im Gemeinderat sind, mit in das Boot holen. Ich weiß, dass man heute alles mit Bürgerbeteiligung macht. Das ist mir durchaus klar, dass das offenbar das Wichtigste ist. Ich sehe es schon so, dass, es gibt gewählte Organe in einer Gemeinde, die haben die Pflicht und Schuldigkeit, dass sie ihre Arbeit tun auf Gutdeutsch gesagt. Die halten in der Regel dann Kopf hin, zumindest spätestens dann, wann eine Wahl ist und ich als Bürgermeister auch in der Zwischenzeit. Darum glaube ich, ist es wichtig, wenn man das offene Ohr bei der Bevölkerung hat und wenn man in gewissen Fällen natürlich mit ins Boot holt, mitarbeiten lässt, mitentscheiden lässt, versucht, dass man gemeinsam etwas erarbeitet.“ (L_VI, 152)

Manche kritisieren diese Abläufe als hierarchische Entscheidungsstrukturen. Möglicherweise fehlt aber auch nur eine entsprechende Zivilgesellschaft, die im Rahmen einer stärkeren Bürger:innenbeteiligung eine Rolle übernehmen könnte. Jedenfalls ist Kritik von außen immer einfacher, als selbst Verantwortung zu tragen.

„Wir haben wahrscheinlich seit den 1960er Jahren einen ganz einen massiven Braindrain, weil jeder der in Altaussee aufwächst, der Matura macht, der eine Ausbildung genießt, die über drei Klassen Volksschule und einen Tanzkurs hinausgeht, der muss hinaus. Der geht nach Graz, nach Salzburg, nach Innsbruck, nach Wien. 90% oder 99% dieser Leute schaffen es nicht mehr zurück. Warum? Er kriegt in Altaussee keinen adäquaten Job und er kann sich in Wahrheit das Wohnen in Altaussee nicht leisten.“ (L_IV, 91)

Kritisiert wird mitunter auch, dass diese Entscheidungsstrukturen dazu führten, dass sich die Kommunikation und der Informationsaustausch in den letzten Jahren im Allgemeinen verschlechterten. Die Gemeinde hat selber den Anspruch, Informationen möglichst rasch weiterzugeben und Meinungen einzuholen. Das war auch beim FWP der Fall. Es wird regelmäßig über die Gemeindezeitung „Alpenpost“, über das lokale Ausseer Regionalfernsehen und das Internet informiert, Veranstaltungen werden aber spärlich besucht, wenn, dann nur mehr von unmittelbar Betroffenen, da dabei laut mancher Kritiker:innen, die Suche nach gemeinsamen Lösungen nur bedingt Gegenstand ist.

In der Region gibt es keine Nutzungskonflikte zwischen Waldeigentümer:innen, Eigentümer:innen gefährdeter Objekte und Behörden. Das liegt vor allem daran, dass der gesamte Wald am Loser im Eigentum der ÖBf ist und diese auch bei Waldumbaumaßnahmen im Rahmen des FWP sehr gut mit der WLW und auch mit der Gemeinde kooperiert. Bei den Stakeholdern sind auch gegenseitige Abhängigkeiten von Bedeutung. Die WLW ist auf die Kooperation mit der Gemeinde angewiesen, um Vorhaben effizient realisieren zu können. Auch im Bereich der Jagd lassen sich keine größeren Interessensgegensätze erkennen, da die ÖBf den Wildbestand im Rahmen einer Regiejagd eigenverantwortlich managen.

Unzureichende Übersetzung

Ursächlich für Konflikte in Zusammenhang mit der Interpretation von Naturgefahren ist das Fehlen eines effizienten Übersetzungsmechanismus. Wenn es nicht gelingt, die Realität des gesicherten Wissens, das heißt, das Wissen über Modelle, Gefährdungslagen, Schutzfunktion des Schutzwalds, aber auch technische Maßnahmen, entsprechend zu kommunizieren, kann das Auslöser von Konflikten sein oder latente Konflikte könnten sich manifestieren. Bricht das Alltagswissen als tradiertes Realitätssystem zum Beispiel durch ein Ereignis, möglicherweise aber auch durch personelle, oder administrative, organisatorische Veränderungen zusammen, muss eine neue taugliche Realität in Form eines Erklärungsmusters konstruiert werden.

Gescheiterte Wissensvermittlung führt zur Konstruktion unterschiedlicher Realitäten, die in der Fallbeispielregion FWP Loser zu innergesellschaftlichen Spannungen und Verwerfungen führten. Es wurden unlautere Motive unterstellt und es kam zu persönlichen Kränkungen und Schuldzuweisungen. Die Konflikte über die Sinnhaftigkeit von Lawenschutzmaßnahmen pflanzten sich anschließend in weitere Bereiche fort, die ursächlich gar nichts mehr mit diesem Thema zu tun haben, wie zum Beispiel in Fragen des Tourismus, der Parkraumbewirtschaftung, den Bau einer Umfahrungsstraße bis hin zur Ästhetik der Landschaft. Letztendlich führte das zur Gründung einer Bürgerliste, die zur Gemeinderatswahl 2020 antrat und es in den Gemeinderat schaffte. Das bedeutet, sobald die Übersetzung des Wissens durch fehlende Kommunikator:innen oder unzureichende Kommunikationswege auf das Alltagsverständnis nicht funktioniert, entstehen Konflikte, die sich in weiteren multiplen Konflikten äußern und häufig unlösbar werden.

Bezeichnend ist, dass in der Fallbeispielregion FWP Loser Übersetzer:innen fehlen, die aufgrund des Expert:innen-Status und Ansehens evidentes Wissen, also naturwissenschaftliche Zusammenhänge und technische Erkenntnisse, glaubhaft vermitteln könnten. Anders als in der Steiermark, gibt es in Tirol und Vorarlberg einen lokalen Waldaufseher, der die Verhältnisse in der Gemeinde sehr gut kennt, in der lokalen Bevölkerung verankert ist und der das evidente Wissen der Bevölkerung glaubhaft und nachhaltig vermitteln kann. In Altaussee wurde sehr spät ein Versuch unternommen, die mangelnde Übersetzung wissenschaftlich evidenter Wissens auf die Ebene des Alltagswissens über einen Themenweg zu beheben, was möglicherweise zu spät erfolgte.

Literatur

- Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2023). Dynamische Waldtypisierung Steiermark. Band 1 Standardörtliche Grundlagen. Graz.
- BAB (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023a). Fallregion Altaussee – Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Mona Stollberger. Wien.
- Berger, P., & Luckmann, T. ([1969] 2010). Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Habrich, M. (2021). Jüngere Entwicklungen und Herausforderungen des Tourismus in Altaussee und Hallstatt. Diplomarbeit an der Universität Graz. Graz.
- Latour, B. (2014). Eine Soziologie für eine neue Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schütze, F. (1987). Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien. Erzähltheoretische Grundlagen. Merkmale von Alltagserzählungen und was wir mit ihrer Hilfe erkennen können. Hagen: Fernuniversität.
- Statistik Austria (2024). Bevölkerung zu Jahresbeginn nach administrativen Gebietseinheiten (Bundesländer, NUTS-Regionen, Bezirke, Gemeinden) seit 2002 <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-zu-jahres-/-quartalsanfang> (Aufgerufen am 11. November 2024).

An aerial photograph of a mountain valley. In the foreground, there are green fields with patches of snow. A small village with several buildings is visible in the middle ground. A large lake is situated to the right of the village. The background features steep, forested mountains under a clear blue sky.

Fallbeispielregion FWP Heuberg

Theresia Oedl-Wieser

3 Fallbeispielregion FWP Heuberg (Theresia Oedl-Wieser)

3.1 Einleitung

Die Gemeinde Mittelberg befindet sich im Kleinwalsertal im Bezirk Bregenz, Vorarlberg. Das Kleinwalsertal (Kerbtal) erstreckt sich entlang einer Südwest-Nordost-Achse und öffnet sich gegen Norden hin ins Alpenvorland. Aufgrund seiner geographischen Lage ist es ausschließlich über Oberstdorf in Bayern erreichbar. Das Gemeindegebiet umfasst eine Fläche von 96,82 km² mit 5.127 Einwohner:innen, was einer Bevölkerungsdichte von rund 53 Einwohner:innen pro km² entspricht. Die Gemeinde Mittelberg umfasst zahlreiche Berge und Täler, wobei das Südwest-Nordost verlaufende Breitachtal, auch Kleinwalsertal, das Haupttal mit den Ortschaften Baad, Mittelberg, Hirschegg sowie Riezlern darstellt. Nördlich davon befindet sich das Schwarzwassertal mit den Ortsteilen Oberwädele und Wädele. Die beiden Täler werden durch den Heuberg getrennt. Die südost-exponierte Hangflanke, also die dem Breitachtal zugewandte Seite ist etwas steiler. Insgesamt erstreckt sich das Tal über eine Länge von 16 km mit einer Höhe von 1.086 bis 1.215 m.ü.A.

Der Bereich um den Heuberg sowie das Breitachtal besteht aus Vorarlberger Flysch. Im Gemeindegebiet von Mittelberg sind zahlreiche Rutschmassen in Massenbewegung vorzufinden. Vor allem die Flyschformationen weisen eine hohe Erodibilität auf und werden bei starker Durchnässung aufgrund der geringen Perolationsfähigkeit der Gesteine fließfähig. Die durchschnittliche Niederschlagssumme der letzten 12 Jahre beträgt 1974 mm/Jahr wobei die Schwankungsbreite zwischen 1700 und 2500 mm liegt. Veränderte klimatische Bedingungen wirken sich wesentlich auf Naturgefahrenprozesse aus. Vor allem Starkniederschlagsereignisse, wechselnde feucht-trocken beziehungsweise kalt-warm Perioden sowie steigende Temperaturen (z.B. Auftauen von Permafrost) beeinflussen sowohl gravitative als auch hydrologische Prozesse (BAB, 2023b).

Rund 83 % aller Erwerbstätigen arbeiten in der Gemeinde Mittelberg im Dienstleistungssektor, 13 % im sekundären Wirtschaftssektor und lediglich 4,1 % arbeiten 2020 in der Land- und Forstwirtschaft. Mit rund 1,7 Mio. Übernachtungen pro Jahr zählt die Gemeinde Mittelberg zu den Gemeinden mit den meisten Übernachtungen in Österreich. Im Jahr 2022 belegt das Kleinwalsertal den 6. Platz im österreichischen Vergleich (Statistik Austria, 2024).

Die Gemeinde Mittelberg wird von einer Waldfläche von rund 3.560 ha bedeckt, das entspricht 37 % des gesamten Gemeindegebietes. 90% des Waldes sind in Privateigentum von rund 250 Waldeigentümer:innen im gesamten Gemeindegebiet. 99 % der Waldfläche sind als Schutzwald ausgewiesen, davon ist ein Drittel Objektschutzwald (Atlas Vorarlberg, 2023).

Ende November 2023 wurden vier qualitative Interviews mit folgenden Personen geführt: Bürgermeister, Hoteleigentümerin, Obmann einer Jagdgenossenschaft und Waldaufseher. Die Hoteleigentümerin und der Obmann der Jagdgenossenschaft sind jeweils auch Objekteigentümer:innen, die von Naturgefahren bedroht sind (Lawinen, Muren). Das „Flächenwirtschaftliche Projekt Heuberg 2016 Gemeinde Mittelberg“ (FWP Heuberg) erstreckt sich über den gesamten südexponierten Hangbereich oberhalb der Siedlung des Ortsteiles Mittelberg. Der Zweck des Projektes liegt im Schutz der Siedlung vor gravitativen Prozessen (Lawinen, Wildbäche, Steinschlag, Rutschungen) (BMLFUW, o.J.). Der Umsetzungszeitraum des FWP Heuberg läuft von 2019-2048.

3.2 Risikowahrnehmung

Bewusstsein für Naturgefahren

Das Bewusstsein für Naturgefahren ist in der Bevölkerung der Gemeinde Mittelberg gegeben, wobei sich die Wahrnehmung der Gefahrenlagen in den letzten Jahren von den Lawinen hin zu flachgründigen Rutschungen und Muren etwas verschoben hat. In der Gemeinde Mittelberg befinden sich durch Lawinenabgänge potentiell gefährdete Gebäude südseitig des Heubergs innerhalb der ausgewiesenen Gefahrenzonen. Auf der Nordseite sind ausschließlich Straßen und Fahrwege betroffen. In der roten Zone des Gefahrenzonenplanes sind sechs Häuser ausgewiesen, in der gelben Zone 56 Häuser. Insgesamt wurden im Laufe der Jahrhunderte 115 Lawinentote sowie 198 zerstörte Gebäude von Lawinen gezählt (Stand 2017). Wie im technischen Bericht des FWP Heuberg ausgeführt wird, gibt es im Projektgebiet zahlreiche Gefährdungen durch Lawinen (WLV, 2017), wie auch im Zitat zum Ausdruck kommt.

„Ja, früher waren es Heuwiesen und es war aber auch früher nicht so bebaut darunter. Da waren die Sturzbahnen noch zum Teil frei. Die alten Gebäude, die Walserhäuser, wenn man sagt, die waren ja dann oft auch in lawinensicheren Gebieten, wobei es aber auch 1907 ein Lawinenunglück gegeben hat, wo es mehrere Häuser [verschüttet hat] und einige Tote gegeben hat. Also, es ist nicht immer so, dass die alten Häuser gar nicht betroffen sind, oder. Die waren sensibler, glaube ich, wie wir heute.“ (H_I, 35)

Als in der Gemeinde Mittelberg noch kein Flächenwidmungsplan ausgewiesen war, wurden Häuser und Hotels auch in gefährdeten Zonen des Kleinwalsertales errichtet. Das ist eine Ursache für die Herausforderungen, die es heutzutage bezüglich des Objektschutzes in der Gemeinde Mittelberg gibt.

„Also, es ist so, dass dieses Gebiet in Mittelberg durch das, dass es Unterleger gibt, das heißt, es wurde auch bebaut. Es wurden ja in der Vergangenheit auch Widmungen im Hangbereich ausgesprochen, und damit kommt es zu diesen Gefährdungen. Es ganz früh auch schon Lawineneignisse, wo die Lawine bis zur Mittelberger Kirche ging. Aber ja, das eine, aber das andere, diese Bebauung, die sich am Hang hochzieht, in die Gefahrenzone, bringt dann das mit sich, dass einfach auch bei entsprechenden Ereignissen, Schneefällen und vielleicht auch mit Nässe und so, sich die Gefahren natürlich verschärfen.“ (H_I, 8)

„Der Flächenwidmungsplan, der wurde [19]81 erstellt. Bis dahin war ja ein Bauen in der freien Fläche nicht so schwierig. Da haben wir dann gerne hinaus gebaut oder in spezielle Lagen und dann mit dem Flächenwidmungsplan ist das dann ins Rollen kommen, dass man einfach auch geordnet baut.“ (H_I, 12)

Unter den Befragten gibt es keine Erinnerungen an Lawinenabgänge, die ihre Objekte, den Siedlungsraum oder die Infrastruktur der Gemeinde Mittelberg im Kleinwalsertal unmittelbar gefährdet haben. Nach der Lawinenkatastrophe im Jahr 1907 mit 10 Lawinentoten und hohem Sachschaden wurde mit Lawinenverbauungen am Heuberg begonnen. Diese wurden im Laufe der Zeit erweitert und auch immer wieder saniert (WLV 2017, S. 15f).

„Ich weiß keine Lawineneignisse. Ich hatte das Glück, dass ich keine miterleben musste.“ (H_IV, 30)

„Also, ich kann mich tatsächlich jetzt auch an kein großes in Anführungszeichen Unglück oder Naturgefahr erinnern, wo auch zum Beispiel Menschen zu Schaden gekommen sind.“ (H_II, 140)

Nur ein Befragter berichtet von Schäden an seiner Almhütte, die vor 30 Jahren in Folge eines Lawinenabganges entstanden sind.

„Ja, also insofern, die Geschichte ist zwar schon länger her, ich weiß, dass man den neuen Stadl, den hat man in den [19]70er Jahren gebaut, also den alten Hüttenstadl hat man ausgebaut, und der Großvater hat immer gesagt, da, wo wir den Stadl hinstellen, ein bisschen abseits, da sei es nicht sicher. Und vor 30 Jahren, da bin ich ein junger Kerl gewesen, da ist einmal eine Tanne drinnen gesteckt von der Lawine. [...] Da hat es so viel Schnee gegeben.“ (H_III, 169)

Eine Befragte ist immer wieder von Straßensperren im Winter betroffen, die von der Lawinenkommission Mittelberg verhängt werden. Sie hat mit der Zeit ein Sensorium entwickelt, wie sich die Wetterverhältnisse gestalten, bevor eine Sperrung ausgesprochen wird.

„Vielleicht haben Sie es gesehen, wo Sie hergefahren sind. Es gibt einfach dann Lawinensperrungen, und dann ist bei uns hier zu. Also, dann sind wir mit dem Auto nicht mehr erreichbar. Wir, das ist für unsere Gäste, manchmal, also für unsere Gäste, teilweise schwierig. Die nehmen es auch unterschiedlich wahr. Wir versuchen es einfach so gut zu lösen, wie es irgendwie ist, weil, wir können immer quasi über im Winter über den Hang nach unten. Also, das heißt, wir sind zwar eingesperrt in Anführungszeichen, können uns aber trotzdem bewegen. Da ist natürlich auch so, dass unsere Gäste das ganz unterschiedlich wahrnehmen. Also, für uns ist es eine große Organisation, weil, wir müssen einfach schauen. Also, wir kennen es ja zwischenzeitlich auch schon. Wir wissen, wenn es jetzt plötzlich viel schneit, wenn der Wind dazu kommt, dann ist schon diese Gefahr, dass bei uns die Straße gesperrt wird auch da. Da gibt es so ein paar Anzeichen. Also, zuerst wird normalerweise die Bundesstraße nach Baad gesperrt.“ (H_II, 8)

Gefahren in der Gemeinde

Ereignisse, die stärker im Bewusstsein der Bevölkerung präsent sind, sind nach Ansicht der Befragten die häufigeren Murenabgänge in der Gemeinde Mittelberg. Die sich verändernden klimatischen Bedingungen haben großen Einfluss auf die Naturgefahrenprozesse, hier insbesondere Starkregenereignisse. Durch die Gesteinsformation des Flysches ist im Kleinwalsertal die Gefährdung durch Gesteinsverlagerungen, Rutschungen und Murenabgängen in einem höheren Maß gegeben. Die Murenabgänge werden von diesem Befragten als unberechenbar beschrieben.

„Aus meiner Sicht ist das unterschiedlich zu sehen. Die Lawine klassischerweise natürlich durch entsprechende Schneemengen und natürlich dem Schneedeckenaufbau, der ja dann auch mit Profilen gemessen wird. Die Lawinensituation hat sich verbessert durch die Verbauungsmaßnahmen, und zwar um vieles. Die Muren, die sehen wir eher als unberechenbarer. Bei Starkregen kommt es dann zu Situationen, wo sich der Hang auflädt im Inneren. [...] Das sättigt sich, und er [Landesgeologe] sagt dann, gerade im Bereich Erlenboden, ist ein Bereich, da haben wir das auch so gehabt. Das platzt auf wie ein Geschwür, sagt er, wenn man da in der Nähe wäre, man könnte sich nicht retten. Das ist wie eine Explosion am Hang. [...] Und man weiß nicht, wo es dann wirklich austritt. Und wir haben gerade aktuell eine Mure gehabt, letzte Woche im Bereich Hirschegg an der Landesstraße heraußen, da hat man verbaut, und das ist 30 Meter daneben,

platzt es wieder auf. Das ist so das Unberechenbare. Beim Schnee hat man doch mittlerweile die Simulationen, wo man sagt, das sind Lawinenzüge, die breiten sich so und so aus. Die Muren sind da aus meiner Sicht unberechenbarer.“ (H_I, 20/22)

In den Interviews kommt zum Ausdruck, dass es großes Vertrauen in die Arbeit der Gemeinde Mittelberg, hier insbesondere der Lawinenkommission, gibt. Diese Befragte ist der Ansicht, dass alles Erforderliche getan wird, die Naturgefahren in Zaum zu halten beziehungsweise diese abzuwenden.

„Ja, oder halt einfach dadurch, dass die Gemeinde, dass ich, also ich empfinde das so, dass die da relativ offen sind und das dann einfach auch hören, und dadurch gibt es auch diesen Konflikt dann nicht. [...] Die machen halt einfach einen guten Job, und da mischt sich auch von der Gemeinde niemand ein, weil, die einfach einen guten Job machen, und das ist so. Und wenn die sagen, die Straße wird gesperrt, dann ist die Straße gesperrt, das ist so, und das, da diskutiert auch niemand. Also wirtschaftliche Gründe hin oder her, das ist einfach so.“ (H_II, 146)

Die Lawinenkommission der Gemeinde Mittelberg hat eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Hier wird die Gefahr von Lawinenabgängen diskutiert und es werden Maßnahmen gesetzt wie etwa kontrollierte Sprengungen und Straßensperren. In der Gemeinde Mittelberg sind die Bergbahnen nicht Mitglied im Gremium. Die Entscheidungen der Lawinenkommission sollen nach Ansicht dieses Befragten nicht interessengeleitet sein.

„Das darf ich vielleicht auch erwähnen, die [Lawinenkommission] ist jetzt nicht mit Personen der Bergbahn besetzt. In Österreich gibt es ganz viele, wo die Bergbahnen auch in der Lawinenkommission sind. Und wir haben es immer schon so gehabt, dass das nicht Bergbahnleute sind. Die Entscheidung muss ja total frei sein, oder, weil, der Bergbahner sagt vielleicht, das machen wir ja nicht zu, oder. Die Lawinenkommission trifft die Entscheidung, teilt die mir mit, und ich habe nicht einmal in meiner Zeit, jetzt bin ich 13 Jahre Bürgermeister, diese Entscheidung geändert. Nie. Das akzeptiere ich, weil das ja fachlich sehr gut ist.“ (H_I, 116)

Information und Kommunikation zum Schutz von Objekten und Infrastruktur

Aufgrund der zunehmenden gravitativen Ereignisse sollte die Bewusstseinsbildung bei den Objekteigentümer:innen und bei der Bevölkerung in Mittelberg allgemein verstärkt werden. Im Zuge von Begehungen für die Aktualisierung des Gefahrenzonenplanes der Gemeinde (2015) und bei Starkregenereignissen mit Murenabgängen wurden in der Gemeinde Mittelberg viele Gespräche mit Grundstückseigentümer:innen geführt. Im Laufe der Jahre hat sich das Verständnis der Bewohner:innen für die Gefahrenlagen verbessert. Durch die zugezogenen Expert:innen findet das Anliegen größere Akzeptanz in der Bevölkerung.

„Ja, das nicht einfach, wenn man dem Bürger vermitteln muss, du wirst eingeschränkt. Aber mit der Fachlichkeit durch den Geologen und der Wildbach- und Lawinenverbauung, wenn man dann in die Diskussion kommt, dann verstehen die Leute das auch, und das unterstützt eigentlich gut. Bei Vermurungen haben wir in vielen Fällen den Landesgeologen da, der kommt dann auch relativ schnell. Der ist in eineinhalb Stunden da, und dann sagt er auch, was zu tun ist, als Gutachter. Und wenn dann die Leute mit ihm sprechen. das ist, das ist sehr wertvoll. Weil da ist der Politische [der Bürgermeister] eigentlich nicht der richtige.“ (H_I, 91)

Auswirkungen des Klimawandels auf den Objektschutzwald und den Tourismus

Der Klimawandel wird von den Befragten im Kleinwalsertal in ökologischen und wirtschaftlichen Bereichen als großes Risiko wahrgenommen. Dies einerseits in Hinblick auf schneearme Winter, auf das Ausbleiben von Niederschlägen im Vergleich zu früher, insbesondere im Sommer oder ungewöhnlich warme Frühjahrs- und Herbstmonate. Dieser Klimawandel zeigt schon jetzt Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft im Kleinwalsertal. Diese Befragte stellt die Frage, ob es Zukunft überhaupt noch Wintertourismus im Kleinwalsertal geben wird, wenn der Schnee ausbleibt.

„Also, wir beschäftigen uns da schon auch intensiv damit [Klimawandel]. Es gab jetzt erst vor kurzem eine Studie, die von der Bergbahn in Auftrag gegeben wurde, einfach, wo es halt einfach auch darum geht, wie ist es in 35 Jahren? Kann man da überhaupt noch Ski fahren, oder gibt es noch Schnee, oder wie ist das? Und natürlich stellen wir das auch fest, dass es tendenziell wärmer wird, was jetzt nicht heißt, dass wir jetzt wissen, wie der Winter wird. Aber natürlich wird es wärmer, die Sommer werden wärmer. Ich fand jetzt dieses Jahr irgendwie so besonders, weil wir sehr wenig Schnee hatten den Winter über. Es hat sehr spät geschneit, es war relativ wenig Schnee, es kam dann noch mal relativ spät, eine ganze Menge. [...] Es war ein trockener Mai, es war ein verregneter Juni oder umgekehrt. Es hat immer mal wieder regnet, dann war es wieder trocken, dann war es sehr heiß, und es war vor allen Dingen ein sehr warmer Herbst.“ (H_II, 120)

Andererseits kommt es durch die klimatischen Veränderungen zu einer Zunahme von Schadholz durch Käferbefall, vor allem bei der Fichte. Nachdem ein hoher Anteil der Waldfläche des FWP mit Fichte bestockt ist, ist der Schutzwald dadurch beeinträchtigt.

„Ja, wir spüren das, dass die Zunahme der Starkregenfälle auch dazu führt, dass es dann auch entsprechende Ereignisse gibt. Und wir haben auch die mit der Temperatur, auch die Fichte und so, die auch leidet darunter.“ (H_I, 160)

„Bis dato geht es. Also, die jährlichen Schadholzmengen, die nehmen auch im Walsertal zu. Mittlerweile auch zum Teil bis 2000 [Festmeter], also gesamt auf das Walsertal, war es 2000, andere Jahre hat es 500 gegeben.“ (H_IV, 90)

Die Gemeinde Mittelberg im Kleinwalsertal trägt durch ihre wirtschaftliche Ausrichtung auf Winter- und Sommertourismus (6. Platz Übernachtungen in Österreich) nicht nur Verantwortung für die einheimische Bevölkerung in Bezug auf die Abwendung von Naturgefahren, sondern auch für ihre Gäste. Dem Schutzwald am Heuberg kommt hierbei eine hohe Bedeutung zu.

3.3 Problembewusstsein

Die Bedeutung der Waldfunktionen

Im FWP Heuberg weisen rund zwei Drittel der Waldflächen eine örtliche Schutzwirkung für Dauersiedlungen auf, das restliche Drittel sind Waldflächen mit örtlicher Schutzwirkung für Verkehrsflächen. Ein geringer Anteil davon hat eine überörtliche Schutzwirkung für Dauersiedlungen, Verkehrswege und sonstige Objekte (WLV, 2017, 5). Der Waldbestand am Heuberg ist überaltert und fichtendominiert. Er weist eine mangelhafte Vitalität auf und in den jüngeren Altersklassen sind dringend Pflegeeingriffe notwendig, um Stabilität im Schutzwald zu erreichen. Hinzu kommt, dass es auf den rund 307 ha Waldfläche im FWP Heuberg 167 Klein-/Waldeigentümer:innen gibt, was die Pflege und Bewirtschaftung erschwert.

Hinsichtlich der Nutzfunktion des Schutzwaldes am Heuberg wurde in den Interviews Folgendes angesprochen: Die Klein-/Waldeigentümer:innen am Heuberg sind eigentlich nur sehr vereinzelt mit der Bewirtschaftung ihrer Waldgrundstücke befasst. Die Bereitschaft, Waldpflege oder Holznutzung selber durchzuführen, ist nur bei Einzelnen vorhanden. Der Waldaufseher der Gemeinde organisiert und koordiniert meist die Pflege- und Erntearbeiten für die Klein-/Waldeigentümer:innen.

„Ja, der Service muss schon irgendwie gestellt sein, sonst. Das macht man halt alles im Zuge der Holzauszeige, wo über die Waldbewirtschaftung gesprochen wird, macht man das ganze Spektrum aus. Was machst du selber? Da wird schon besprochen mit der Anpflanzung, was läuft, oder wie man das machen sollen?“ (H_IV, 282)

„Nee, das Walsertal ist sehr touristisch orientiert, gell. Wir haben ein kleines Unternehmen im Walsertal und das schafft mit Allgäuern zusammen, gell, das ist ein forstliches Unternehmen. Einzelne Waldbesitzer gehen nicht in den Wald.“ (H_IV, 208)

In Hinblick auf die Schutzwaldproblematik am Heuberg und in der Gemeinde Mittelberg sieht ein Befragter die Notwendigkeit, dass die Waldeigentümer:innen selbst mehr Eigen-/Verantwortung für „ihren“ Schutzwald übernehmen und dass sie die Bemühungen der WLV, eine standortgerechte Verjüngung aufzubringen, mehr wertschätzen sollen.

„Also, ich denke mir, dass das, aber das ist jetzt auch wieder eine ganz persönliche Einschätzung. Ich denke mir, dass das, das wird wahrscheinlich besser gehen wie gut zureden. Weil gut zureden, habe ich den Eindruck halt. Seit 35 Jahren bewirtschaftete ich die Alp [Alm], und es sind immer dieselben 20 Leute, die sich ja mal zusammenfinden, oder wenn irgendwo mal Wald durchforstet gehört. Die sind ja ganz kleine Waldparzellen. Oft sind sie nicht einmal einen Hektar groß. Und wenn man sagt, du schau da hoch, das ist ein alter Bestand, sollte man da nicht ein Holzakkordanten auftreiben, dann sollte er das einmal holzen und abführen und vermarkten das Holz. Die Wildbach[- und Lawinenverbauung] forstet es ja dann auf. Ich meine, das ist ja ein Wahnsinn, wenn ich ein Waldbesitzer bin. Ich habe sonst auch noch Wald, oder. Aber am Heuberg: Wildbach kauft Pflanzen, Wildbach pflanzt sie aus, Wildbach mäht sie aus, Wildbach tut Wildverbiss-Schutzmaßnahmen aufbringen. Wenn das nicht funktioniert, fangen sie wieder von vorne an und pflanzen wieder aus. Seit 30 Jahren oder 40, glaube ich also, das Projekt geht da nicht so lange, aber so lang verbauen sie. Wenn ich selber was mache, kriege ich Geld im Projekt.“ (H_III, 105)

Der Schutzwald im FWP Heuberg sowie im gesamten Kleinwalsertal ist auch für die touristische Ausrichtung von großer Bedeutung, wie im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt.

„Der Siedlungsraum hat sich natürlich ausgeweitet in den [19]50er Jahren hat die touristische Nutzung im Walsertal die Startphase gehabt, und dann hat und dann hat man oder eine Sicherung gebraucht.“ (H_I, 32)

Die intensive touristisch Nutzung erfordert auch Lenkungsmaßnahmen im Sommer und im Winter, damit die Jungwälder und Schutzgebiete geschont werden und das Wild nicht zu sehr in seinem Lebensraum gestört wird. In der Gemeinde Mittelberg gibt es im Rahmen des Projektes „Natur bewusster Leben“ beschäftigte Ranger, die beispielsweise Schitourengänger:innen am Parkplatz mit Hilfe von Schautafeln über Routen

informieren, wie ausgewiesene forstliche und allgemeine Schongebiete gemieden werden können. Die Erholungsfunktion der Schutzwälder ist ein wichtiger Aspekt in der touristischen Nutzung. Für die nachhaltige Bewirtschaftung der Schutzwälder ist allerdings auch deren Erschließung durch Forststraßen notwendig. Hier kam es zu Interessenkonflikten, als der bestehende Wanderweg durch eine Forststraße ersetzt wurde, wie das folgende Beispiel zeigt.

Also, es war ein Wanderweg am Heuberg, ein ganz schmaler, sehr romantischer Wanderweg und diesen Straßenverlauf haben wir mehr oder weniger genutzt für die Forststraßenerschließung und das hat ein bissle Unstimmigkeiten gegeben, hauptsächlich mit dem Kleinwalsertaler Landschaftsschutzverein, die wo sich dagegen ein bisschen gewehrt haben. Der Forstweg ist jetzt gleichzeitig der Wanderweg. Die Leute laufen jetzt nicht querfeldein oder man macht neue Wanderwege oder sonst etwas, sondern die Forstrasse ist der Wanderweg eigentlich. (H_IV, 163)

Beeinträchtigungen der Schutzwirkung durch Nutzungskonflikte

Im Projektgebiet des FWP Heuberg gibt es zahlreiche forstwirtschaftliche und jagdliche Problemlagen, die durch Maßnahmen und durch Kooperation der Projektpartner wie WLW, Landesforstdienst und Gemeinde gelöst werden sollen. Darüber hinaus bestehen Interessenskonflikte und Spannungsfelder in den Bereichen „Wald-Wild-Tourismus“, wie in den Interviews zum Ausdruck gebracht wurde. Der Schutzwald im Bereich Heuberg ist von der Fichte dominiert, die Altersstruktur des Bestandes ist nicht ideal, die für den Standort geeignete Verjüngung kommt durch Wildverbiss schwer auf. Aus all diesen Gründen ist eine Bestandsumwandlung notwendig.

Der Heuberg wurde im 13. Jahrhundert durch eingewanderte Walser gerodet, um landwirtschaftliche Flächen zu gewinnen. Im Laufe der Jahrhunderte wurde aus dem Mischwald ein fast reiner Fichtenbestand, der unter den veränderten Klimaverhältnissen leidet. Auch die touristische Nutzung des Kleinwalsertales erfordert ausreichende Schutzmaßnahmen für eine sichere Beherbergung der Gäste.

„Der Heuberg ist ein gerodeter Waldteil. Der Heuberg wurde früher, wo die Walser eingewandert sind um 1270, das war die Existenzgrundlage. Die haben das gebraucht zur Heugewinnung. Die Landwirtschaft war da von wesentlich größerer Bedeutung. Und da hat man diese Flächen gerodet, und dann ist natürliche Wiederbewaldung zustande gekommen, und die auf der freien Fläche fühlt sich einfach die Fichte einfach besser als andere Mischbaumarten. Der Weideeinfluss und der Wildeinfluss wird mit eine Rolle gespielt haben, dass die Mischbaumarten mehr oder weniger ums Leben gekommen sind.“ (H_IV, 16)

Aufgrund des schlechten Zustandes des Schutzwaldes Anfang der 1990er Jahre, der zu einem großen Ausmaß durch den hohen Wildstand am Heuberg verursacht wurde, stand die Drohung der WLW im Raum, dass im Gebiet keine Maßnahmen mehr gesetzt werden. Daraufhin wurde mit der Gemeinde Mittelberg das FWP 1996 entwickelt, das, mehrmals kollaudiert, im Jahr 2017 neuerlich auf weitere 30 Jahre verlängert wurde. Eine zentrale Maßnahme war die wegebauliche Erschließung des Heuberges, damit die Pflegemaßnahmen und die Ernte besser durchgeführt werden können.

„Also, wie gesagt, die Wegerschließung ist erst 2002 kommen. Vorher war der Heuberg, also mehr oder weniger ein unerschlossener Waldteil. Die Bringungsverhältnisse von Forstprodukten

waren relativ schwierig, gell. Jetzt haben wir eine schöne Weganlage da. Und jetzt ist man eigentlich jährlich dran an Nutzungen, an Bestandesumwandlungen, an Waldpflegemaßnahmen und an solchen Sachen.“ (I_4, 59)

Im FWP Heuberg ist der zu hohe Bestand an Schalenwild eine zentrale Problematik. Die Verjüngung von Tannen und Laubbäumen kann durch den Wildverbiss nicht hochkommen.

„Flächen vom Heuberg sind südlich ausgerichtet, ist also ein klimatisch begünstigter Wald. Das wird nach wie vor immer der Einstandsbereich sein im Winter und im Frühjahr, für das sämtliche Schalenwild, gell. Man versucht zwar, das Wild ein bisschen zu lenken, das Rotwild in den Fütterungen, aber das Reh- und Gamswild ist nach wie vor da oben. [...] Momentan ist er zu hoch. Man hat verschiedenste jagdliche Möglichkeiten mit Verpachtung, mit Selbstbewirtschaftung, mit einem Projektwart. Man hat alles Mögliche probiert, Änderungen in dieses System hineinzu bringen. Aber der Schadenwildbestand ist derzeit noch sehr hoch. Wir haben immer wieder herbe Rückschläge.“ (I_IV, 41; 47)

Die Wald-Wild-Problematik und die Konflikte, die daraus entstehen, ist am Heuberg in der Gemeinde Mittelberg besonders offensichtlich. Der zu hohe Wildbestand, unterschiedliche jagdliche Interessen, die Gründung der neuen Jagdgenossenschaft (Mittelberg III) sowie Widerstände von Einzelpersonen gegen Abschüsse von Wildtieren aus Tierwohlgründen haben zu vielen Konflikten in der Gemeinde geführt. Die Tragweite wird von diesem Befragten beschrieben.

„Also, auf der einen Seite war eben die Objektschutz-Seite mit dem Flächenwirtschaftlichen Projekt auf der anderen Seite sind die Wildfütterung, eine Rotwildfütterung und Hegethemen, die für die Jagd relevant sind. Also, viel Wild beobachten, und ich sage jetzt nicht züchten, aber einfach die Tiere stehen. Also, es sind jagdlich ganz unterschiedliche Interessen aufeinandergetroffen, und in dem Zug hat man, weil das Flächenwirtschaftliche Projekt wird, was weiß ich 20 Jahre, ich sage mal wechselnd erfolgreich umgesetzt am Heuberg. Ich spreche jetzt immer vom Verbiss von aufzuforstenden Pflanzen. Da hat sich letztes Jahr die Wildbach[- und Lawinenverbauung] an die Grundbesitzer gewandt, oder das ist schon zwei Jahre her, ob man nicht versuchen soll, quasi die Grundbesitzer, die flächenmäßig in dem Projektgebiet betroffen sind, ob die nicht eine eigene Genossenschaftsjagd gründen. Das hat dann, ist ein recht emotionales Thema gewesen im Tal. Ja, Befürchtungen waren, dass die Jagd, das ist sowieso ein recht emotionales Thema. Da ist dann darum gegangen, also da sind Ängste aufgetaucht quasi, dass man als Grundstücksbesitzer dann in der neuen Jagd quasi nichts mehr zum Sagen hätte, wenn das dann über die Wildbach[- und Lawinenverbauung] und den Landesforstdienst, also die die Vorgehensweisen, die jagdlichen, bestimmt wird. (H_III, 8)

Bei manchen Mitgliedern der Jagdgenossenschaft (Waldeigentümer:innen) war die Angst groß, dass zu viele Wildtiere geschossen werden, also, dass der Wildbestand zu stark dezimiert wird. Von vielen würden die Tiere über den gesunden Baum, den gesunden Schutzwald gestellt, äußert dieser Befragte.

„Also, ich muss noch mal so sagen, zwei Ängste herrschen da. Vornehmlich die eine Angst ist die, dass einfach viele Tiere geschossen werden, oder. Das heißt quasi, die Behörde greift dann in die Abschlusszahlen ein. Das tut sie sowieso, weil es gibt ja einen Abschluss-Plan. Aber die Angst war, wenn man jetzt eine eigene Jagd gründet, die nur dieses Flächenwirtschaftliche Projektgebiet beinhaltet, dann wird dort einfach zu stark gejagt, zu viel geschossen. [...] Ich glaube, denen

[Grundbesitzer:innen] ist das Reh lieber als der gesunde Baum. Also, das eine ist halt ein Lebewesen, da ist Blut, ja. Also, eine Riesenangst, also, das ist nicht eine einzelne Meinung.“ (H_III, 16; 20)

Unter den Waldeigentümer:innen gibt es (eine) einzelne Person(en), die einen zu hohen Abschluss des Wildes verhindern wollen und dadurch war die Gründung der Jagdgenossenschaft auch konfliktrichtig. Um den Wildbestand auf ein schutzwaldverträgliches Maß zu reduzieren, werden höhere Abschusszahlen angepeilt. Im Folgenden zeigen sich die unterschiedlich ausgeprägten Interessenslagen. In den Aussagen der Befragten kommt zum Ausdruck, dass nur eine umfassende Sicht auf die Waldentwicklung zur Aufbringung des gewünschten Schutzwaldes führt.

„Da hat es zwei Lager gegeben, oder, das ist ganz emotional geführt worden die Gründung von der Genossenschaftsjagd, da waren Postwurfsendungen, und die eigene [eigentliche] Angst ist quasi, das Wild wird ausgerottet.“ (H_III, 24)

„Wenn ich Euch zeige, wo der eine wohnt und was der von der Wildbach[- und Lawinenverbauung] in den letzten Jahre profitiert hat, weil, die sanieren den ganzen Wald. Der wohnt ganz abseits. Also, das ist heute auch ein altes Haus. So etwas würde man heute niemals bauen dürfen, ist außerhalb vom Siedlungsraum und wohnt unterm Haspelwald. [...]. Und im Zuge von dem Projekt hat man eine neue Straße zum Haus hinbaut, man saniert den ganzen Wald und versucht, den aufzuforsten. Und da steht das ganze Rotwild und Rehwild drinnen im Frühjahr und im Herbst.“ (H_III, 29)

„Wir haben Begehungen gehabt, die Weißtannen da sind zehn Jahre, die sind so hoch [zeigt die Höhe an]. Und der ganz massive Gegner war der vor der Gründung von der Genossenschaft, und ist halt jetzt einer, der immer nach wie vor aufmerksam macht, es wird zu viel geschossen. Jetzt haben wir gute Jäger gehabt, die nicht mehr die klassische Ansitzjagd [ausüben], dass die jeden Tag hochfahren und sich den Rehbock oder den Hirsch anschauen, sondern, was schießbar vor das Gewehr gelaufen ist und was vom Jagdgesetz her frei war, ist erlegt worden. Strecke haben sie gemacht, sagen sie immer. Und ja, der gehört zu denen, der da ganz fest aufpasst, wie oft fährt der Jäger hoch, was wir da geschossen.“ (H_III, 30)

Zur Lösung der Wald-Wild-Problematik und, ausgeweitet, der Wald-Wild-Tourismus-Problematik, sind viele Schritte notwendig sowie ein konstruktives Gesprächsklima, sodass das Ziel, durch jagdliche und forstwirtschaftliche Maßnahmen wie Aufforstung und Schutzwaldsanierung, eine sukzessive Durchmischung des derzeit in weiten Teilen bestehenden monokulturellen Fichtenwaldes zu Mischwald mit Fichte, Weißtanne, Bergahorn sowie Buche zu erreichen.

„Es sind allgemein, in allen Gebirgslagen sind wahrscheinlich überhöhte Wildbestände. Der Zugang ist einfach da. Aber wichtig wären halt angepasste Wildbestände. Das Wildtier gehört zum Lebensraum Wald mit dazu, aber in einem bestimmten Maß, gell. [...] Also, der Gradmesser ist eigentlich, die Tanne sollte langfristig, also nicht die, wo jetzt gepflanzt wird, aufkommen können. Wenn sich die Tanne einmal in der Naturverjüngung umsetzt, von selber, gell, soll die ohne Schutzmaßnahmen aufwachsen können. Und wenn das der Fall ist, dann ist der Gradmesser eigentlich da, oder.“ (H_IV, 82; 84).

„Das ist der Konflikt mit dem Tourismus und vor allem auch mit manchen Grundstücksbesitzern. Ich habe schon oft gesagt in der Sitzung, was ich nicht verstehe ist, ein Reh oder eine Gams oder ein Stück Rotwild tut jedem leid. Aber wenn, wenn die drei miteinander 300 Weißtannen zusammenfressen, dass tut keinem leid. Und das verstehe ich nicht. Also, da habe ich immer schon gesagt, ich verstehe die Wertigkeit da nicht.“ (H_III, 99)

Eine Maßnahme, die im FWP Heuberg vorgesehen ist, ist der „Projektwart“, der über das FWP Heuberg finanziert wird. Er soll neben den jagdlichen Aufgaben auch in die forstwirtschaftlichen Maßnahmen eingebunden werden.

„Das [Einführung Projektwart] ist halt erst vor kurzem mit den Projektpartnern [Jäger, Jagdgenossenschaft] versucht worden, umzusetzen. Ist leider auch wieder ein bisschen gescheitert, weil der Projektwart hätte eigentlich ein bisschen forstliche Arbeiten in diesen Projektwäldern mit umsetzen sollen, damit er sehr engen Bezug zu dem kriegt. Von dem hat er sich also eher ein bisschen geweigert, und dann ist das ich das nicht zustande gekommen.“ (H_IV, 50)

Innerhalb der neugegründeten Jagdgenossenschaft Mittelberg III gab es Befürchtungen, dass durch die Maßnahme des „Projektwartes“ im FWP Heuberg die Entscheidungsmacht in der Jagdgenossenschaft geschmälert wird und die WLV einen zu großen Einfluss hat.

„Also, sie wollten quasi den Jäger in die Projektarbeiten mit einbinden, damit der weiß, da haben wir Pflanzen gesetzt oder da haben wir Pflanzen ausgemäht oder da ist der Verbiss besonders [stark], dass er noch näher an den ganzen forstlichen Sachen dran ist. Und das haben wir im Januar [2023] als attraktiv empfunden. Als Genossenschaft quasi auf den Weg gehen können, wir immer dann gesucht, den Jagdverwalter, und wir haben gesagt, du bei uns bist du nicht nur Jagdverwalter, also du zahlst nicht nur Pacht für die Bejagung von dem Gebiet, sondern, du kriegst ja Geld von der WLV und hast sogar die Möglichkeit, über deine forstdienstlichen Stunden, nicht ein ganzes Einkommen zu sichern, oder halt dazu zu verdienen. Und das hat sich dann aber über Sommer halt als schwierig herausgestellt.“ (H_III, 55)

Die Veränderungen durch den Klimawandel sind auch in der Gemeinde Mittelberg zu beobachten. Dieser Befragte sieht die unbedingte Notwendigkeit der Bestandesumwandlung des Schutzwaldes.

„Und speziell halt in solchen Projektwäldern, der Waldumbau mit den klimafitteren Baumarten. Wir sind auf geologisch Flysch-Standorten, wir haben sehr hohe Jahresniederschläge. Geologie heißt oder Flysch heißt also rutschanfällige Ding. Also, wir müssen schauen, dass man da die Mischbaumarten, die was Bestandesstabilität bringen, dass wir die da einbringen können.“ (H_IV, 74)

Waldaufseher:innen der Gemeinde

Waldaufseher:innen sind in Vorarlberg erste Ansprechpartner:innen für Waldeigentümer:innen sowie für jene, die den Wald besuchen. Waldaufseher:innen haben neben der behördlichen Waldaufsicht insbesondere die Aufgabe, in Fragen der Waldbewirtschaftung, Förderangelegenheiten, Klimawandelanpassung und des Forstschutzes zu beraten. Durch die qualifizierte Holzauszeige tragen die Waldaufseher:innen wesentlich zur Gestaltung der Wälder bei (Land Vorarlberg, 2021, 68).

„Ja, wir sind als beratendes Organ in der Forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung. [...] Die Basiserschließung [im Heuberg] heißt nicht, dass ich kleinflächig oder zu kleinflächig nutzen kann, sondern das sind immer Seilkranbringungen. Wir müssen schauen, dass sich mehrere Waldbesitzer ein bisschen zusammentun, dass es gemeinschaftliche Bringung gibt, und dann gibt es eine Holz- auszeige, jeder Baum ist auszeigepflichtig.“ (H_IV, 98)

Die Eigentumsstruktur am Heuberg ist kleinstrukturiert und es sind nahezu zwei Drittel waldferne Eigentümer:innen. Auch wohnen 60 % der Eigentümer:innen nicht im Kleinwalsertal. Örtliche Waldaufseher:innen übernehmen viele koordinierende Tätigkeiten und sie begleitet die Klein-/Waldeigentümer:innen bei der Pflege und bei der Nutzung des Schutzwaldes fachlich.

„[...] Waldbesitzer mit einem halben Hektar, dann gibt es die Alpgemeinschaften, die sind wieder größer, die haben wieder zehn, 15 Hektar, und dann solche mit zwei Hektar. [...] Ich halte zu allen einen persönlichen Kontakt, ja. Ich bin ja mittlerweile schon über 30 Jahre Waldaufseher da herinnen.“ (H_IV, 127; 129)

Im Zuge des FWP Heuberg 1996 wurde eine Forststraße am Heuberg errichtet, wodurch die Zugänglichkeit zu der Waldparzellen für die Pflege und die Nutzung im Schutzwaldes sehr erleichtert wurde. Da Anfang der 2000er Jahre überraschend schnell Gelder für den Bau frei geworden sind, wurde mit dem Bau begonnen ohne vorher eine Wegegenossenschaft mit den Grundstückseigentümer:innen zu gründen. Dies hat in Folge zu vielen Konflikten geführt und eine Lösung ist, trotz vieler Vermittlungsversuche der Gemeinde, nicht in Sicht.

„Ja, die Wegegenossenschaft ist eigentlich normal das Hauptthema, dass man das vor dem Weggebaubeginn macht. Es waren keine Gelder da, drum hat es eigentlich nicht so gebrummt. Und zumal sind Gelder frei worden, dann hat es geheißen, wollt ihr, dass wir den Weg bauen, oder. Aber die Genossenschaft. Und damals hat sich also nicht herauskristallisiert, dass diese Wegegenossenschaft so schwierig ist zu gründen, gell, das sind halt ein paar Querulanten ein bisschen entstanden, weil, wir müssen ja irgendwie bei der Wegegenossenschaft, die Hütten auch mit einbeziehen, man muss die Bergbahn miteinbeziehen, und da sind halt. Wo es menschtelt, da ist es halt ein bisschen schwierig.“ (H_IV, 167)

„Ja, wir haben, also alle Grundstücksbesitzer, die vom Straßenbau betroffen waren, also sprich, wo der Straßenbau den Grund betroffenen hat, die haben da vor 20 Jahren eine Unterschrift gegeben. Selbstverständlich, dass sie quasi ihren Grund zur Verfügung stellen im Zuge vom Flächenwirtschaftlichen Projekt den Straßenbau zu ermöglichen, und hat gleichzeitig das land- und forstwirtschaftliche Fahrrecht erhalten. Und mit der Aufforderung, dass, wenn das Flächenwirtschaftliche Projekt dann ganz definiert ist, die Gründung der Weggenossenschaft voranzutreiben oder sich zu beteiligen. Und da ist der Hund begraben.“ (H_III, 87)

3.4 Partizipation

Die Zielsetzung des FWP Heuberg ist, durch unterschiedliche technische sowie forstwirtschaftliche Maßnahmen wie Aufforstung und Schutzwaldsanierung, eine sukzessive Durchmischung des, derzeit in weiten Teilen bestehenden monokulturellen, Fichtenwaldes zu Mischwald mit Fichte, Weißtanne, Bergahorn sowie Buche zu erreichen. Weitere Maßnahmen dienen der Verbesserung der Wald-Wild-Situation, der Waldererschließung durch ein Forstwegerschließungskonzept zur Durchführung technischer Verbauungen sowie der

besseren Lenkung der Touristenströme (Gemeinde Mittelberg, 2023). Die Umsetzung des Projektes erfolgt unter Beteiligung von WLV, der Forstabteilung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung sowie der Gemeinde Mittelberg (WLV, 2017; Gemeinde Mittelberg, 2023).

Partizipation bei der Entstehung des FWP Heuberg

„Die kleine Gruppe hat es [FWP Heuberg] geplant. Da hat es eine Info-Veranstaltung gegeben im Walserhaus, gell. Wo man das Projekt also vorgestellt hat. [...] Ja, also wie [19]92. Bevor ein Projekt eigentlich richtig umgesetzt wird, sind die Gespräche schon lange vorher. [...] Mehr oder weniger sind es die Waldeigentümer. Es gibt andere auch, die da Interesse haben, was passiert da oben, wohin gehen diese Steuergelder, was tut man da.“ (H_IV, 258; 262; 264)

In den Interviews kommt zum Ausdruck, dass von den Objekteigentümer:innen und der Bevölkerung die Maßnahmen für den Objektschutz und für das Aufbringen und die Pflege des Schutzwaldes durch die öffentliche Hand als selbstverständlich und als Allgemeingut angesehen werden. Die Bereitschaft für eine finanzielle Beteiligung wird nicht gesehen.

„Nein, das glaube ich nicht. Weil, das hat sich jetzt so eingebürgert, dass das anders auch geht. Bei den Bannlegungen ist es ja früher der Fall gewesen. [...] Die sehen den Wald als Allgemeingut, der Grundbesitzer und die öffentliche Hand sind also dafür verantwortlich, dass das sicher ist. So wird das also mehr oder weniger gesehen, eigentlich.“ (H_IV, 304)

Im Zuge der Umsetzung des FWP Heuberg wurden Maßnahmen gesetzt, um die Wald-Wild-Problematik zu entschärfen, wobei zwei neue Akteure in Erscheinung traten – die „Jagdgenossenschaft Mittelberg III“ sowie der „Projektwart“. In der neu gegründeten Jagdgenossenschaft Mittelberg III werden unterschiedliche Meinungen in Hinblick auf den Wildstand vertreten. Es wurde vereinbart, dass der Vorstand alle Meinungen nach außen vertreten soll.

„Und wir haben die Genossenschaft, haben wir gegründet mit 66 oder 68 Prozent von den Stimmen, haben wir sie gegründet, oder. Das sind nicht von den Personen, oder, das sind natürlich weniger Personen, aber die die den meisten Besitz haben. Aber 68 Prozent von den Stimmen haben gesagt, wir wollen eine eigene Jagdgenossenschaft, wir wollen das Projekt, wir wollen da dabei sein, wir wollen das unterstützen oder und uns da halt einbringen. Und ich glaube ein Drittel, muss man sagen, sehen das halt ganz kritisch. Ein paar versuchen es fast zum Sabotieren, oder, wenn sie Postwurfsendungen wegschicken. Jetzt ist es ja gegessen, jetzt sind wir ja gegründet, und jetzt gibt es uns, und jetzt läuft es auch.“ (H_III, 135)

Die Gründung der neuen Jagdgenossenschaft erfolgte im Jänner 2023 und in die Funktion des Projektwartes wurden von allen Seiten hohe Erwartungen gesetzt. Die Erbringung der erwarteten Leistungen, die an den Projektwart gestellt wurden, war jedoch mit Schwierigkeiten verbunden.

„Wir haben gesagt, du bist der Jagdverantwortliche [Projektwart] und weil das alles neu ist und da jeder hinschaut oder wie gejagt wird, und wir ja auch in der Genossenschaft die Probleme haben. Wir haben immer eingefordert von ihm, dass er alles, was jagdlich da passiert, berichtest du uns. Also, wenn mal was schief geht, wenn ich ein Stück nicht so gut treffe. Ich habe gesagt, das ist so kleines Tal, wenn ihr da eine Gämse oder irgendwas anschießt, und den findet man erst zwei Tage später. Das passiert, oder das ist ja, die gehört, glaube ich, zum Jagdgeschäft dazu, dann will ich das von dir hören. [...] Alles meldest du mir, und das war, glaube ich, bei der

Gruppe. Das ist unüblich. Der ganz enge Kontakt zwischen, ich sage jetzt Jagdausschuss oder Genossenschaft und Jäger, also dass da die ganzen Informationen fließen, und das ist, glaube ich, nicht ganz üblich, und das hat mir aber von ihm eingefordert. Du erzählst uns alles, alles, was gut läuft, sowieso, aber halt auch die Sachen, die nicht funktionieren. Und da er dann, glaube ich, irgendwann mal zwischen den Stühlen gehockt.“ (H_III, 67)

Die Waldeigentümer:innen am Heuberg, die sowohl Betroffene als auch Nutznießer:innen des FWP Heuberg sind, von denen mehr als die Hälfte als „waldfern“ eingestuft werden kann, sind grundsätzlich zur Pflege und Aufrechterhaltung des Schutzwaldes verpflichtet. Sie verfügen in den meisten Fällen jedoch über wenig Kenntnisse betreffend die Bewirtschaftung und die Funktion des Schutzwaldes sowie über die Wald-Wild-Problematik, wie in den Interviews erläutert wird.

„Ich glaube, die Hälfte von diesen Leuten, die in der Genossenschaft sind, die finden ihren Wald gar nicht. Die wissen nicht, wo er ist. Ich glaube schon, dass sie so weit weg sind von dem Thema. Und wenn ich denen natürlich, dann wenn dir dann, da ich ja wieder das Bild mit dem Blut im Schnee, oder wenn ich sage, du mir jagen jetzt da ganz fest in einer Gruppenjagd oder Bewegungsjagd, oder, dann sehen die bloß Blut und tote Tiere. Aber, dass ihr Wald, den sie gar nicht wissen, wo er steht, und wie der Zustand von dem ist. Darum glaube ich, wird Sanktionieren, wenn ich eine Strafe oder halt zumindest sagt, du schau mal bei dir schaut es wirklich bedenklich aus, und du hast halt, du bist halt Grundbesitzer in einem Projektgebiet, wo es Objektschutzwälder geht, oder bringst du das in Ordnung, oder du lässt es in Ordnung bringen.“ (H_III, 105)

Widerstände, die sich im Zuge der Umsetzung des FWP Heuberg herausgebildet haben, finden ihren Ausdruck einerseits in der Wald-Wild-Problematik mit vermuteten zu hohen Abschusszahlen, aber auch in der schwierigen Bildung einer Weggenossenschaft, die Anfang der 2000er Jahre verabsäumt wurde. Dies drückt sich auch im Misstrauen gegenüber den Behörden in der Landeshauptstadt Bregenz aus, gegenüber der „Obrigkeit“ sozusagen.

„Das Interessante ist, dass man die Arbeiter [der WLW] schätzt und die Arbeit, die sie machen. Du kannst sie fragen, und die sagen dir, alles was die bauen und was sie machen ist perfekt und wunderbar. Aber die Entscheidungsträger, die in Bregenz sitzen, die werden ganz kritisch gesehen. Und das, glaube ich, ist der Ursprung für die Meinung ist der, dass es so Entscheidungen mit dem Wegebau, wo man versäumt hat, hier die Genossenschaften dann auch zu gründen. Das sind ja nicht Entscheidungen, die die Arbeiter getroffen haben, sondern das ist in Bregenz versäumt worden, und das ist, ich glaube, das wird denen nachgetragen. [...] Aber ich kann das nicht erklären, warum. Da sind so verfahrene, das ist sowieso als emotional das Thema und mit der Jagd schon zweimal. Da kommt ja dann auch dazu, dass mag der eine Grundstücksbesitzer kann mit dem andere nicht, und wenn der eine unterschreibt, dann unterschreibe ich sicher nicht. Das ist schon ein Kindergarten.“ [H_III, 123; 125]

3.5 Handlungs- und Lösungsoptionen

Aus der Stakeholderbefragung in der Gemeinde Mittelberg mit dem FWP Heuberg haben sich folgende Handlungs- und Lösungsoptionen für die Aufbringung und Pflege des Schutzwaldes ergeben.

Schnelle Sanierung bei Murenabgängen

Wenn das gravitative Ereignis von Muren eintritt, beginnt die Gemeinde Mittelberg, unmittelbar nach Einholung der Expertise des Landesgeologen, mit der Sanierung der Bruchstellen.

„Wenn eine Mure abgegangen ist, wird saniert. Dann gibt es die Begutachtung durch einen Geologen, dann wird saniert. [...] Die Mure geht ab, und dann ist man auf der Moräne. Und dann ist es so, wenn die nicht schnellstmöglich wieder zugedeckt wird mit Material, wie etwa Humus, dann trocknet die innen aus, und dann geht die nächste wieder. Darum ist bei Muren auch dringenden Handlungsbedarf, diese Muren nach Möglichkeit so schnell wie möglich zu schließen. Dann gibt es dort diese Holzverbauungen, die Krainerwände dann auch mit Weidenstecklingen, dass das möglich schnell wieder verwächst.“ (H_I, 28)

Besucherlenkung in Tourismusgebieten

In der Gemeinde Mittelberg gibt es im Rahmen des Projektes „Natur bewusster Leben“ beschäftigte Ranger, die die Schitourengeher:innen über Routen informieren, wie die ausgewiesenen forstlichen und allgemeinen Schongebiete gemieden werden können.

„Im Projekt [„Natur bewusster Leben“] haben wir zum Beispiel auch Ranger eingestellt, die sind dann in der Natur. Bei gutem Tourenwetter sind die am Parkplatz, da kann man die Leute noch erreichen. Wenn der Tourengeher am Laufen ist, dann ist der nicht mehr ansprechbar, aber am Parkplatz [schon]. Dann haben wir auch diese Schautafeln mit Sommer und Winter, die kann man wenden. Und dann erklären die und [die Tourengeher:innen] sehen, sie können jetzt da gehen oder da. Was sie nicht machen, das ist eine Tourenempfehlung, weil, wenn was passieren würde. [...] Sie dokumentieren das auch, die sagen, heute haben wir 70 Leute angesprochen, besondere Themen, die aufgefallen sind.“ (H_I, 114)

Maßnahme „Projektwart“ im FWP Heuberg

Für die jagdliche Betreuung wurde im Projektgebiet des FWP Heuberg ein Projektwart installiert (WLV 2017, 46), der die Winterbejagung des Schalenwildes, insbesondere Rotwild, unterstützen soll, aber auch bei forstlichen Maßnahmen im Projektgebiet eingebunden sein soll.

„Also, sie [WLV] wollten quasi den Jäger [Projektwart] in die Projektarbeiten mit einbinden, damit der weiß, da haben wir Pflanzen gesetzt oder da haben wir Pflanzen ausgemäht oder da ist der Verbiss besonders [stark], dass er noch näher an den ganzen forstlichen Sachen dran ist. [...]“ (H_III, 55)

Entgegenwirkung mangelnder Wertschätzung der Bemühungen um den Schutzwald

In Hinblick auf die Erkenntnis der Befragungen in der Gemeinde Mittelberg, dass die Bemühungen der öffentlichen Hand, den Schutzwald zu sanieren und zu erhalten von vielen Objekteigentümer:innen und Waldeigentümer:innen wenig wahrgenommen und wertgeschätzt werden, sollten Überlegungen angestellt werden, wie die Bürger:innen über die Gefährdung und den Nutzen des Schutzwaldes besser aufgeklärt werden

können und die Information über das FWP Heuberg sowie die Leistungen der öffentlichen Hand verstärkt kommuniziert werden können.

„Die[se] Schwierigkeiten haben wir auch, dass die Wahrnehmung so ist. Also, das ist so. Die Wahrnehmung ist immer die, dass wir sagen, wir verstehen das nicht.“ (H_III, 34)

Stärkere Einbindung der Waldeigentümer:innen bei der Instandhaltung und Pflege des Schutzwaldes

Der Waldaufseher in der Gemeinde Mittelberg bemüht sich um Aufklärung der Waldeigentümer:innen in Hinblick auf Bedeutung der Instandhaltung und Pflege des Schutzwaldes.

Ja, ich meine, das ist eine unserer wesentlichen Hauptaufgaben, neben der Jagd, dass man [zu den Grundbesitzern] sagt, das sind die Ziele [des FWP]. Man sollte was tun, dass man eine Bestandsumwandlung macht, dass man die alten Wälder umwandelt in jüngere Wälder, Pflegemaßnahmen, und das ist unser wesentlicher Part. (H_IV, 193)

Die Abgeltung von Schutzmaßnahmen durch Objekteigentümer:innen wird nicht als Lösungsoption gesehen. Die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand für die Sicherung der Schutzwälder wird allerdings in der Befragung als sehr wichtig eingestuft, dies vor allem im Hinblick auf den Klimawandel.

„Wenn ich jetzt in Richtung Öffentlichkeit und Staat sehe, so können wir nur dankbar sein, dass das so stark unterstützt wird. Wir wären überhaupt nicht in der Lage, irgendwie große Verbaumaßnahmen oder Waldpflegemaßnahmen zu machen. Und da gilt es, alles daran zu legen, diese, Programme auch weiterzuführen. Vielleicht müssen sie sogar noch verstärkt werden, was das Waldbauliche bezüglich dem Klimawandel betrifft. Verbaumäßig sind wir, glaube ich, schon sehr gut [aufgestellt].“ (H_I, 174)

Den Objektschutz im steilen Gelände ausschließlich durch technische Verbauten zu gewährleisten wird in der Befragung als nicht zielführend angesehen.

„Nein also, das wäre eine landschaftsbildliche Katastrophe, gell. Also, ich kann mir die Situation ohne Schutzwald nicht vorstellen. Der Schutzwald ist die billigste, wirksamste und das nachhaltigste Schutzsystem vor den Kräften der Natur. Jede Bewirtschaftung, was also über die Maßnahme der normalen Schutzwaldbewirtschaftung hinaus geht, die Sanierung oder die Verbauung hat ein Kostenverhältnis, wenn eins zu 17 zu 174, so hat es der Rechnungshof Vorarlberg einmal ausgerechnet.“ (H_IV, 325)

3.6 Conclusio

Seit dem ersten FWP Heuberg 1996, also rund 30 Jahre später, sind die Probleme des Schutzwaldes in der Gemeinde Mittelberg noch immer gegenwärtig, wenngleich sich die Problemlagen, vor allem auch durch den Klimawandel, etwas verschoben haben. Die wegebauliche Erschließung (2002-2004) hat die Pflege- und Erntearbeiten am Heuberg sehr erleichtert, der Wildstand ist immer noch zu hoch, was das Aufkommen junger Bäume, vor allem der Tanne und standortgerechter Laubbäume, im fichtendominierten Bestand des Heuberges verhindert. Das Spannungsfeld Wald-Wild-Tourismus ist allgegenwärtig und bedarf der Vermittlung bei den gegensätzlichen Interessen, sowie einer konstruktiven Zusammenarbeit, Kommunikation und Information der unterschiedlichen Interessensgruppen und Stakeholder.

Die Partner im FWP Heuberg sind der Bund, das Land Vorarlberg und die Gemeinde Mittelberg. In der Gemeinde Mittelberg gibt es rund alle zwei Wochen einen Austausch oder ein Treffen mit der WLW. Die Partizipation aller Projektpartner sowie die Einbeziehung der Waldeigentümer:innen ist entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung der forstwirtschaftlichen und technischen Maßnahmen. Die Laufzeit des FWP Heuberg 2016 beträgt 30 Jahre, es wurde 2018 begonnen und endet im Jahr 2048. Die im FWP Heuberg intendierten Maßnahmen sind mehrdimensional und müssen die unterschiedlichen Problemlagen adressieren.

In Anbetracht von bestehenden und latenten Konflikten im Spannungsfeld Wald-Wild-Tourismus ist es wichtig, dass die komplexen Herausforderungen des Schutzwaldes am Heuberg gemeinsam bewältigt werden. Es sollte eine Gesprächsbasis gefunden werden, wo die Interessen der verschiedenen Stakeholder und Gruppen gehört und verhandelt werden. Aufgrund der überwiegend touristischen Ausrichtung des Kleinwalsertales steht die touristische Nutzung in Konkurrenz zur waldbaulichen und jagdlichen Bewirtschaftung. Eine nachhaltige Sicherung des Schutzwaldes am Heuberg kann nur durch gemeinsame Anstrengungen erreicht werden. Auf Seiten des Tourismus werden im Winter beispielsweise Schitouren-Geher:innen über Routen informiert und aufgeklärt, die möglichst wald- und wildgerecht verlaufen.

Des Weiteren scheitern innovative Ansätze im FWP Heuberg wie etwa der Projektwart am Widerstand oder Desinteresse der beteiligten Stakeholder und Ausführenden. Die Befragten äußern, dass vielen Waldeigentümer:innen und, im weiteren Sinn, der Bevölkerung des Kleinwalsertales die Funktion und die Erhaltung des Schutzwaldes nicht bewusst sind, ebensowenig wie die vielen Anstrengungen, die von Seiten der öffentlichen Hand dafür geleistet werden, nicht ausreichend wahrgenommen und wertgeschätzt werden.

Laut Aussagen der Befragten besteht in Hinblick auf gravitative Ereignisse grundsätzlich ein großes Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Lawinenkommission und in die Arbeit der WLW vor Ort. Auch Expert:innen wie der Landesgeologe, der bei Muren und Rutschungen hinzugezogen wird beziehungsweise seine Expertise zum Geschehen abgibt, werden von der Bevölkerung wertgeschätzt. Im Gespräch mit den Grundeigentümer:innen können sie die gravitativen Prozesse erklären und die Leute informieren, wie sie sich in Zukunft verhalten sollen. Es stellt sich die Frage, ob die Information über die Bedeutung und Wirkung des Schutzwaldes eine Hol- oder eine Bringschuld ist. Wurde die Bevölkerung des Kleinwalsertals von Seiten der Projektpartner nicht ausreichend informiert oder ist das Interesse der Bewohner:innen gering, da sie ja bislang wenig Erfahrungen mit Naturgefahren gemacht haben, auch aufgrund von bestehenden technischen Verbauungen.

Literatur

Atlas Vorarlberg (2023). <https://vorarlberg.at/-/atlas-vorarlberg> (Aufgerufen August 2023).

BAB (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023b). Fallregion Mittelberg – Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Mona Stollberger. Wien.

BMLFUW (o.J.). Das Flächenwirtschaftliche Projekt Heuberg 2016, Gemeinde Mittelberg. Wien.

Land Vorarlberg (2021). Vorarlberger Waldstrategie 2030+. Bregenz.

Statistik Austria (2024) Blick auf die Gemeinde. Link: <https://www.statistik.at/atlas/blick/?gemnr=80228> (Aufgerufen am 8. November 2024).

WLW (Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung Gebietsbauleitung Bregenz) (2017). Technischer Bericht FWP Heuberg. Bregenz.

An aerial photograph of a mountain valley. In the foreground, there is a large, flat area with patches of snow and green grass. A small village with several buildings is visible in the middle ground. To the right, there is a large, calm lake. The background features steep, forested mountains under a clear blue sky. The text is overlaid on the upper part of the image.

Fallbeispielregion FWP Kals

Heidelinde Grüneis

4 Fallbeispielregion FWP Kals (Heidelinde Grüneis)

4.1 Einleitung

Die Gemeinde Kals am Großglockner befindet sich im Tauernfenster in den österreichischen Zentralalpen und zählte mit 1.1.2024 1.108 Einwohner:innen. Wie viele andere Gemeinden in Osttirol verzeichnet auch Kals seit Jahren einen Rückgang in der Bevölkerung (z.B. 1971: 1.368 Einwohner:innen) (Statistik Austria, 2024). 2022 waren insgesamt 130 Arbeitsstätten in der Gemeinde vorhanden, wobei etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen als Pendler:innen außerhalb des Gemeindegebiets arbeiteten (Gemeinde Kals, 2024; Statistik Austria, 2024).

Der Tourismus ist der Haupterwerbszweig der Gemeinde, der stark mit der Landschaft verbunden ist, da Wandern, Bergsteigen und Skifahren die touristischen Attraktionen darstellen. Kals ist auch stark von Land- und Forstwirtschaft geprägt, wobei die Anzahl der Betriebe, wie bundesweit, stark abgenommen hat und 2024 noch 61 landwirtschaftliche Betriebe gezählt wurden (Gemeinde Kals, 2024). Forstwirtschaft wird seit 1972 vor allem über die Agrargemeinschaft betrieben, deren Hauptanteileigner mit 60% die Gemeinde darstellt (Oberwalder, 2004).

Die Gemeinde ist seit jeher von zahlreichen unterschiedlichen Naturgefahren betroffen, wie z.B. Lawinen, Muren, Hochwasser (BAB, 2023c). Aufgrund der vielfältigen Naturgefahren hat der Schutzwald in Kals eine besondere Bedeutung und 71% der Waldfläche sind als Schutzwald ausgewiesen, wobei die Objektschutzfunktion besonders relevant ist.

In den letzten Jahren traten in der Gemeinde Kals mehrere Schadereignisse ein, die den Schutzwald stark schädigten. Im Oktober 2018 führte der Föhnsturm „VAIA“ zu großen Windwürfen (110.000 efm auf 425 ha) (WLV Osttirol, 2019a). Im darauffolgenden Jahr sorgte Schneebruch „INGMAR“ 2019 für weitere große Schäden. Im Jahr 2020 verursachte der erneute Schneebruch „VIRPY“ erneut Waldschäden. In den darauffolgenden Jahren fielen weite erhebliche Schäden durch den Borkenkäfer an (2021: 105.000 m³; 2022: 1.000.000 m³ für ganz Osttirol) (WLV Osttirol, 2023).

Bereits nach dem Windwurf 2018 begann die Wildbach- und Lawinenverbauung auf Initiative der Gemeinde Kals hin, ein FWP zu entwickeln, das im Februar 2019 genehmigt wurde. Nach den Sofortmaßnahmen, die vor allem gefährliche Bereiche wieder sichern sollten, wurde eine Reihe von Maßnahmen mit prioritärer Reihung entwickelt (forstliche, forsttechnische und technische Maßnahmen).

Im Oktober 2023 wurden von zwei Mitarbeiter:innen der BAB insgesamt fünf Interviews mit Personen aus der Gemeindeverwaltung, Forstverwaltung, Agrargemeinschaft sowie des Jagdvereins durchgeführt, die aufgrund ihrer Funktionen über besondere Expertise zu Themen rund um das FWP verfügen. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse aus diesen Gesprächen dargestellt und mit Informationen aus dem FWP ergänzt (WLV Osttirol, 2019b).

4.2 Risikowahrnehmung

Bewusstsein für Naturgefahren

Das Problembewusstsein für Naturgefahren ist in der Kals' Bevölkerung sehr hoch, da die Gefahren in der Gemeinde aufgrund deren Lage seit jeher groß und die damit verbundenen Themen daher sehr präsent sind. Es ist nach den Ereignissen der letzten Jahre, besonders aber nach dem als bedrohlich wahrgenommenen Windbruchereignis im Oktober 2018, eine Zunahme von Ängsten zu beobachten.

„Es war äußerst bedrohlich für sie, weil sie haben es knirschen hören. Sie haben den Lärm gehört. Sie haben den Sturm und das Brechen der Bäume und den Lärm gehört, haben es aber nicht zuordnen können, weil sie nichts gesehen haben, weil es eben finster war, weil dann ist der Strom weggebrochen. Man hat dann die, also, Telefone und andere Dinge, also die Kommunikation mit Menschen von auswärts hat nimmer stattfinden können. Das war dann auch so, dass zum Teil Überschwemmungen waren oder ein Bach übergangen ist, die Feuerwehr ist ausgerückt, hat aber dann nicht mehr zurück können, weil in der Zwischenzeit die Straße derart bedroht war, einfach durch die Bäume, dass sie nicht mehr hereinfahren können haben, dass die Polizei gesagt hat, es ist nicht sicher genug, dass ihr wieder nach Hause fahren könnt, das heißt, es war dann die Feuerwehr und das Feuerwehrauto auswärts und ein Teil der Mannschaft herinnen und das Tal abgeschlossen. Das war schon eine sehr fordernde Nacht für alle Einsatzkräfte und auch für die Gemeindeeinsatzleitung und gottseidank ist da nichts passiert.“ (K_III, 3)

„Die Nerven liegen ein bisschen blank, jetzt vielleicht ein bisschen übertrieben, aber sie haben durchaus Ängste und sagen, wir fühlen uns nicht mehr so sicher, wie ma uns vor zehn Jahren sicher gefühlt haben.“ (K_III, 20)

„Die Wasser rinnen schneller ab, die Bäche schwellen schneller an, es sind Muren etc. Und unsere Menschen da wissen ja alle, was ist eigentlich damit verbunden. Sie sind ja mit so täglichen Gefahren oder Einschätzungen versiert.“ (K_III, 20)

Gefahren in der Gemeinde

In Kals gibt es vielfältige Naturgefahren: Lawinen, Hangrutschungen, Steinschläge, Hochwasser.

„Das ganze Spektrum eben, jetzt war wieder vor zwei Monaten Hochwasser. Da ist hinten eine große Sperre voll worden, das ist mittlerweile schon wieder alles geräumt, aber in Kals passiert eigentlich alles – da gibt's nichts, was es nicht gibt.“ (K_I, 43)

Der durch den Windwurf, Schneebruch und Borkenkäfer stark beschädigte, beziehungsweise nicht mehr vorhandene, Schutzwald fehlt zusätzlich als Schutz vor den Naturgefahren. Nach Kals führt nur eine Straße (Kalser Landesstraße), die auch von Naturgefahren betroffen und von beiden Seiten von Schutzwald umschlossen ist. Diese musste in der Vergangenheit aufgrund von Naturgefahren und Schadereignissen immer wieder – bis zu einer Woche – gesperrt werden. Diese Sperren sind sowohl für die ansässige Bevölkerung, als auch für den Tourismus ein Problem. Im Fall einer Straßensperre kann die medizinische Versorgung nicht gewährleistet werden, da es keine ortsansässige Ärztin oder ortsansässigen Arzt gibt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist während einer Straßensperre ebenfalls nur eingeschränkt möglich und erfordert eine gewisse Bevorratung durch die Bewohner:innen. Wohnhäuser und öffentliche Infrastruktur sind ebenfalls von den Naturgefahren betroffen. In den letzten Jahren wurden daher vorsorglich, vor allem von Landwirt:innen, Notstromaggregate angeschafft. Sobald die Handymasten nicht mehr mit Strom versorgt werden, bricht auch bald die Kommunikation per Telefon zusammen, da viele Menschen über keinen Festnetzanschluss mehr verfügen.

„Diese gehäuften Vorfälle in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass man noch sensibler worden ist und sich auch technisch aufgerüstet hat. Speziell Landwirte haben sich dann so Notstromaggregate gekauft.“ (K_III, 7)

„Und dann gibt es noch viele, viele Häuser oder jetzt öffentliche Infrastruktur, die dann noch stark gefährdet ist.“ (K_II, 17)

„Wenn die Straße nicht sicher ist, da ist dann die Versorgung nicht gewährleistet.“ (K_III, 3)

Informationen über Naturgefahren

Die Gemeinde informiert oft und auf unterschiedlichen Kanälen über Naturgefahren. Einerseits wird die Gemeindezeitung dafür genutzt und der Waldaufseher schreibt in einer eigenen Rubrik über die Fortschritte des FWP. Darüber hinaus werden in den sozialen Medien, sowie, in nach Ortsteilen gesonderten, Whatsapp-Gruppen wichtige Informationen verteilt. Nach dem Windwurfereignis VAYA wurde eine Veranstaltung für die gesamte Bevölkerung organisiert.

„... um Aufklärung zu machen, niederschwelligste Art, damit die Leute auch ein bisschen wissen, was passiert denn so. Also derjenige, der sich dafür interessiert, der kann das erfahren, und das kriegt jeder Haushalt bei uns, diese Zeitung [Gemeindezeitung].“ (K_III, 78)

4.3 Problembewusstsein

Die Bedeutung der Waldfunktionen

Der Schutzwirkung des Waldes wird in Kals eine besonders hohe Bedeutung eingeräumt. Da durch die Schadereignisse große Teile des Waldes zerstört wurden, ist auch die Schutzfunktion stark beeinträchtigt. Dies wird auch in der Kalsener Bevölkerung wahrgenommen, wie folgende Zitate belegen:

„Eben die Schutzfunktion, an erster Stelle, nachher kommt die Nutzfunktion, nachher Erhol- und Wohlfahrt.“ (K_I, 81)

„Man hat wieder aufgeforstet, aber das dauert und ohne Wald werden wir nicht sicher sein.“ (K_II, 34)

Hier fehlt die Nummerierung! Die Nutzfunktion hat in Kals eine weniger wichtige Rolle, Holz wurde lange Zeit nur nach Bedarf entnommen.

„Der Wald in Kals war nie interessant. Die größeren Bauern sind Landwirte und keine Waldbauern.“ (K_I, 66)

In den letzten Jahren seien die Waldbauern, auch mit Unterstützung des Waldaufsehers, allerdings „aktiver geworden“ (K_I,58). Laut einigen Interviewten sei der Wald stark überaltert gewesen und die Schutzfunktion daher schon stark gemindert. Erschwerend war und ist die schwierige Zugänglichkeit der Wälder aufgrund der steilen Hänge und fehlender Forststraßen in früheren Zeiten. Als weiteres Hindernis wird die Tiroler Waldordnung genannt, nach der Kahlschläge im Schutzwald nur auf bis zu 0,2 Hektar möglich seien. Ein Interviewter erzählt aus seiner Kindheit, dass aus dem Wald Äste entnommen und Nadeln getrocknet wurden als Einstreu für Nutztiere, was den Wald nachhaltig schwächte.

„Fehler sind halt gemacht worden, weil man nicht anderes gekannt hat. So ist das gewesen.“ (K_IV, 104)

Die Erholungsfunktion des Kalsener Waldes spielt sowohl für den Tourismus, als auch für die einheimische Bevölkerung eine wichtige Rolle.

„Wir sind eine Tourismusgemeinde. Neben der Landwirtschaft ist der Tourismus der Haupterwerbszweig, den die Menschen da haben und die Betriebe da vor Ort leben natürlich auch von einem gesunden Wald, von einer gesunden Umgebung, [...] es sind 180 Quadratkilometer, zwei Drittel davon liegen im Nationalpark Hohe Tauern, also diese Kulturlandschaft, die ist natürlich auch ein wesentlicher Faktor, speziell im Sommertourismus.“ (K_III, 22)

Schutzwald in Kals

Der Waldbestand des Projektgebietes ist zur Gänze als Schutzwald ausgewiesen und wurde durch das Windwurfereignis vom Oktober 2018 erheblich beeinträchtigt. Dieses Ereignis war Anlass zur Ausarbeitung eines FWP. Nach dem Sturmereignis haben vor allem Schneedrücke den Wald geschwächt, der seither stark von Borkenkäferkalamitäten betroffen ist. Käfernester sind im ganzen Gemeindegebiet verteilt zu finden, teilweise seien schon 25-jährige Bäume befallen. Die Aufarbeitung sei teilweise sogar ein Verlustgeschäft, da der Großteil des Holzes nur mehr als Brennholz verkauft werden könne.

„Man hat gemeint, der Sturm, das ist eine brutale Geschichte, aber der Käfer ist noch viel schlimmer.“ (K_II, 3)

„Aber bis jetzt ist es nicht nur eine Nullpartie, sondern zum Draufzahlen. Wenn ich ehrlich bin, des müsst alles mit Seilkran auf die Forstwege gebracht werden. Und für das Hacken und das Seil, für die Firmen bezahlst 40 €, und es ist der größte Teil Brennholz, und du da kriegst 30 € oder 32 € für das Holz. Aber was willst tun.“ (K_IV, 66)

Ein Interviewter sieht die Erhaltung des Siedlungsraumes nur durch den Einsatz zahlreicher Institutionen (z.B. Wildbach- und Lawinenverbauung, Forstinspektion) ermöglicht.

Jetzt haben wir keinen Wald mehr. Habens zwar alles aufgeforstet, aber es dauert. Also, die Gefahr ist da! (K_II, 13)

Nutzungskonflikte

In Kals spielt der Tourismus eine sehr wichtige Rolle indem er zu den bedeutendsten Haupterwerbszweigen der Gemeinde zählt. Konflikte zwischen Tourismus und Forst werden wahrgenommen, jedoch als klein und gut bewältigbar beschrieben.

„Auch bei Aufräumung der Forstarbeiter, da kann mal abgesperrt sein. Achtung, ihr dürft da nicht rein, weil da ist Forstaufräumgebiet. Der Mountainbiker will jetzt genau da durch. Der fährt da trotzdem durch, ist ja eh niemand da, oder die arbeiten jetzt eh nicht, dass natürlich rollende Baumstämme trotzdem mal gefährdet sein können.“ (K_III, 58)

Nutzungskonflikte mit der Jagd haben sich durch die Umsetzung des FWP verstärkt, da die Anforderungen an den Jagdverein durch die geforderte Umsetzung der jagdlichen Maßnahmen stark gestiegen sind. Seitens des Jagdvereins ist der Eindruck entstanden, das Wild habe teilweise keinen Platz mehr im Wald. So wurde zum Beispiel durch die Forstbehörde ein Bescheid zur Auflassung einer Fütterung im Winter ausgestellt.

„Das ist natürlich schwierig, wenn da extreme Winter sind, [...], weil die Leute sagen, ihr lasst, die Viecher verhungern. Und das haben wir erlebt, dass Rotwild runtergegangen ist zu den Bauernhöfen in der Nähe, zu den Misthaufen.“ (K_IV, 51).

In dieser Situation wurde die Forstbehörde als „streng“ erlebt und ein klarer Nutzungskonflikt wahrgenommen.

Prinzipiell setzt die Gemeinde stark auf Kommunikation mit verschiedensten Gruppen, um unterschiedliche Sichtweisen zu verstehen und damit Verständnis auf allen Seiten zu schaffen.

„Das geht nur, wenn sie miteinander gut umgehen. Das wird auch eine Aufgabe der Zukunft sein. Dieses Verständnis wach zu halten. Diese Botschaft zu machen und auch zu transportieren. Sonst verhärten da die Fronten, wenn die verhärtet sind, dann sehe ich da sehr viel Konfliktpotenzial. Aber überall wo Nutzungsdruck steigt gibt es Konflikte.“ (K_III, 72)

Klimawandel

Auswirkungen des Klimawandels werden vielfältig beobachtet, zum Beispiel der Anstieg der Waldgrenze, die Zunahme von extremen Wetterereignissen oder auch das vermehrte Auftreten von Schädlingen (z.B. Rüsselkäfer, Borkenkäfer).

„Den Rüsselkäfer hat keiner gekannt.“ (K_IV, 62)

Vor allem der Borkenkäfer bereitet große Probleme, derzeit bilden sich pro Jahr zwei Generationen und Geschwisterbruten aus. Käfernester finden sich außerdem auf über 2000 Meter Seehöhe. Diese Phänomene werden für Kals als relativ neu beschrieben. Auch beim Wild führen die veränderten Bedingungen zu Problemen:

„Die haben ein dickes Winterfell und dann hat's im Winter 15 Grad plus, da sind sie dann auch anfälliger für Krankheiten.“ (K_IV, 62)

„Man sieht es, so wie heuer, kleinsträumige Hagelunwetter, das vermehrt sich. Die letzten Sommer ist immer irgendein Bach übergegangen.“ (K_I, 233)

„[...] dass in Kals zwei Generationen Borkenkäfer sind plus Geschwisterbruten, das war nie.“ (K_I, 235)

4.4 Partizipation

Wahrnehmung des FWP

Das FWP wird von den Befragten durchwegs positiv und als notwendig wahrgenommen:

„Aber ohne dem wär es schwer gewesen. Weil, man hat gewisse Wegsanierungen ganz schnell durchführen können, wo es in anderen Bereichen nicht möglich wäre. Und eben, es sind alles professionelle Leute, die da mitwirken, das ist eben kein Nachteil, aber ein großer Vorteil. Und das geht auch schneller. Jeder Prozess für sich. Es wird eben laufend alles durchgeschaut und optimiert, und im Winter haben wir viel Planungsarbeit und im Frühjahr die Umsetzung.“ (K_I, 243)

„Wir sind da sehr großzügig unterstützt worden.“ (K_II, 98)

Durch die hohe Sichtbarkeit der Schutzbauten ist das FWP auch sehr präsent in der Gemeinde. Von Beginn der Planung des FWP an wurden immer wieder Veranstaltungen in der Gemeinde organisiert, wo die Bevölkerung über das weitere Vorgehen, aber auch über aktuelle Gefahren im Wald informiert wurde.

„Sie haben gesagt, bittschön geht nicht allein, sonst gibt's Tote. Da hat man die Leut frühzeitig aufgeklärt, das hab ich positiv empfunden.“ (K_IV, 78)

Beteiligte und Zusammenarbeit

Hauptakteur:innen im FWP waren die Gemeinde Kals, die Wildbach- und Lawinenverbauung sowie Vertreter:innen der Bezirksforstinspektion. Als Fördergeber traten auch das Land Tirol, sowie das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft auf.

Zwei Drittel des Kalser Waldes befindet sich im Eigentum der Agrargemeinschaft Kals, der restliche Teil ist Privatwald. Dieser Umstand war für das FWP ein großer Vorteil, da nicht mit vielen einzelnen Eigentümer:innen verhandelt werden musste, sondern der Obmann des Vereins diese Aufgabe übernahm und man sich so schnell einigen konnte.

Die Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) war mit der Planung des FWP beauftragt und errichtete auch einen großen Teil der Schutzmaßnahmen. Darüber hinaus werden Simulationen für Gefährdungen durchgeführt. Die WLV ist auch in die Flächenwidmung und in Bauverfahren eingebunden, indem Stellungnahmen zu konkreten Plänen abgegeben werden. Sie ist damit wichtigste Ansprechpartnerin für Naturgefahren für die Gemeinde. Als großer Vorteil wird auch der eigene Baubetrieb gesehen, womit die Wildbach- und Lawinenverbauung im Schadensfall sehr schnell reagieren kann.

„Ohne die ganzen Institutionen wie die Wildbach[- und Lawinenverbauung], wäre es nicht möglich, den Siedlungsraum zu erhalten.“ (K_I, 17)

Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen wurde mehrfach als sehr gut beschrieben, die Herausforderung wurde vor allem in der Aufarbeitung der großen Mengen Schadholz gesehen.

„Da muss ich wirklich sagen, dass da im Bezirk ein sehr gutes Miteinander herrscht.“ (K_III, 3)

Auch Grundeigentümer:innen waren bereit, für Schutzmaßnahmen ihren Grund zur Verfügung zu stellen:

„Die haben gesagt, wenn ihr [Gemeinde] das braucht, damit drunter die Siedlung sicher ist, werde ich das erlauben.“ (K_III, 94)

Umsetzung von Maßnahmen

Die Maßnahmen im FWP wurden in drei Kategorien (nach Priorität) eingeteilt. Dadurch mussten Grundeigentümer:innen teilweise auch sehr geduldig sein und warten, bis ihre Gründe an der Reihe sind, wie im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt:

„Dann musste frisch befallener Wald aufgeräumt werden, weil dort natürlich durch Nicht-Bearbeitung noch größerer Schaden entsteht und das muss man jemandem einmal erklären, der drei Jahre gewartet hat, bis er drankommt. Also, das braucht eine gute Moderation, eine gute Aufklärung.“ (K_III, 32)

Eine einfache forstliche Maßnahme im FWP ist die Querfällung, allerdings wird diese von bezahlten Unternehmen oft nicht gemacht, weil sie sich für diese wirtschaftlich nicht rentieren.

„nur wenn der Waldaufseher daneben steht.“ (K_V, 13)

Die Förderungen sind unabdingbar, sorgten aber immer wieder für Verwirrung, da unterschiedliche Fördergeber zuständig sind.

„Nein, da sind wir jetzt gerade nicht so sicher, wie es genau ist.“ (K_II, 129-130)

„Ein Bauer zahlt drauf, wenn er das Holz raus tun muss. Die Holzpreise sind wieder runter.“ (K_II, 137)

„Also, ohne Fördergeld würden die Waldbauern nichts mehr aufräumen.“ (K_I, 24)

Box 1

Im FWP Kalsertal wird als „vorrangiges Ziel das Wiedererlangen der Schutzfunktion des Waldes definiert. Immerhin wurde durch das rezente Windwurfereignis ein Anteil von über 87 % des Waldes als Objektschutzwald geworfen. Um in Bereichen der Maßnahmenflächen 1, also in Bereichen wo steile Objektschutzwaldflächen nunmehr kahl liegen, überhaupt mit der Bringung voranschreiten zu können, ohne ein erhebliches Gefährdungspotential durch abkollernde Steine oder Lawinenabgänge zu schaffen, müssen vorab Schutzdämme beziehungsweise Netze errichtet werden. Konkret sollen im Zuge der Ausführungen der forstlichen beziehungsweise waldbaulichen Maßnahmen Verjüngungsmaßnahmen bis zu Pflegeeingriffen zur Verbesserung der Bestandesstruktur ausgeführt werden, wobei jene Flächen, wo erhöhter Schutzbedarf aufgrund der Nähe zu Siedlungsbereichen besteht, prioritär zu behandeln sind. Das waldbauliche Ziel ist, nach der Aufforstung die Stabilität der jungen Bestände entsprechend zu erhöhen.“ (Wildbach- und Lawinenverbauung, 2019b)

Die Jagd wird in Kals gemeinschaftlich über einen Verein mit 41 Mitgliedern organisiert, wobei ein Teil der Abschüsse auch an Gäste verkauft wird, vor allem für Gamsen.

„Wir haben im Jagdverein 41 Mitglieder, sowohl ein paar Frauen und Männer. Kals ist natürlich eines der größten Jagdgebiete Tirols, muss man sagen. Weil das ganze Gemeindegebiet mit 54 ha eine Jagd ist. Natürlich allen mit Wildarten: Steinwild, Gamswild, Rothwild, Rehwild. Wir haben alles da. Für einen Jäger das gelobte Land.“ (K_IV, 7)

Das Jagdrevier ist mit 180 km² das größte im Bundesland Tirol. Mit dem FWP wurde ein neues Jagdkonzept erarbeitet, wo neue Hochsitze und Wildwiesen, sowie Ruhe- und Fütterungszonen geschaffen wurden. Um den Aufwuchs des Jungwaldes zu ermöglichen, müssen u.a. Schussschneisen freigehalten oder auch Pflanzenschutzmaßnahmen durch die Jäger durchgeführt werden. Diese sind dadurch „ziemlich gefordert“ und sehen darin „eine gewaltige Aufgabe“ (K_IV, 111). Es wurden auch Begehungen mit Jagdverantwortlichen, Grundeigentümer:innen und Behördvertreter:innen durchgeführt um die Wildschäden zu kontrollieren, diese seien bisher auch befriedigend gewesen.

Box 2

Im FWP wurde bzgl. Bejagung folgende Vorgangsweise getroffen:

Verjüngungsdynamikflächen mit zusätzlichem sowie hohem zusätzlichem jagdlichen Handlungsbedarf wegen verzögerter Jungwaldentwicklung aufgrund von starkem Verbiss- oder Fegeeinfluss werden jedenfalls in der jeweiligen Jagdjahresvorbesprechung thematisiert und notwendige jagdliche Maßnahmen im Zuge der Abschussplanung vereinbart. Bei notwendigen Schwerpunktbejagungen oder ähnlichen Maßnahmen

werden die Möglichkeiten des § 52 Tiroler Jagdgesetzes Anwendung finden. Zudem werden bei Verschlechterungen im Aufforstungsbereich bei ursächlichem, steigendem Wildeinfluss in der Projektlaufzeit öffentliche Gelder für das Projekt ausgesetzt.“ (WLV Osttirol b, 2019)

Die Aufarbeitung und Bringung des Schadholzes wurde in erster Linie mit Seilbahnen umgesetzt, da das Wegenetz noch nicht ausreichend vorhanden war. Für die Aufforstung wird neben Fichte und Lärche auch vermehrt Laubholz, wie z.B. Bergahorn, eingesetzt.

Widerstände, Vertrauen und Verantwortung

Das Projekt konnte bisher ohne Widerstände umgesetzt werden, einzelne Unstimmigkeiten konnten ausdiskutiert werden.

„Wenn da ein Netz [Steinschlagschutznetz] gebaut wird, haben sie alle gleich zugestimmt, auch ohne Entschädigungen.“ (K_I, 78)

„Zum Demonstrieren sind wir zu faul. Das ist nicht unser Ding.“ (K_II, 106)

In der Gemeinde finden immer wieder Projekte mit Bürgerbeteiligung statt mit dem Ziel

„Gruppen zusammenzubringen, an einem Tisch zu sitzen und gegenseitiges Verständnis zu entwickeln.“ (K_III,69)

Dabei wird im Interview auch hervorgehoben wie wichtig es sei

„aufeinander Rücksicht zu nehmen, weil der Bauer pflegt die Kulturlandschaft und der Touristiker nutzt sie und im besten Fall kauft der Touristiker dem Bauern seine Produkte ab.“ (K_III, 69)

Die Gemeinde sieht sich für den Erhalt Schutzwirkung des Waldes zuständig und unterstützt mit Hilfe des Waldaufsehers die Eigentümer:innen bei der Durchführung von Maßnahmen.

„Die Gemeinde kann sich nicht darauf verlassen, dass der Waldbauer seinen Aufgaben nachkommt. Schutz- und Bannwald ist auch Aufgabe der öffentlichen Hand.“ (K_III, 26)

Im letzten Jahr wurde versuchsmäßig ein Bescheid zur Holzaufarbeitung an Eigentümer:innen ausgestellt, jedoch waren die Eigentümer:innen nicht in der Lage, diese auch durchzuführen, da auch kein Unternehmen verfügbar war.

„Der Bescheid ist nicht vollzogen worden, es war sinnlos.“ (K_I, 283)

4.5 Handlungs- und Lösungsoptionen

Übernahme von Verantwortung

Die Verantwortung für den guten Zustand des Waldes und dessen Schutzfunktion wird sehr stark von der Gemeinde übernommen. Der zuständige Waldaufseher informiert private Eigentümer:innen und hilft bei der Organisation der Waldarbeit (z.B. auch Aufräumarbeiten nach Schadereignissen).

„Es ist notwendig, dass der Waldbesitzer seinen Aufgaben nachkommt, aber der darf nicht allein gelassen werden. Zum Beispiel eine alleinstehende Frau, Bäuerin, die 70 Jahre alt ist, was soll die machen?“ (K_III, 28)

„Diese Sicherung des öffentlichen Raumes ist eine öffentliche Aufgabe und führt dazu, dass auch die Waldbesitzer bestmöglich unterstützt werden. Also nur mit einem miteinander funktioniert das, und ich glaube nicht, dass man das nur mit gesetzlichen Regelungen machen kann, weil ja auch, wenn da gute Wille da ist, ist einfach oft monetär oder personell oder maschinell oder was weiß ich, nicht aufgestellt.“ (K_III, 28).

Waldaufseher:innen

In Tirol und Vorarlberg ist pro Gemeinde ein Waldaufseher oder eine Waldaufseherin im Einsatz. Dieser oder diese hat sehr viel persönlichen Kontakt zu den Eigentümer:innen und kann diesen dadurch auch beratend (z.B. bei Förderungen), unterstützend und koordinierend (z.B. bei der Bringung) zur Seite stehen.

„Speziell in Zeiten der letzten Jahre hat man gemerkt, wie wichtig das ist [System der Waldaufseher:in in Tirol], und würde das jedem anderen Bundesland auch empfehlen, so ein System ins Leben zu rufen, wenn es auch für Gemeinden finanzielle Aufgabe ist, da wird ja zum Teil über die Waldbesitzer finanziert aber auch über die Gemeinde als Bediensteter, und der beobachtet natürlich die Waldentwicklung im gesamten Gemeindegebiet und berät dann als gut ausgebildeter Fachmann den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, damit sie ihre Aufgaben nach kommen können, und ohne das System wäre es viel schwieriger zu handhaben.“ (K_III, 26)

Zusammenhalt und Sozialkapital

In der Gemeinde wird Zusammenhalt und gegenseitiges Verständnis durch Vereinswesen, Veranstaltungen der Gemeinde und Projekte mit Bürgerbeteiligung gefördert. Im Ort gibt es wichtige ehrenamtliche Vereine, wie zum Beispiel die Bergrettung und die Feuerwehr, die auch bei Naturgefahren zu den unmittelbarsten Helfer:innen zählen. Im Ereignisfall kann somit auf besonders Schwache Rücksicht genommen und Kommunikation vereinfacht werden. Hohes Sozialkapital hilft in der Gemeinde, Naturgefahren zu bewältigen (schnelle Hilfe und Verbreitung von Informationen, teilweise rasche Aufarbeitung von Schäden, besondere Rücksichtnahme auf vulnerable Gruppen/Personen, Versorgung mit Medizin und Lebensmitteln).

„Nachbarschaftshilfe ist bei uns ganz ein großes Gut zu wissen, im Nachbarhaus wohnt eine ältere Dame, die alleinstehend ist. Da kümmert sich der Nachbar natürlich drum und schaut nach, hat sie alles, was sie braucht, oder so, also so dieses unmittelbare 'Jeder schaut auf den Anderen', ist bei uns noch sehr gegeben und das braucht es auch.“ (K_III, 7)

Waldferne Eigentümer:innen

Waldeigentümer, die nicht (mehr) in Kals wohnen, werden immer mehr zu einem schwierigen Thema, da diese kaum zu erreichen und noch schwieriger zu mobilisieren sind. „Der Opa vererbt an den Bua, der Bua wieder an den Bua und der geht halt studieren und dann ist er weg.“ (K_I, 305)

„... bis man da rausfindet, wer ist da der Ansprechpartner, man kann es schon übers Grundbuch auch machen, aber es ist alles verdammt viel Aufwand.“ (K_I, 303)

Es ist damit zu rechnen, dass dieses Thema in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnt. Daher bräuchte es auch eine Strategie, wie damit umzugehen ist, da im Schadensfall oft rasches Handeln gefordert ist.

„In Kals ist es so, es gibt viele waldfremde Waldbesitzer auch. Ich hab jetzt da einen, der wohnt in Innsbruck.“ (K_I, 295)

4.6 Conclusio

Die Gemeinde Kals ist seit jeher besonders von Naturgefahren (z.B. Lawinen, Muren, Hochwasser, Steinschlag) betroffen. In den letzten Jahren traten diese gehäuft auf und führten letztendlich zu einem massiven Borkenkäferproblem. Gleichzeitig ist durch diese Vielzahl an Ereignissen auch ein besonders hohes Bewusstsein für Naturgefahren innerhalb der Bevölkerung vorhanden.

Der Zusammenhalt in der Gemeinde ist sehr groß und erleichtert eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten (Gemeinde, Agrargemeinschaft, Jagdverein, WLW, etc.) mit Blick auf „*das große Ganze*“. Die Kals-Mentalität „*dass alle zusammen halten, mittun und dass da wenig bis kein Widerstand ist*“ (K_I, 94) ist für die Umsetzung von Projekten, wie des FWP, sehr hilfreich.

Die Verantwortung für den guten Zustand des Waldes und dessen Schutzfunktion wird sehr stark von der Gemeinde übernommen. Der zuständige Waldaufseher informiert private Eigentümer:innen und hilft bei der Organisation der Waldarbeit (z.B. auch Aufräumarbeiten nach Schadereignissen). Zwei Drittel der Waldflächen gehören der Agrargemeinschaft (davon 60% Gemeindeanteil). Dies erleichtert die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Errichtung von Schutzmaßnahmen. Dass die Gemeinde einen eigenen Waldaufseher oder eine eigene Waldaufseherin beschäftigen kann (lt. Tiroler Waldordnung) ist von großem Vorteil für den direkten Kontakt und die Unterstützung der Waldeigentümer:innen.

Das FWP wird sehr positiv wahrgenommen und hat eine rasche Aufarbeitung der Schäden und die Wiederherstellung der Schutzwirkung (vm. Schutzwald) überhaupt erst ermöglicht (Vielfalt an Schutzmaßnahmen, 'großzügige' Finanzierung, Aufbau von Expertise).

Der größte Nutzungskonflikt besteht zwischen Forst und Jagd. Mit dem FWP sind die Aufgaben des Jagdvereins stark gewachsen, bei Nichterfüllung müssen auch Förderungen zurückgezahlt werden. Die Herausforderungen sind jedenfalls sehr groß und es wird sich erst in Zukunft zeigen, wie sehr diese vom Jagdverein bewältigt werden können. *„Das ist wirklich Knochenarbeit.“*

„Da musst erst die Leute motivieren. Das wird unsere große Aufgabe sein.“ (K_IV, 109)

Literatur

BAB (2023). Fallregion Kals. Bestandsaufnahme und Raumanalyse. Interner Bericht erstellt von Mona Stollberger. Wien.

Gemeinde Kals. Website der Gemeinde Kals: <https://www.kalskommunikation.at/>

Oberwalder, L. (2004). Kals am Großglockner – dem Himmel nahe. Kals.

Statistik Austria (2024). Blick auf die Gemeinde. Link: <https://www.statistik.at/atlas/blick/?gemnr=70712#> (Aufgerufen am 8. November 2024).

Wildbach- und Lawinenverbauung Osttirol (2019a). Präsentation Kalsertal FWP. Lienz

Wildbach- und Lawinenverbauung Osttirol (2019b). Kalsertal FWP. Technischer Bericht. Lienz

Wildbach- und Lawinenverbauung Osttirol (2023). Präsentation Schutzwaldsituation in Osttirol. Lienz.

An aerial photograph of a mountain valley. In the foreground, there is a large, flat area with patches of snow and green grass. A small village with several buildings is visible in the middle ground. To the right, there is a large, calm lake. The background is dominated by steep, forested mountains under a clear blue sky. The text is overlaid on the upper part of the image.

Fallbeispielregion FWP Brandberg

Oliver Tamme

5 Fallbeispielregion FWP Brandberg (Oliver Tamme)

5.1 Einleitung

Die Gemeinde Brandberg (Seehöhe 1.092 Meter) zählt 382 Einwohner:innen bei einer Fläche von 156,5 km², davon sind 3,2% dauerhaft besiedelt (Statistik Austria, 2024; BAB, 2023d). Das Gemeindegebiet befindet sich im Tauernfenster in den österreichischen Zentralalpen. Die Gemeinde liegt im Zillergrund, einem Seitenteil des hinteren Zillertals, das bei Mayrhofen (Nachbargemeinde) abzweigt, und vom Ziller durchflossen wird. Der gleichnamige Hauptort liegt – südexponiert – etwa 200 Meter über dem Ziller, während die sonstige Besiedelung durch mehrere Höfe und Weiler charakterisiert ist.

Von der Gemeinde Mayrhofen führen zwei Straßenverbindungen nach Brandberg. Eine ist als „Schluchtstrecke“ bekannt, die zweite neuere führt durch den Brandbergtunnel in Richtung Zillergrund und weiter nach Brandberg. Mittlerweile wurde auch mit der Sanierung und Verbreiterung der bislang in einem relativ schlechten Bauzustand befindlichen Schluchtstrecke begonnen. Die Topographie des Ortes ist exponiert. Die Hangneigung der Talflanken beträgt zwischen 25 und 60 Grad. Dies ist vor allem im Zusammenhang mit Naturgefahren bedeutend, da dies den Anriss von Lawinen begünstigen kann. Ebenso spielt die Steilheit in Bezug auf Steinschlag oder Muren eine wesentliche Rolle.

Aus dem Waldentwicklungsplan geht hervor, dass die gesamte Waldfläche der Gemeinde Brandberg rund 2.964 Hektar beträgt, was rund 19 % der Gesamtfläche entspricht. 94 % davon werden als Wald mit Schutzfunktion ausgewiesen. Nur 5,7 % des Waldes werden als Wirtschaftswald genutzt (BAB, 2023d). Im Gefahrenzonenplan der WLW für die Gemeinde Brandberg werden mehrere Rote und Gelbe Zonen sowohl für Lawinen als auch Wildbäche ausgewiesen. In den letzten Jahren fanden im Gemeindegebiet von Brandberg mehrere Schadereignisse mit Windwürfen statt (Februar 2020 Juli und Oktober 2023).

Dabei fiel eine große Menge Schadholz an, die auch den Schutzwald auf der Brandberg gegenüberliegenden Seite stark betroffen hat. Diese Ereignisse waren jedoch nicht ursächlich für die Initiative des FWPs, dieses wurde bereits 2016 genehmigt. Der Anlass der Projektierung bestand in der Herstellung eines nachhaltigen Schutzes des Siedlungsraums der Gemeinde Brandberg und der stark frequentierten Zillergrundstraße. Mit der Durchführung des FWPs soll eine Erhöhung der Schutzfunktion des Waldes gegen Lawinen und Steinschlag zum Schutz von Siedlungsräumen und Infrastruktureinrichtungen erreicht werden (BMLFUW, 2016, 20).

Im März 2024 wurden von zwei Mitarbeiter:innen der BAB drei Interviews mit insgesamt fünf Personen aus der Gemeindeverwaltung (Bürgermeister), einem Grundeigentümer und Anrainer, weiters mit Personen der Forstverwaltung (Bezirksförster, Gemeindewaldaufseher), sowie dem zuständigen Revierleiter der Grundeigentümerin ÖBf durchgeführt. Diese verfügen aufgrund ihrer Funktionen über besondere Expertise zu Themen rund um das FWP. Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse aus diesen Gesprächen dargestellt und mit Informationen aus dem FWP Brandberg ergänzt (Anker et al., 2016).

5.2 Risikowahrnehmung

Bewusstsein für Naturgefahren

Das Problembewusstsein der Brandberger Bevölkerung ist aufgrund langjähriger Erfahrung mit Naturgefahren im Allgemeinen hoch, wenngleich sie noch immer unterschätzt wird, wie aus dem folgenden Zitat hervorgeht.

„Ja, mittlerweile aufgrund von den heurigen Ereignissen oder den letztjährigen Ereignissen relativ hoch, glaube ich. Immer noch niedriger als die Gefahr tatsächlich ist, aber dennoch höher als davor. Wir haben einfach aufgrund von dem Schadholz, das wir im letzten Jahr gehabt haben [Windwurf], auch viele Waldflächen verloren und da haben sich die Leute schon auch sehr damit befasst.“ (B_I, 32-33)

Es wird aber auch festgestellt, dass das Bewusstsein für die Gefährdung durch Naturgefahren im Zeitverlauf geringer geworden sei, vor allem bei der jungen Generation. Da heutzutage die Bevölkerung überwiegend außerhalb der Landwirtschaft tätig ist, ist bei vielen die Wahrnehmung und das Wissen über die natürliche Umwelt und die Naturgefahren verloren gegangen. Erfahrungswissen, das aus der genauen Beobachtung der Umwelt hervorgeht, fehlt heutzutage. Verändert hat sich auch der Umgang mit und die Betroffenheit durch Schadereignisse, kommt in den Interviews zur Sprache. Die moderne Infrastruktur (weitläufiges Straßennetz sowie die permanent erforderliche Erreichbarkeit) ist empfindlicher gegenüber Störungen als das früher der Fall war:

„Ja, die Themen sind schon immer die gleichen, aber natürlich der Umgang damit ist ein anderer. Wie gesagt, früher war es landwirtschaftlich geprägt, [...] der ist am Hof geblieben. Okay, komme ich mal drei Tage oder fünf Tag nicht hinaus. Aber jetzt haben wir den Milchführer, der muss in die Arbeit. Überall gibt's Straßen, Straßenverbindungen hin, die natürlich jeder für selbstverständlich haltet, dass die offen sein, immer, und da ist der Handlungsbedarf schon bisschen anders und gestiegen.“ (B_II, 47)

Damit im Zusammenhang steht auch ein Verlust von Eigenverantwortung der ansässigen Bevölkerung und der Ruf nach behördlichen Regelungen bei Schadereignissen. Letzteres sei auch daran ablesbar, dass die Instandhaltungspflichten der privaten Grundeigentümer:innen (z.B. Beseitigung von Verklausungen) vermehrt im Verantwortungsbereich der Gemeinde verortet werden.

Gefahren in der Gemeinde

Die Gefahrenquellen in Brandberg sind langjährig Lawinen, Rutschungen beziehungsweise Vermurungen und Ausschwemmungen, bedingt durch Starkniederschläge sowie durch Steinschläge (Massenbewegungen). Die Lawinengefahr war in den letzten Jahren durch milde, schneearme Winter nicht besonders stark ausgeprägt, sodass diese Gefahr etwas in den Hintergrund getreten ist.

„Ja, für den Brandberg sind es wahrscheinlich wirklich Hochwetter, die also Stark-Niederschlagsereignisse, die da Thema sind, die Vermurungen zur Folge haben, die Lawinensituation, ich müsste da vielleicht einhaken, also ich bin für den Teilbereich seit 2020 oder Ende 2020 betroffen und komplett zuständig seit jetzt gut zwei Jahren, da ich kann jetzt von der Lawinengefahr und Ähnlichem, was ja da sehr präsent ist, weil sämtliche Winter bisher relativ mild waren und historisch gesehen aber das ganze Schutzwaldprojekt auch sehr dahin hinzielt, dass das da Schutz vor Lawinen in dem Anbruch Gebiet vorhanden ist. Und von denen, was ich momentan sehe, ist dann sicher die Starkniederschlagsereignisse ein Riesenthema. Steinschlägen und Ähnliches weniger, aber Vermurungen, Ausschwemmung, die Teilbereiche sind sicher am relevantesten im Moment.“ (B_III, 14)

Aktuell überwiegen Schäden, die durch den Windwurf im Februar 2020, sowie im Juli und Oktober 2023, aufgetreten sind. Diese Ereignisse haben große Kahlflächen – schattseitig auf der Brandberg gegenüberliegenden Seite – verursacht. Die Flächen des FWPs waren davon kaum berührt. In Folge kam es zu einer

massenhaften Vermehrung von Borkenkäfern. Die Aufarbeitung des großen Schadholtzanfalles dauert bis dato an und ist an die Stelle des gewöhnlichen Holzeinschlages getreten.

Betroffene Infrastrukturen und Schutzmaßnahmen

Nach Aussagen der Befragten bestehen die Gefahren im Allgemeinen weniger für Einzelgebäude in Gefahrenzonen (rot) als für Weiler, die peripher liegen und „abgeschnitten“ werden können. Die Straßenverbindung ist in solchen Fällen dann nicht mehr gegeben. Bei den von Naturgefahren betroffenen Infrastrukturen werden an Objekten und Liegenschaften die Landesstraße, sowie Seitenwege und weiters mehrere Höfe, die oberhalb große Waldkomplexe aufweisen, genannt. Aus dem Verlust der Objektschutzfunktion in diesem Bereich würde laut Aussage eines Interviewpartners eine große Gefahr resultieren.

Als eine konkrete Gefahrenquelle werden ein Felssturz beziehungsweise Käferkalamitäten im betreffenden Schutzwald genannt. Der Felssturz führt dazu, dass die Schluchtstrecke nach Brandberg aktuell gesperrt werden musste. Davon sind auch vier Häuser betroffen und gefährdet. Im Zusammenhang mit dieser Gefahrenquelle stellt sich auch die Frage nach der Verantwortlichkeit und dessen Wahrnehmung durch die Eigentümer:in (ÖBf):

„Habts Ihr vielleicht mitkriegt, die unsere Schluchtstrecke, die Verbindung von Mayrhofen nach Brandberg, ist wegen einem Felssturz gesperrt, [...] Aber wenn man sich das anschaut, oberliegend ist ein Waldbereich, der komplett vom Käfer zerfressen ist, da stehen nur Käferbaum drüber. Bundesforste, wo ich eigentlich, Gemeinde schon seit Jahren gesagt haben, sie müssen da was tun, und jetzt haben wir dann gesagt, die Straße ist gesperrt, und wenn ihr das jetzt nicht abschneidet nachher seids selber blöd. Es braucht keiner dann kommen. [...], hätte nicht viel gekostet, die Bäume wegzutun, und von der Aufforstung brauche ich gar nicht reden in dem Bereich, und das geschieht einfach nicht. Brauche eine Straße, die nicht befahrbar ist über längere Zeit, die wir jetzt mit Sicherheitsnetzen, sicher machen müssen wieder und Anker und so weiter und so fort.“ (B_II, 155)

Entlang der Landesstraße wurden schon bisher aufgrund von Erosionsgefahr Böschungssicherungen angebracht. Für Seitenbereiche sind weitere Steinschlagschutznetze in Planung. Bestehende Steinschlagnetze schützen die Gemeindestraßen. Diese wurden gemeinsam durch die Gemeinde Brandberg und die Wildbach- und Lawinerverbauung (WLV) errichtet. Dadurch wird der fehlenden Schutzwirkung des Schutzwaldes begegnet.

Informationen über Naturgefahren

Die Gemeinde Brandberg informiert die Bevölkerung – aktualitätsbezogen - auf unterschiedlichen Kanälen über Naturgefahren, so auch über die Homepage der Gemeinde. In der Gemeindezeitung finden sich Informationen über Sanierungsarbeiten am Straßennetz wie etwa bei Steinschlag. Im Akutfall wird die Bevölkerung (v.a. im Zillergrund) mittels einer von der Gemeinde eingerichteten Whatsapp-Gruppe und SMS informiert. Auch Mundpropaganda ist als Informationsquelle üblich.

Im Akutfall werden Wegesperren durch Aufarbeiten des Schadholtzes in der Gemeinde (Zeitung, Homepage, Tourismusverband) kommuniziert. Im Falle von großen Schneemengen informiert die örtliche Lawinenkommission über eine Bedrohungslage und veranlasst zum Beispiel Straßensperren.

„Ja, für Naturgefahren im Allgemeinen, wenn irgendwas besonderes eintritt, schreiben wir das quasi in die SMS, und das kriegt jeder, der ein Handy in der Gemeinde hat, also nicht nur der ein

Smartphone hat. Es gibt ja noch viele, die nur normales, unter Anführungszeichen, Handy haben, auch, die kriegen ja jetzt kein WhatsApp also, da wird schon informiert in der Hinsicht auch natürlich die Kommissionen, die da sein, wir haben zwei Kommissionen. Eine Kommission die Zillerggrund Straße betreut. Und eine Kommission die den ganzen oberen Brandberg betreut.“ (B_II, 65-68)

Es ist eine neue App in Kooperation mit dem Tourismusverband in Entwicklung, die Freizeitnutzer:innen über Wegesperren informieren wird. Die ÖBf als Grundeigentümerin sieht im Allgemeinen keine Information der Anrainer vor, weil das Bewusstsein dafür relativ groß sei und Anrainer mit Einforstungsrechten (Servitut) hinreichend sensibilisiert seien.

5.3 Problembewusstsein

Die Bedeutung der Waldfunktionen

Bei der Kategorie „Schutzwald außer Ertrag“, die in Brandberg überwiegt, ist die wirtschaftliche Nutzung objektiv nachrangig. Für die ÖBf als Eigentümerin hat die Nutzfunktion eine gewisse Bedeutung. Ansonsten sei diese nebensächlich, da die Bringung, topographisch bedingt, eingeschränkt und finanziell sehr teuer sei. Vom Gemeindevertreter wird geäußert, dass die Einforstungsrechte der Servitutsgemeinschaft die wirtschaftliche Nutzbarkeit für die Eigentümerin ÖBf weiter herabsetzt. Für die Servitutsberechtigten besteht die Nutzfunktion in der Bereitstellung von Brenn- und Bauholz durch die ÖBf.

Die Schutzfunktion des Waldes nimmt angesichts der ausgeprägten Hangneigung der Talflanken einen wichtigen Stellenwert ein. Bemerkenswert ist, dass die übrigen Waldfunktionen jenseits der Nutzfunktion in der Wahrnehmung der Bevölkerung laut Interviews wenig präsent sind. Dies steht im Widerspruch zur objektiven Bedeutung der Schutzfunktion, der Wohlfahrtsfunktion (Trinkwasser) und der Erholungs- und Freizeitfunktion für die lokale Bevölkerung und die Tourist:innen.

„Direkt am Brandberg würde ich sagen, danach ist es, ist es die Nutzfunktion, und dann würde ich sagen, die Wohlfahrtsfunktion, weil da sind Quellgebiete, die vom Wald umschlossen sind. Das ist den Leuten schon auch bewusst, dass da der umliegende Wald natürlich Einfluss auf die Wasserversorgung vom Ort hat, aber nach der Schutzfunktion glaub ich, ist es die Nutzfunktion. Und dann irgendwo die Wohlfahrtsfunktion, Erholungsfunktion, es ist einiges an Präsenz für das Thema da, aber ich glaube, dass es beim individuellen Bürger der betroffen ist in zweiter, dritter Reihe steht.“ (B_3, 27-28)

Schutzwald in Brandberg

Der Waldbestand des Projektgebietes ist zu großen Teilen als Objektschutzwald (67 %) und Standortschutzwald (11%) ausgewiesen (Anker et al., 2016, 6). Seitens der Gemeindevertretung heißt es, dass der Schutzwald überaltert sei und es an Verjüngungsdynamik fehle. Damit ist die Schutzfunktion in Frage gestellt. Der zuständige Revierleiter der Bezirksbehörde konstatiert jedoch eine Verbesserung des Zustandes. Der Zustand des Schutzwaldes am Brandberg sei trotz Fichtenreinbeständen relativ gut, so der ÖBf-Vertreter. Dies führt er auf die Phänotypen zurück, die sich (sonnseitig) an Trockenstress und hohe Temperaturen angepasst haben. Dabei schädigen die Windwürfe und Borkenkäferbefall die Vitalität des Schutzwaldes.

„Zum Zustand, würde ich sagen, [dass wir] noch eine grün gelbe Ampel [haben]. Wir haben da ein internes Ampelsystem, auf die Schutzwirkung bezogen. Also, wir haben im Revier von Rot bis Grün, aber so, wie es momentan noch sehe ist, haben wir irgendwo am Gelb-Grünen Übergang.

Ich sehe noch keine große Gefahr momentan aber der Einfluss in Richtung Waage oder Gefährdung ist sicher da, weil man aufgrund der Beobachtungen oder Erfahrungen aus naheliegenden Schadereignissen. Wir brauchen nur einmal Pech haben, dann haben wir Riesenthema, und die Waldstrukturen sind leider solche, das sind aber überalterte, einschichtige Bestände extrem fichtendominiert. Und wenn wir da ein Schadereignis haben, dann gibt es wenig bis gar keine Verjüngungsflächen, die jetzt schon in den Startlöchern sind. Das sind dann wieder an dem Schritt, wo wir jetzt auch im Zuge vom FWP sind, dass man schon anfängt, die Bestände zu verjüngen, mit forstlichen Eingriffen, aber das geht nicht ganz so schnell, das sind karge Standorte, sehr exponiert hinsichtlich Hitze und ähnlichem.“ (B_III, 39-44)

Handlungsbedarf besteht nach Ansicht dieses Befragten in punkto Veränderung der Baumartenzusammensetzung und einer Erhöhung der Verjüngungsdynamik. Bei der Baumartenzusammensetzung besteht das Ziel, Laubholz einzubringen. Dabei sind Fichte, Lärche, Zirbe beziehungsweise die Kiefer die vorgesehenen Hauptbaumarten. Die Lärche bietet beispielsweise einen guten Schutz bei Steinschlägen. Durch den Förderanreiz besteht seitens der Behörde ein Hebel gegenüber den Grundeigentümer:innen, bestimmte Kulturen, zum Beispiel Mischbaumarten aufzuforsten. Im privaten Waldeigentum gibt es im Umgang mit Schutzwaldverjüngung und veränderter Baumartenzusammensetzung flexiblere Handlungsweisen der jungen Generation im Vergleich zur älteren. Generell steht die Bevölkerung modernen, forstlichen Ansätzen hinsichtlich des Waldumbaus kritisch gegenüber, meint der Befragte.

Problematisch bei der Verjüngung ist der Umstand, dass Mischbaumarten beziehungsweise Samenbäume, abgesehen von der Fichte wenig bis gar nicht vorhanden sind. Aufforstungen von neu eingebrachten Kulturen werden durch „Verstreichen“ oder „Spritzen“ vor Wildverbiss geschützt. Tanne und Lärche werden durch Einzelverzäunung geschützt.

Beeinträchtigung der Schutzwirkung (Nutzungskonflikte)

Die Beeinträchtigung der Schutzwirkung durch Nutzungskonflikte wird an diversen Beispielen sichtbar. Der wichtigste Konflikt ist die Kontrolle des Wildbestandes. Nicht zu übersehen sind jedoch auch Konflikte mit den Einforstungsrechten der Servitutseigentümer:innen gegenüber den Bundesforsten, weiters mit der Gemeindeverwaltung in Hinblick auf Quellenschutzgebiete und grundsätzlich gegenüber der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Eigentümerin ÖBf. Punktuell gibt es im Schutzwald auch Probleme mit der Freizeit- und Tourismusnutzung. Das gesamte Projektgebiet wird in Eigenregie durch die Grundeigentümerin bejagt. Der bedeutendste Nutzungskonflikt findet zwischen Jagd- und Forstwirtschaft statt. Im Zuge der Auseinandersetzungen kam es auch schon zu Sabotageakten gegen die Jägerschaft beziehungsweise die Grundeigentümerin ÖBf, wie im Folgenden Zitat erläutert wird.

„Wild und Wald und Wald und Wild ist sicher ein Riesenthema. Das kocht immer wieder auf. Vor allem am Anfang war es sehr präsent, ist ein bisschen abgeflaut, aber es kommt immer wieder so hoch. Ich lasse mich bewusst nicht auf nicht zielführende Diskussionen ein, weil das erkennt man relativ schnell, ob es jetzt emotional geprägt ist oder ob es jetzt wirklich fachlich um ein Thema geht. Leider ist es in neun von zehn Fällen ein emotionales Thema, und da ist, da wird es dann sehr schwierig. Aber es passieren dann wirklich sinnlose Maßnahmen, dass unseren Jagdkunden oder Jägern die Ansitz-Einrichtungen versperrt werden, dass da Vorhangschlösser dran montiert werden, dass die Hochstände zugeschraubt werden, die Türen, dass Leitern demoliert werden, dass Störaktionen betrieben werden und die Leute angepöbelt werden, wirklich auf drastischste

Weise. Das passiert alles. Ist nicht leicht zu handhaben. Ist leider so. Der Konflikt ist leider sehr präsent.“ (B_III, 87-89)

Konkrete Ursache für die Kontroversen ist der überhöhte Wildbestand im Revier, der Maßnahmen zum Waldumbau und der Naturverjüngung zuwiderläuft. Die Bejagung wird von der ÖBf seit Beginn des FWP eigenbewirtschaftet. Maßnahmen der Wildstandsreduktion wurden gesetzt, damit die Naturverjüngung nicht vom Wild geschädigt wird, wie dieses Zitat zeigt.

„Naturverjüngung ist sehr wenig vorhanden in dem Bereich. Ich führe das, den Bogen will jetzt nicht zu sehr in die Richtung spannen, aber die Jagd ist auch ein gewisser Einfluss oder Maßnahme, die wir jetzt im Zuge von der Bewirtschaftung oder von dem ganzen Konzept des Schutzwaldes auch in unsere Hand genommen haben. [...]. Also, wir sind Grundeigentümer und haben die Jagd auch über, aber das Jagdrecht war verpachtet, und seit vier Jahren oder dreieinhalb Jahre nicht mehr. Da haben wir das in Eigenbewirtschaftung und wir führen da ein ganz anderes Konzept hinsichtlich der Wildbewirtschaftung. Also, wir haben klarerweise den Wald sehr stark im Fokus und damit einhergehend, dass wir da Verjüngung fördern beziehungsweise überhaupt möglich machen wollen sind da gewisse Maßnahmen hinsichtlich einer Wildstands Anpassung oder Wildstandsreduktion notwendig gewesen.“ (B_III, 43-44)

Eine Einigung über die Verpachtung an die ortsansässigen Jäger kam hingegen nicht zustande, weil man sich über die Wildstandsregulierung beziehungsweise Abschusszahlen nicht einigen konnte. Dies hat vor Ort Kontroversen ausgelöst. Aus der Sicht der Gemeindeleitung war die Bejagung vor der Übernahme durch die ÖBf besser geregelt. Solange die Jägerschaft aus dem Ort rekrutiert wurde, konnte man Abschüsse „einfordern“. Das sei bei der jetzigen Eigenvergabe durch die ÖBf nicht mehr der Fall, weil die Abschüsse von auswärtigem Personal „effizient“ getätigt werden müssen. Im Ergebnis blieben, laut Aussage dieses Interviewpartners, die Abschusszahlen hinter dem Soll zurück:

„Ja, das ist genau das, was wir zuerst gesagt haben, die Verjüngungsdynamik, hängt ja hauptsächlich von der Jagd ab und es hat Zeiten gegeben, ist ja Bundesforsteeigentum, Bundesforstjagd. Aber die Jagd ist an die Brandberger Bauern vergeben worden, oder die haben da zumindest diese Jagd gepachtet. Und da ist natürlich, also da schlagen halt zwei Herzen in der Brust, die des Jägers, und des Forstlichen oder das Landwirts, und da funktioniert es besser nachher, und wenn jetzt jetzt die Bauern nimmer Pächter dieser Jagd, jetzt werden Abschüsse freigeben, und da kommt der Jäger Daumen am Abzug, und dann wird schnell erledigt, und ich bin wieder dahin und wens nicht ganz gferig ist, nachher schieß ich auch nicht, weil ich nicht so lang da auf der Pirsch sein will. und da funktioniert das dann nimmer so gut.“

I: Sie finden das hat früher besser funktioniert?

„Ja, weil die damaligen Akteure halt Einblick gehabt haben. Zu denen hast du sagen können, wir haben ja, das war ja ein Hauptgrund für das Ganze, wir müssen einfach schauen, dass diese Dynamik passt und die kann nur der Jäger im Griff haben. Und wenn der Jäger seinen Abschuss nicht erfüllt, jedes Jahr 20 Prozent hinten ist, nachher wird halt am Ende des Jahres werden mir „violett sein und nicht grün“. (B_II, 117-119)

Unverständnis ruft auch die Einstellung der Wildfütterung (für Rehwild) im Winter bei einem Grundeigentümer hervor. Bemängelt wird auch die Nicht-Kommunikation dieser Maßnahme.

„Also, ich habe mit der Jagd eigentlich überhaupt (nix). Ich schau zwar die Viecha gern an, aber zum Beispiel, da oben ist schon immer Fütterung gewesen [...]. Die Fütterung wurde, weggerissen, und da draußen auch eine. So lange wie ich leb, weiß ich, dass Fütterungen gewesen sind, und deswegen verstehe ich oft eigentlich nicht warum braucht sie jetzt nicht mehr? [...] Als Außenstehender denk ich mir oft, was haben denn die in den letzten 50 Jahre gefüttert, und jetzt brauche ich das nicht mehr. Das versteht man oft nicht.“ (B_II, 124-126)

Die ÖBf sehen die Winterfütterung als nicht (mehr) notwendige Maßnahme an, da eine Wildstandsreduktion angestrebt wird.

Thematisiert werden auch potenzielle Nutzungskonflikte mit dem Tourismus und Freizeitbedürfnissen, die die Schutzwirkung des Waldes herabsetzen können, beispielsweise durch Freizeitsportler:innen. Explizit genannt werden Mountainbiker:innen („Downhiller“). Diese könnten unter anderem die Gefahren, die durch die Schad-/Holzbringung ausgehen, nicht realistisch einschätzen. Wegepflicht und temporäre Wegsperrungen würden zu wenig respektiert, obwohl sie vom Tourismusverband und der Gemeinde kommuniziert werden. Abseits dieser Konflikte wird das Verhältnis zwischen Tourismus und Waldbewirtschaftung aber als „gut managebar“ beschrieben. Gleiches gelte für die angrenzende Landwirtschaft.

Einfluss von Witterungsextremen und Klimawandel

Die Häufung von Witterungsextremen und deren Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Infrastruktur wird von der Bevölkerung in Brandberg wahrgenommen, obgleich ursächlich der Klimawandel nicht explizit thematisiert wird. Vor allem die Häufung von Stark- und Extremniederschlägen werden registriert. Gleichzeitig besteht ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber den „Naturgewalten“, wie in diesem Interview zum Ausdruck kommt

„Dass sich das geändert hat über die Jahre, dass einfach die Ereignisse intensiver sein und dazwischen aber wieder nix ist, man hat das im heurigen Winter gesehen, auf einmal war alles wieder, auf der Sonnenseite war alles aper und drei Wochen nachher haben wir auf einmal sechzig Zentimeter Neuschnee. Also, das ist schon, das wird schon, über das wird schon geredet, nur gibt es halt so wie überall, äh die generelle Meinung, „ja, was sollen denn wir tun können?“ (B_II, 149-150).

Zentral ist nach Ansicht der Befragten zurzeit die Aufarbeitung beziehungsweise Bewältigung der jeweiligen Schadeinwirkung respektive des großen Schadholzanfalles. Der zuständige Bezirksförster sieht, bedingt durch den Klimawandel, die Waldökosysteme unter Druck. Schadereignisse und die Borkenkäfervermehrung häuften sich.

5.4 Partizipation

Wahrnehmung des FWP

Das FWP Brandberg hat eine längere Vorgeschichte. Bereits der Alt-Bürgermeister wollte es in seiner Amtszeit initiieren. Aufgrund des Widerstands seitens der Servitutsgemeinschaft konnte man mit der Grundeigentümerin lange keine Einigung erzielen. Letztlich wurden die seinerzeitigen Weidrechte in ein Recht auf Holzbezug umgewandelt und die ehemalige Schafweide wurde monetär abgegolten. Über das FWP wird die Servitutsgemeinschaft in die Bewirtschaftung eingebunden. Deshalb funktioniert es gut, wovon das folgende Zitat zeigt.

„Grundsätzlich ist unser Schutzwald überaltert, und man sieht es ja in der Verjüngungsdynamik und so weiter. Wir haben das Problem des Wildverbisses und so weiter. Und die Bewirtschaftung des Waldes war einfach nicht so das große Augenmerk, damit die Sicherheit da unten gegeben ist, und deswegen hat man das Projekt nach langen, langen, langen, langen Verhandlungen einmal gestartet, damit erstens einmal das Verjüngen des Waldes und die Arbeiten im Wald besser honoriert werden und damit es für den Servitutsberechtigten oder für den Waldbesitzer, einen Anstoß hast, dass er das tut.“ (B_II, 113)

Die verschlechterten Fördermodalitäten hatten jedoch zur Folge, dass sich die Gemeinde nunmehr finanziell höher einbringen muss, als dies früher der Fall gewesen wäre.

Objektiv trägt das FWP positiv zur Verjüngung der Waldbestände bei. Dies sei notwendig, weil es viel stehendes Altholz gebe. Die Verjüngung stelle die Schutzwirkung des Objektschutzwaldes mittel- und langfristige wieder vollständig her:

„Also, aufgrund vom FWP, das hat sicher einiges Positives beigetragen, weil die Situation ist so, dass da relativ viel Altholz ist, und das gilt es zu verjüngen, dass man wieder einen stabilen Wald hat, und da muss man einfach Maßnahmen setzen, und aufgrund vom FWP, dass da auch die Servitutsberechtigten gefördert werden.“ (B_I, 130)

Aus Sicht der Befragten ist das FWP gut bekannt im Ort. Die Bedeutung und Notwendigkeit werden anerkannt. Die direkt Betroffenen und Beteiligten seien jedoch ein kleinerer Personenkreis.

Beteiligte und Zusammenarbeit

Das FWP startete 2016 und ist auf maximal 30 Jahre anberaumt. Die Gesamtprojektkosten betragen 1,5 Mio. €. Zu den Projektbeteiligten des FWP zählen die WLW, die ÖBf als Grundeigentümer, die Servitutsberechtigten und die Gemeinde Brandberg (BMLUW, 2016, 2). Die Servitutsgemeinschaft hat Einforstungsrechte gegenüber der Grundeigentümerin ÖBf. Die Servitutsberechtigten sind grundbücherlich berechtigt, gewisse Mengen an Holz zu beziehen und dieses Recht darf nicht aktiv in Gefahr gebracht werden, beispielsweise durch eine Übernutzung der Wälder. Umgekehrt schränkt dies den Hiebseinsatz seitens der ÖBf ein. Die Projektfläche umfasst 560,13 ha. Die Kategorie Standortsschutzwald hat dabei eine Fläche von 60,91 ha (11%) und die Kategorie Wälder mit Objektschutzwirkung 372,74 ha (67%). Der Rest verteilt sich auf Wirtschaftswald mit Schutzfunktion (1%) und Sonstige Flächen (Alm, Geröll, LN, verbuschte Flächen) (21%) (Anker et al., 2016, 6). Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen wurde mehrfach als sehr gut beschrieben, die Herausforderung wurde vor allem in der Aufarbeitung der großen Mengen Schadholz gesehen.

Umsetzung von Maßnahmen

Im FWP erfolgt eine ausführliche Projektbegründung. Die Ziele der Maßnahme werden erläutert (Anker et al., 2016, 15): Um die Schutzwirkung der Wälder langfristig und nachhaltig sicherzustellen, müssen Schutzwälder regelmäßig gepflegt werden. Mit diesen Maßnahmen soll ein kleinräumiges Mosaik von Waldstrukturen in verschiedenen Entwicklungsstufen erreicht werden. Dabei ist zur Erhaltung der Schutzfunktion der Bestände eine rasche und zielgerichtete Verjüngung der großteils bereits überalterten, örtlich durch Waldweide und Schneitelung beeinträchtigten Altholzbestände erforderlich. Die Bestände im Projektgebiet sind durch diese Nebennutzungen und einseitige Begünstigung der Fichte destabilisiert, meist einschichtig und strukturarm und in ihrem Weiterbestand gefährdet. Mit der Durchführung des Projektes soll eine Erhöhung

der Schutzfunktion des Waldes gegen Lawinen, Steinschlag, Murenereignisse, Geschiebeabtrag und Hochwasser zum Schutz von Siedlungsräumen, Infrastruktureinrichtungen und Standorten erreicht werden.

Langfristig ist für das Projektgebiet eine nachhaltige Altersstruktur aller Baumarten mit, in Abhängigkeit vom Gefahrenpotenzial, kleinflächiger, zwei oder mehrschichtiger Waldtextur anzustreben. Primäre Ziele sind dabei ein geringer Anteil von Blößen, ein permanenter Anteil von Verjüngungen und ein, im Verhältnis zu den jeweiligen Anteilen der Stangen- und Baumholzstadien, geringer Anteil an Altholz.

Box 3

(Anker et al., 2016, 3)

- Verjüngungsmaßnahmen in Objektschutzwäldern in Kombination mit einfachen technischen Maßnahmen (Hohe Stöcke und Querverhängen von Raubbäumen) mit nachfolgender Beimischung von bestandesstabilisierenden Baumarten;
- in hochmontanen und subalpinen Lagen sind Gruppen- und Rottenstrukturen mit langen Kronen bzw. nach Möglichkeit bis zum Boden bekronten Bäumen anzustreben;
- spezielle waldbauliche Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Schutzwirkung gegenüber der Steinschlaggefährdung abzielen;
- im Bereich der (ehemaligen) Schneitel- und Streunutzungsbestände biologische Maßnahmen (Bestandesumbau) in Kombination mit technischen Maßnahmen.

Nach Aussagen der Interviewten werden die Maßnahmen im FWP überwiegend von den ÖBf selbst durchgeführt. Dabei werden alle Maßnahmen selbständig vom forstlichen Fachpersonal geplant, koordiniert und veranlasst. Die Umsetzung von Pflegemaßnahmen (Dickungspflege etc.) und Aufforstungen erfolgen durch eigenes Personal (forstliche Facharbeiter). Für die Schadholzaufarbeitung werden Subunternehmen beauftragt. Überdies werden im Rahmen des Projektes zwei Forstwege geschaffen.

„Im Zuge von dem Schutzprojekt werden ja viele forstliche Maßnahmen öffentlich gefördert. Normalerweise gibt's kein Förderwesen auf Flächen der Republik, aber da läuft die Förderung eben über die Berechtigten, die ja Privatpersonen sind, und da werden von der Aufforstung über Pflegeeingriffe in der Dickungspflege bis hin zur Schadholzaufarbeitung Maßnahmen gefördert, und das ist, das ist denen sehr wohl bewusst, und die sehen auch die Schaffung von Infrastruktur. Also, es sind zwei Wege im Zuge des FWPs zwei Forststraßen geplant, eine davon ist schon umgesetzt und abgeschlossen. Die zweite ist noch in Arbeit oder in Planung, das ist alles in meinen Augen oder in meiner Einschätzung sehr bekannt und greifbar für die Leute.“ (B_III, 26)

Widerstände, Vertrauen und Verantwortung

Nach Aussage der Befragten gibt es keinen grundsätzlichen Widerstand im Ort beziehungsweise keine Gruppierung, die gegen das FWP auftritt. Grundsätzlich besteht ein aufrechtes Vertrauensverhältnis, dass auf die Schutzwirkung des Waldes geachtet wird. Das liege auch im Interesse aller Grundeigentümer:innen.

„Also, alle, alle Aktionäre im Wald bemühen sich und schauen, dass die Schutzwirkung erhalten bleibt oder verbessert wird.“ (B_I, 207)

Wichtig sei auch das gegenseitige Einvernehmen und das Gespräch mit den Grundeigentümer:innen seitens der Bezirksbehörden. Dadurch kann auch fachliches Wissen – vor allem den Kleinwaldeigentümer:innen gegenüber – vermittelt werden.

Als Grundeigentümerin kommen die ÖBf grundsätzlich die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Schutzwirkung des Waldes zu. Aus der Gemeindeverwaltung gibt es jedoch auch Kritik an den Bundesforsten. Als Folge der Versäumnisse bei der Beseitigung von borkenkäferbefallenen Beständen müssten nunmehr technische Verbauten (Steinschlagnetze) von den Gemeinden finanziert werden, um Unterlieger zu schützen. Einen anderen, schwelenden Konflikt mit der Gemeinde Brandberg gibt es bei einem noch umzusetzenden Forstweg im Rahmen des FWP. Das Projektgebiet ist nur teilweise ausreichend durch Forstwege erschlossen. Für die Durchführung der notwendigen Verbesserungsmaßnahmen sind ergänzende Erschließungen notwendig, wobei nach dem Projektstand 2016 zwei Erschließungsvorhaben geplant waren. Der erste Wegeneubau wurde bereits durchgeführt. Beim zweiten noch umzusetzenden Erschließungsweg gibt es jedoch Widerstand seitens der Gemeinde Brandberg. Dabei hat sich die Gemeinde gegen die Projektierung der Trasse ausgesprochen, weil befürchtet wird, dass die Errichtung dieses Abschnitts die Quellschutzgründe im Schutzwald beziehungsweise die Wasserversorgung der Gemeinde potenziell gefährden könnte. Dieser Einwand seitens der Gemeinde geht auch aus den FWP-Projektunterlagen hervor (BMLUW, 2016, 22).

„In dem oberen Bereich hätten sie zuerst so ein Wegbauprojekt geplant gehabt im Rahmen vom FWP ja, wo ich mir, nachher vehement dagegen gewehrt hab, weil wir da oben unsere Wasserversorgung, kommt ja auch aus diesem Waldbereich da heraus, und dieser Weg war eigentlich oberhalb dieser Quellaustritte geplant gewesen. Wo sie gesagt haben, das Risiko können wir nicht eingehen, das ist unsere einzige Wasserquelle, Wasserversorgung die wir jetzt da im Ort haben. Wir haben da herinnen schon noch eine, aber das bringen wir nicht bis da heraus, das Wasser und da gibt es auch von Seiten der Gemeinde, sicher keine Unterstützung, keine finanzielle, also den Weg müssen sie wieder herausnehmen.“(B_II, 104).

Seitens der ÖBf wird hingegen die Vermutung geäußert, dass die höhere Kostenbeteiligung der Gemeinde bei diesem Teilabschnitt des Wegebauvorhabens Anlass für die Bedenken sind. Ein kleinerer Konflikt, der aber ein Schlaglicht auf die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der ÖBf wirft, ist der Umstand, dass der Tourismusverband für die Bergkosten der Schadholzbringung aufkommen musste, weil Wanderwege in der Gemeinde nicht mehr begehbar waren. Die ÖBf als Grundeigentümerin fühlt sich aus finanziellen Erwägungen dafür nicht verantwortlich. Damit steht der Vorwurf im Raum, dass die Bundesforste in erster Linie betriebswirtschaftlich kalkulieren, Maßnahmen, die für sie nicht kostendeckend sind, unterlassen und diese auf andere Stakeholder abzuschieben.

Nicht gänzlich friktionsfrei wird auch das Verhältnis zwischen der Grundeigentümerin (ÖBf) und der Servitutsgemeinschaft beschrieben. Einerseits müssten aus Sicht der Servitutsbeteiligten die Holznutzungsrechte auch tatsächlich nutzbar sein (v.a. in der Bringung), sonst gäbe es auch für das FWP keine Akzeptanz. Andererseits kann das Holz wegen der Belastung mit Servitutsrechten nicht zur Gänze von den ÖBf verkauft werden. Die Berechtigten müssten einbezogen werden. Daraus resultiert eine Abhängigkeit der ÖBf. So seien beispielsweise die Einforstungsrechte auch bei Pflegemaßnahmen hinderlich.

5.5 Handlungs- und Lösungsoptionen (zur Erhaltung des Schutzwaldes?)

Eigentümer:innenstruktur

Die spezifische Eigentümer:innenstruktur am Brandberg wirkt auch auf die Funktionsweise des FWP zurück. So äußert sich der ÖBf-Vertreter im Zusammenhang mit der Schutz-/Waldbewirtschaftung kritisch über die mangelnde Professionalität der Servitutseigentümer:innen, wie das folgende Zitat zeigt.

„Ich würde es als mittleres Hemmnis bezeichnen, weil wir einfach nicht die komplett freie Hand haben, weil es einfach über viele, durch viele Hände gehen muss, oder viele Hände darauf zugreifen und wir da nicht die Einfachheit einer solitären Entscheidung haben, dass ist die Schwierigkeit, das ist jetzt nicht rein negativ, sondern es ist einfach ein Prozess im Gange, dass man da die Leute dahingehend hinkriegt, dass man da bestmöglich an einem Strang zieht. Und das hinkriegt, aber es ist klipp und klar: eine mittlere bis große Einschränkung hinsichtlich der Waldbewirtschaftung. Weil vieles über den Amateur, würd ich sagen, beziehungsweise über den Individualisten den Berechtigten läuft.“ (B_III, 142-144)

Ein anderer Aspekt der Eigentümer:innenstruktur liegt im Privatwaldeigentum in der Gemeinde Brandberg. Je größer die Waldfläche, desto professioneller erfolgt in der Regel die Bewirtschaftung beziehungsweise die Maßnahmensetzung bei der Pflege. Kleine Waldeigentümer:innen (Bauernwald) agieren zumeist weniger professionell, gerade auch im Umgang mit dem notwendigen Waldumbau.

Zusätzliche Maßnahmen zur Erhaltung der Schutzwirkung

Wenig Echo fand die Nachfrage nach Maßnahmen, wie baulichen, raumordnerischen Maßnahmen, Versicherungen etc., die über das FWP Brandberg hinausgehen. Der ÖBf-Vertreter verwies auf die Sparte Versicherungen – ÖBf Immobilien und auf die WLW und die Gemeinden, die Schutzbauten überhaben.

Eine Wortmeldung bezog sich auf den erforderlichen Waldumbau und die dazu benötigten Geldmittel zur Erhöhung der Schutzwirkung:

„Ja, um auf den Punkt noch einmal zurückzukommen. Es braucht viel mehr Geld! Dass von der Behörde, von Bund und Land damit der Umbau des Waldes, klimafitten Wald viel schneller geht.“ (B_II, 202-203).

Abgeltung Schutzmaßnahmen

Auf die Nachfrage, ob eine Abgeltung von forstlichen Schutzmaßnahmen angebracht, bzw. ob Geldleistungen an Waldeigentümer für die verbesserte Schutzfunktion als sinnvoll erachtet würden ergab sich ein distanzierter beziehungsweise tendenziell ablehnendes Stimmungsbild:

Aus Sicht der Bezirksbehörde wären Prämien für die Grundeigentümer:innen im Prinzip hochwillkommen, gleichzeitig aber nicht zielführend, weil differenziert werden müsse, was eigentlich zu schützen sei. Als geeigneteres Mittel werden steuerliche Begünstigungen vorgeschlagen. Dies steht auch im Zusammenhang mit der nicht kostendeckenden Schadholzbringung. Dafür wären Förderungen (EU, Bund, Land etc.) gerechtfertigt.

In diesem Zusammenhang wird eine Finanzierung dieser zusätzlichen Geldleistungen durch die individuell Geschützten (private Anrainer, Bewohner:innen) vom Vertreter der ÖBf äußerst kritisch bewertet, weil dies die Akzeptanz der Maßnahme in der Bevölkerung untergraben würde. Wenn, dann müsste eine Abgeltung aus öffentlichen Mitteln erfolgen. Seitens der Gemeindeverwaltung wird prinzipiell die Verantwortung für Maßnahmen zur Schadensabwehr von „Unterliegern“ übernommen. Die nachgefragte „Waldeigentümer:innenprämie“ wird nicht als notwendig erachtet. Der Befragte verweist auf die (u.a. von der Gemeinde) geförderte Steiflächenmahd, die Lawinenanrisse hintanhaltend soll:

„Nein, ich glaube, beim Wald nicht. Wir haben so ein ähnliches Thema. Wir haben eine Steiflächenbewirtschaftung. Sicher nicht nur die Schutzfunktion des Waldes bei uns relevant, sondern es ist ja die bei Bewirtschaftung der Kulturlandschaft für uns relevant, weil wenn die jetzt nicht

bewirtschaftet wird oder nur die Schafe g'ang wird über kurz oder lang so wie die Ereignisse jetzt gewesen sein, wo so viel Schnee gewesen ist, haben wir ja unsere Lawenstriche. Das sieht man ja, die fangen ja teilweise nicht da oben an, sondern die fangen da herunter an, unterm Wald, weil eben die Wiesen so steil sein, dass ich genügend Anlaufläche habe für die Lawine bis ich herunter im Siedlungsbereich bin. Und wenn die Bereiche nicht bewirtschafte, nachher erstens wird's Gras allweil länger, das sieht man ja, hat man ja gesehen im Herbst, wenn, wenn nicht gemäht wird und Schnee kommt früh, der Boden ist warm, nachher rutscht das alles ab, und deswegen kriegen unsere Landwirte für ihre Steiflächenbewirtschaftung zusätzliche Prämie über ihre AMA-Prämie hinaus.“ (B_II, 198-201)

Der ÖBf-Vertreter verweist darauf, dass die Bundesforste von Förderungen statutenmäßig ausgeschlossen sind. Eine Abgeltung von Ökosystemleistungen des Waldes wäre an sich plausibel und würde Pflegemaßnahmen erleichtern. „Waldeigentümer:innenprämien“ würden aber primär dem Privatwaldeigentümer:innen zugutekommen. Aus seiner Sicht überlegenswert wäre eine finanzielle Beteiligung bei Unterliegern touristischer Infrastruktur bzw. Hotellerie, Gastronomie:

„Eine Einheitslösung wird vermutlich verdammt schwierig sein, aber das ist ein gutes Beispiel, da kann ich mich persönlich gern dazu äußern. Wenn, wenn es wieder was anders geht, dass man sagt, man will dafür touristische Infrastruktur schaffen, zusätzliche, oder Gastronomie, Hotellerie dahingehend, würde ich zu einem einen gewissen Teil wahrscheinlich besser angebracht sehen als bei einem Anrainer, Bewohner, ja, wenn da, da ganze Wirtschaftszweige erschlossen werden, zusätzliche, oder damit der Mittel zur Verfügung gestellt werden, dass man sagt, wir sind in der gelben Zone, dürfts dafür trotzdem da oder bauen, und dafür habt ihr gewisse Maßnahmen zu tragen. Okay, von mir aus, wenn dann, wenn, dann da der Entsprechende zur Kasse gebeten wird aber, es ist, glaube ich, sehr different zu betrachten, das Ganze, verdammt schwierig.“ (B_III, 151-152).

Finanzieller Aufwand der Schadholzaufarbeitung

Ein durchgängiges Thema bei den Interviews stellten die aufwändigen Schadholzaufarbeitungen beziehungsweise die anfallenden Kosten dar, die infolge der Windwürfe der vergangenen Jahre notwendig sind und die forstlichen Aktivitäten in der Gemeinde nachhaltig prägen. Die Schadholzbringung im unzugänglichen, steilen Gelände mit Seil- und Helikopterbringung sei teuer und damit ein Verlustgeschäft für die Grundeigentümer:innen. Dies könne nur durch Förderungen abgedeckt werden, wobei Restkosten den Eigentümer:innen zumutbar seien. Dabei sei auch zu bedenken, dass die Windwürfe auch oft einen Wertverlust des Holzes mit sich bringen würden. Dies mindert den Erlös zusätzlich.

Alternativen zur Erhaltung der Schutzfunktion

Aus Sicht von Bezirksbehörden und Gemeindewaldaufseher werden keine Alternativen zum Schutzwald gesehen. Technische Schutzbauten seien teuer und nicht flächendeckend umsetzbar. Zudem fielen andere Waldfunktionen wie zum Beispiel die Wasserspeicherung weg und könnten nicht ersetzt beziehungsweise erbracht werden. Auch für die Gemeindevertretung gibt es aus Raumordnungssicht keine Alternative zur Schutzfunktion des Objektschutzwaldes. Punktuell wurden Steinschlagnetze von der Gemeinde errichtet um die fehlende Schutzwirkung auszugleichen. Darüber hinausreichende baulich-technische Maßnahmen seien nicht vorgesehen.

Waldaufseher:innen Tirol

Die Funktion des Gemeindegewaldaufsehers oder Gemeindegewaldaufseherin ist ein Spezifikum der Bundesländer Tirol und Vorarlberg. Es ist auf die Bewirtschaftungsweise der Kleinwaldeigentümer:innen abgestellt. Aus Sicht der Bundesforste bestünden bei der Waldbewirtschaftung nur wenige Berührungspunkte mit dem Waldaufseher der Gemeinde Brandberg.

5.6 Conclusio

Die Gemeinde Brandberg ist von einer exponierten Topographie mit steilen Talflanken geprägt, die das Naturgefahrenpotenzial bestimmen. In der Gemeinde überwiegt die Kategorie Schutzwald außer Ertrag. Bei den betroffenen Infrastrukturen werden an Objekten/Liegenschaften die Landesstraße, sowie die Seitenwege, weiters mehrere Höfe/Weiler, die oberhalb große Waldkomplexe aufweisen, genannt. Der Zustand des Schutzwaldes am Brandberg wird trotz Fichtenreinbeständen und Überalterung als relativ gut beschrieben. Handlungsbedarf besteht punkto Veränderung der Baumartenzusammensetzung und einer Erhöhung der Verjüngungsdynamik.

Zurzeit ist die Aufarbeitung des Schadholzanfalles (inkl. der damit verbundenen Käferkalamität), die durch die Windwürfe der Jahre 2020 und 2023 aufgetreten sind, vorrangig. Diese Ereignisse haben große Kahlflecken -schattseitig auf der Brandberg gegenüberliegenden Seite – verursacht, wobei die FWP Fläche davon kaum berührt war.

Das Problembewusstsein der Brandberger Bevölkerung ist aufgrund langjähriger Erfahrungen mit Naturgefahren im Allgemeinen hoch, während ein Rückgang im Zeitverlauf konstatiert wird. Die Gefahrenquellen in der Gemeinde sind langjährig Lawinen, Rutschungen bzw. Vermurungen und Ausschwemmungen, in Verbindung mit Starkniederschlägen.

Die Beeinträchtigung der Schutzwirkung durch Nutzungskonflikte wird an diversen Beispielen sichtbar. Der wichtigste Konflikt ist die Kontrolle des Wildbestandes, gefolgt von touristischer Nutzung. Nicht zu übersehen sind jedoch auch Konflikte mit den Einforstungsrechten der Servitutsgemeinschaft gegenüber den Bundesforsten, weiters mit der Gemeindeverwaltung und grundsätzlich der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Grundeigentümerin (ÖBf).

Aus Sicht der Befragten ist das FWP gut bekannt im Ort. Die Bedeutung und Notwendigkeit des Projektes wird anerkannt. Die wirklich Betroffenen und Beteiligten sind jedoch ein kleinerer Personenkreis. Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen wurde mehrfach als sehr gut beschrieben, die Herausforderung wurde v.a. in der Aufarbeitung der großen Mengen Schadholz gesehen. Nach Aussage der Befragten gibt es keinen grundsätzlichen Widerstand im Ort, bzw. keine Gruppierung, die gegen das FWP auftritt. Es besteht ein aufrechtes Vertrauensverhältnis, dass auf die Schutzwirkung des Waldes geachtet wird.

Literatur

Anker, W., Kreiner, M., & Leitner, F. (2016). FWP Brandberg. Technisches Büro Anker & Abteilung Forstplanung Land Tirol.

BAB (Bundsanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) (2023d). Interner Bericht erstellt von Florian Stender und Gabriel Zeglovits. Wien.

BMLFUW (2016). Niederschrift aus Anlass der Überprüfung des FWP. Wien.

Statistik Austria (2024). Blick auf die Gemeinde. Link: <https://www.statistik.at/atlas/blick/>? (Aufgerufen am 8. November 2024).

WLV (Wildbach- und Lawinenverbauung) (2016). FWP Brandberg.

6 Synthese

6.1 Risikowahrnehmung

Die vier Fallbeispielregionen liegen im österreichischen Alpenbogen und sind durch gravitative Ereignisse, sonstige Schadereignissen, wie Windwurf und Borkenkäferbefall, sowie durch die Auswirkungen des Klimawandels betroffen, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen. Teilweise wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts damit begonnen, technische Maßnahmen für den Lawinenschutz zu errichten (FWP Heuberg) und im Laufe der Zeit wurden viele andere technische Maßnahmen wie Lawinendämme, Stahl-Schneebrücken oder Steinschlagnetze umgesetzt oder auch Vorrichtungen für die Sprengung von Lawinen installiert (GasEx-Kanonen FWP Loser und FWP Heuberg). Die Risikowahrnehmung von möglichen Gefährdungen wie Lawinen, Steinschlag oder Rutschungen ist bei den Befragten in den Fallbeispielregionen sehr hoch, wenngleich konkrete persönliche Erfahrungen mit großen Schadereignissen jüngst nur in der Fallbeispielregionen Kals und Brandberg gemacht wurden (Windwürfe mit großen Kahlflächen), wo derzeit die Aufarbeitung des Schadholzanfalles erfolgt. Es zeigt sich jedoch auch, dass insbesondere bei den jüngeren Generationen die Risikowahrnehmung weniger ausgeprägt ist als bei den älteren Generationen und auch bei der zunehmenden Zahl an Bewohner:innen, die keinen Bezug mehr zur Land- und Forstwirtschaft haben. Insbesondere wird die Zunahme von Starkregenereignissen und deren Folgen (Rutschungen, Muren, u.a.) in den Fallbeispielregionen mit Sorge und jeweils mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber den sich häufenden Naturgewalten betrachtet.

In den Interviews wurde die Bedeutung der Lawinenkommissionen in den Gemeinden und das Vertrauen, das ihnen in der Bevölkerung entgegengebracht wird, hervorgehoben. Es wurde jedoch auch berichtet, dass die Verantwortung der Mitglieder oder des Vorsitzenden der Lawinenkommission für die Entscheidungen, etwa im Falle von Evakuierungen, eine große persönliche Belastung darstellen kann (FWP Loser). Im Fall von Hangrutschungen, die durch Starkregenereignisse vermehrt auftreten, wird von Expert:innen (z.B. Landesgeologe in Vorarlberg) eine Vermittlungsfunktion eingenommen und Vertrauen aufgebaut. Sie stärken die Risikowahrnehmung in der Bevölkerung, indem sie im Gespräch mit den Wald-/Eigentümer:innen die Fakten des Schadereignisses erklären und ihnen die Vorgänge und Folgen veranschaulichen. Die Information über bevorstehenden Schadereignissen oder Gefährdungen erfolgt in den Fallbeispielregionen überwiegend über Handy-Apps und SMS, die Wissensvermittlung betreffend das FWP und den Schutzwald findet meist über Gemeindezeitungen, Themenwege oder Infotafeln statt.

6.2 Problemwahrnehmung

Zustand Schutzwald

Die Probleme und Herausforderungen der Erhaltung des Schutzwaldes in den vier Fallstudienregionen sind zahlreich. Sie liegen einerseits in der fehlenden dynamischen (natürlichen) Verjüngung, größtenteils aufgrund von Verbiss durch zu hohen Wildbestand sowie andererseits in der Überalterung der Baumbestände. Des Weiteren stellen eine nicht ausreichende Durchmischung der Fichtenbestände mit standortgemäßen Laubbaumarten sowie häufiger auftretende Schadereignissen als Folge des Klimawandels, wie Starkregen oder Windwürfe mit dadurch entstehenden Käferkalamitäten Probleme dar. Das Bewusstsein und das Wissen über die Funktion und die Komplexität der Problemlagen sowie die Bedeutung des Schutzwaldes für den Siedlungsraum, ist in der Bevölkerung nicht ausreichend vorhanden, wie die Interviews zeigen. Auch wird die Eigenverantwortung für die Erhaltung der Schutzwaldfunktion von Klein-/Waldeigentümer:innen in vielen Fällen zu wenig wahrgenommen, insbesondere von waldfernen Eigentümer:innen.

Besitzstruktur, Waldaufseher

Die unterschiedlich Eigentümer:innenstrukturen und Servitutsrechte haben erhebliche Auswirkungen auf die Bewirtschaftung, Pflege und Nutzung der Wälder in den Fallbeispielregionen. So sind die ÖBf in zwei Fallbeispielregionen Alleineigentümerin (FWP Loser) beziehungsweise zu drei Viertel Eigentümerin (FWP Brandberg) des Waldes. Dies erleichtert im Vergleich zu den beiden anderen Fallbeispielregionen das Waldmanagement. In Ost-/Tirol und Vorarlberg gibt es in jeder Gemeinde einen Waldaufseher, der in Kontakt mit den Waldeigentümer:innen steht, sie in Fragen der Pflege, der Nutzung und der standortgerechten Verjüngung des Waldes berät. Darüber hinaus unterstützt er sie durch die Organisation von koordinierten Ernteeinsätzen, die insbesondere auch den sogenannten „waldfernen“ Eigentümer:innen zu Gute kommen. Da bis zu zwei Drittel der Eigentümer:innen im Klein-/Privatwald bereits „waldfern“ sind, also entweder keinen praktischen Bezug zur Waldbewirtschaftung haben oder nicht mehr ansässig sind, ist dies eine zusätzliche Herausforderung für den Waldaufseher. In den Fallbeispielregionen Heuberg, Kals und Brandberg zeigt sich, dass dem Waldaufseher wichtige Vermittlungsfunktionen zukommen. Dies einerseits durch die Kommunikation der notwendigen Arbeiten und Maßnahmen, die im Privatwald anstehen und andererseits, dass die Ziele einer standortgerechten, nachhaltigen Schutzwaldbewirtschaftung an die Waldeigentümer:innen und die Bevölkerung vermittelt werden müssen.

Nutzungskonflikte

Der Zustand der Schutzwälder wird in den vier Fallbeispielregionen in hohem Maße von der Größe und der Zusammensetzung des Wildbestandes beeinflusst. Die unterschiedlichen Interessenslagen zwischen den betroffenen Parteien äußern sich in Nutzungskonflikten in den Bereichen Wald-Wild-Tourismus. Die Eigentumsstruktur spielt bei den Nutzeninteressen und -konflikten eine entscheidende Rolle. In den FWP sind, neben technischen Maßnahmen, zahlreiche waldbauliche Maßnahmen zur Umsetzung vorgesehen, aber auch innovative Maßnahmen, wie der Projektwart, der als Bindeglied zwischen den jagdlichen und waldbaulichen Interessen im FWP vermittelnd wirken soll. Darüber hinaus wird in den betroffenen Gebieten, insbesondere im Winter, versucht, die Skitourist:innen und Tourengänger:innen auf bestimmte Routen zu lenken oder die Wildtierfütterung an bestimmten Stellen zu konzentrieren, um die Verbiss-/Schäden im Jung-/Wald zu reduzieren.

In den vier Fallbeispielregionen ist der Wilddruck, der auf den Flächen der FWP lastet, unterschiedlich gelagert. Im FWP Loser, wo der Wald im Alleineigentum der ÖBf steht, wird der Wildstand durch eine Regiejagd reguliert und niedrig gehalten. Gleiches gilt für das FWP Brandberg. Im FWP Heuberg hingegen gibt es 167 Waldeigentümer:innen und seit Jahrzehnten einen zu hohen Wildstand, der die Verjüngung des Schutzwaldes stark gefährdet. In seiner südlichen Ausrichtung ist der Heuberg im Winter Einstandsgebiet für das Schalenwild. Die Gründung einer neuen Jagdgenossenschaft auf dem Gebiet des FWP Heuberg sowie die Einrichtung eines Projektwartes sollten dazu beitragen, den Wildstand auf ein walddverträgliches Maß zu reduzieren. Generell ist die Jagd mit hoher Emotionalität verbunden, sowohl bei den Jagdgenossenschaftler:innen, den Jagdübenden als auch bei den Gegner:innen der Jagd.

Im FWP Brandberg kam es in diesem Zusammenhang zu Vandalenakten gegen die Jagdinfrastruktur. Die Befürchtung, dass es zu einer radikalen Dezimierung des Wildstandes am Heuberg durch talferne Jäger:innen kommt und der Umstand, dass die Vermittlungsfunktion des Projektwartes nicht ausreichend zum Tragen kam, verstärkte den Nutzenkonflikt zwischen Wald-Wild weiter beziehungsweise brachte ihn keiner Lösung näher. Auch in der Fallbeispielregion Kals ist die Jagdgenossenschaft sehr gefordert, die hohen Anforderungen zu erfüllen, die im FWP hinsichtlich der Wald-Wild Problematik formuliert wurden. In den In-

Interviews im FWP Heuberg wurde darüber hinaus angesprochen, dass es schwer verständlich sei, dass manche Einwohner:innen das Wildtier über den Schutzwald stellen und dadurch in Kauf nehmen, dass die Schutzwirkung des Waldes über die Jahre immer geringer wird.

Darüber hinaus spielt im FWP Heuberg ein weiterer Nutzungskonflikt um eine Forststraße hinein. Beim Bau dieser Forststraße im Rahmen des ersten FWP Heuberg durch die WLV wurde es verabsäumt, eine rechts-gültige Wegegenossenschaft zu errichten, was auch nach 20 Jahren noch großes Konfliktpotential in sich birgt. Eine weitere Problemlage des Schutzwaldes liegt im Desinteresse von Klein-/Waldeigentümer:innen an der nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege „ihres“ Schutzwaldes begründet. So kommt in den Interviews zum Ausdruck, dass Waldeigentümer:innen selbst mehr Eigen-/Verantwortung für „ihren“ Schutzwald übernehmen, sowie die waldbaulichen Bemühungen der WLV unterstützen und wertschätzen sollen. Wie bereits ausgeführt, kommt hierbei den örtlichen Waldaufsehern in den FWPs in Ost-/Tirol und Vorarlberg eine wichtige Rolle zu, da sie in Kontakt mit den Klein-/Waldeigentümer:innen stehen und sie bei der Ernte und bei der Aufforstung ihrer oft schwer zugänglichen Waldgrundstücke unterstützen und beraten.

Kommunikation und Information

Um den Zielsetzungen der FWPs gerecht zu werden und all die unterschiedlichen Interessen und bestehende Konflikte in den Bereichen Wald-Wild-Tourismus besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen, braucht es adäquate Informations- und Kommunikationsinstrumente. In einem administrativen und politischen Mehrebenen-Projekt, wie es ein FWP darstellt, sollte es mehr Bemühungen geben, das naturwissenschaftlich-technische Expert:innenwissen über das komplexe System Schutzwald für die beteiligten Interessensgruppen und die Bevölkerung zu übersetzen und in ihr Alltagswissen zu integrieren. Die Erkenntnis aus den Interviews, dass die Bedeutung und Wirkung des Schutzwaldes bislang zu wenig in der Bevölkerung in den Fallbeispielregionen verankert ist, sollte die beteiligten Akteur:innen dazu anregen, verstärkte Aktivitäten in Richtung Aufklärung, Wissensvermittlung und Einbeziehung der Bevölkerung zu setzen. Dies wird bislang schon bei Schitourengänger:innen angewandt, indem ihnen Routen fernab von Schutzgebieten und Jungwäldern vorgestellt werden oder dass bestimmte Mountainbike-Routen im Wald ausgewiesen werden (Stichwort Besucherlenkung). Wichtig ist es, bereits die Jüngsten über die Bedeutung der Schutzwaldes aufzuklären, etwa durch Themenwege mit Schautafeln oder durch waldpädagogische Angebote.

6.3 Partizipation

In den Fallbeispielregionen sind die FWPs in unterschiedlichem Maße in der örtlichen Bevölkerung bekannt. Die Bedeutung und die Notwendigkeit des Projektes werden jedoch größtenteils anerkannt. Die tatsächlich Betroffenen und Beteiligten im FWP sind allerdings meist ein kleinerer Personenkreis. Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen wurde in den Interviews mehrfach als sehr gut beschrieben. Insbesondere in der Fallbeispielregion Kals, wo es in den letzten Jahren großflächige Windwürfe mit anschließenden Käferkalamitäten in hohem Ausmaß gab, wird das FWP in der Bevölkerung sehr positiv wahrgenommen. Durch das FWP wurde eine rasche Aufarbeitung der Schäden in Gang gesetzt und durch die Vielfalt an Schutzmaßnahmen, beziehungsweise deren „großzügige“ Finanzierung, wurde Expertise aufgebaut und die Schutzwirkung wiederhergestellt. Auch die Tätigkeit des Waldaufsehers wird in diesem Zusammenhang sehr positiv gesehen, da er die privaten Klein-/Waldeigentümer:innen bei der Organisation der Waldarbeit (z.B. auch Aufräumarbeiten nach Schadereignissen) unterstützt hat.

In der Fallbeispielregion FWP Heuberg gibt es wiederum eine gewisse Skepsis gegen die WLV-Vertretung auf Landesebene, da von dieser verabsäumt wurde, eine rechts-gültige Wegegenossenschaft im FWP zu errichten und es Probleme bei der Etablierung eines Projektwartes, der als Schnittstelle zwischen Jagd und


FWP gedacht ist, gab. Auch wenn es in den Fallbeispielregionen vereinzelt zu Widerständen (Tierwohl, Umweltschutz) gegen das FWP kommt, kann resümierend festgestellt werden, dass die Akzeptanz der FWPs laut Interviews in hohem Maße gegeben ist und der Einsatz für die Schutzwirkung des Waldes wertgeschätzt wird.

7 Handlungs- und Lösungsoptionen

Aus den Interviews lassen sich folgende Handlungs- und Lösungsoptionen ableiten, die zu einer breiteren Bewusstseinsbildung zu den Schutzwirkungen des Waldes in der Bevölkerung beitragen sollen, um das Auftreten von Konflikten zu verhindern beziehungsweise bestehende Nutzenkonflikte aufzugreifen und zu deren Lösung beizutragen.

- Es braucht Personen und Expert:innen, denen es gelingt, das technisch-naturwissenschaftliche Wissen in den Bereichen Schutzwald und FWP auf die Ebene des Alltagswissens zu übersetzen und herunterzubrechen, sowie entsprechend zu kommunizieren.
- Im Zuge der Erstellung und Umsetzung von FWPs sollen vermehrt Anstrengungen zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie zur lokalen Konfliktbewältigung – bei Bedarf auch mittels externer Mediation – unternommen werden. Darüber hinaus sollen Entscheidungsprozesse und -strukturen sowie ausgewählte Maßnahmen transparent gestaltet werden.
- Aufbau und Weiterentwicklung von Sozialkapital, welches durch Zusammenarbeit und gegenseitigem Vertrauen entsteht, können in betroffenen Gemeinden helfen, große Schadereignisse zu bewältigen. Durch das Zusammenwirken wichtiger ehrenamtlicher Vereine, wie etwa der Bergrettung und der Feuerwehr, kann schnelle Hilfe geleistet und können Informationen rasch verbreitet werden. Auch die besondere Rücksichtnahme auf vulnerable Gruppen und Personen oder die Versorgung mit Medizin und Lebensmitteln kann dadurch gut gewährleistet werden.
- Es sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um mehr Bewusstsein für die forsttechnischen und waldbaulichen Maßnahmen in den FWPs in der Bevölkerung zu schaffen. Dadurch kann einer mangelnden Wertschätzung dieser Aktivitäten und den Bemühungen um einen nachhaltigen Schutzwald entgegengewirkt werden. Dies könnte durch verstärkte zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Schutzwald-Lehrpfade und Themenwege erreicht werden.
- Ein funktionsfähiger Schutzwald stellt das preisgünstigste, wirksamste und nachhaltigste Schutzsystem vor Naturgefahren dar. Den Objektschutz (Siedlungen, Infrastruktur) im steilen Gelände ausschließlich durch technische Verbauten zu gewährleisten, wird als nicht zielführend und unfinanzierbar angesehen, zumal auch andere ökologische Funktionen, wie die Wasserspeicherung, nicht mehr gewährleistet werden könnten.
- Die Eigentumsstruktur im Schutzwald hat Auswirkungen auf die Umsetzung der FWPs, was sich oftmals bei (waldfernen) Klein-/Waldeigentümer:innen und Servitutseigentümer:innen in einer mangelnden Professionalität bei der Waldbewirtschaftung zeigt.
- Ein örtlicher Waldaufseher oder eine örtliche Waldaufseherin, nach dem Modell in Tirol und Vorarlberg, könnte ein adäquater Lösungsansatz für eine nachhaltige Schutzwaldbewirtschaftung sein, insbesondere bei einem hohen Anteil an Klein-/Waldeigentümer:innen.
- Eine vielversprechende Maßnahme, die zurzeit in FWPs erprobt wird, ist die Etablierung eines Projektwartes, der eine Schnittstelle zwischen den jagdlichen und den waldbaulichen Interessen darstellt.
- In Hinblick auf die Nutzenkonflikte der Bereiche Wald-Wild-Tourismus haben sich Maßnahmen der Besucherlenkung bewährt. Eigene Trassen für Mountainbiker:innen oder zielgerichtete Information und Aufklärung über Routen abseits ausgewiesener forstlicher und allgemeiner Schongebiete für Schitourengeher:innen sind probate Maßnahmen, um zu einer nachhaltigen Schutzwaldentwicklung beizutragen.

- Die finanzielle Förderung der Schutzwaldsanierung und -erhaltung durch die öffentliche Hand wird vor allem in Zeiten des Klimawandels als sehr wichtig eingestuft. Die Abgeltung von Schutzmaßnahmen durch Objekteigentümer:innen wird von den Befragten als nicht praktikabel und daher auch nicht als Lösungsoption gesehen.

 **Bundesanstalt
für Agrarwirtschaft
und Bergbauernfragen**

Impressum
Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen
Dietrichgasse 27, 4.Stock,
A-1030 Wien

office@bab.gv.at
+43-1-711 00 637415
www.bab.gv.at